Nr. 202.

24. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 30. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Zentrum und das Landtagswahlrecht.

Das Zentrum verhält sich zur preußischen Wahlrechtsbewegung als ginge sie ihn nichts an. Auch auf dem zurzeit in Würzburg tagenden Katholikentag haben seine Führer bisher ängstlich vermieden, die Frage des preußischen Landtagswahlrechts zu streifen. Wie sich immer deutlicher zeigt, betrachtet es die Wahlrechtsfrage lediglich als eine Frage parteipolitischer Taktik; der Taktik nämlich, wie es am besten den freisinnig-konservativen Block sprengen und seine frühere politische Machtstellung als Regierungspartei wiedererlangen könnte. Dieses Streben, möglichst rasch jene klerikal-konservative Koalition wiederherzustellen, die in den letzten Jahren des Reiches wie Preußens wirtschafts- und kirchenpolitische Bahnen bestimmte, veranlaßt das Zentrum, nicht nur seine so oft demonstrativ verkündeten demokratischen Grundsätze völlig kaltzustellen, sondern auch alle jene taktischen Schachzüge zu vermeiden, die eine Wiedererstehung des klerikal-konservativen Bündnisses erschweren und den Agrarkonservativen das Zusammengehen mit den Liberalen vorteilhafter erscheinen lassen könnte, als die Rückkehr zu der früheren klerikal-konservativen Interessengemeinschaft.

Handelte es sich für das Zentrum lediglich darum, den Block zu sprengen, ganz gleich auf welche Weise, so würde dazu eine energische Wahlagitation für ein preußisches Landtagswahlrecht nach dem Muster des Reichstagswahlrechts das sicherste Mittel sein, denn es würde dadurch den Freisinn bei Strafe des völligen Verlustes seines letzten politischen Kredits zwingen, an der Forderung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes festzuhalten und in Konkurrenz gegen das Zentrum eine Wahlagitation zu entfalten, welche die politischen Gegensätze zwischen dem rechten und linken Flügel des Blocks gegeneinandertreiben und den Block sprengen müßte. Aber das Eintreten in eine solche Wahlagitation könnte nicht nur den hohen Klerus, der mit allen Mitteln die guten Beziehungen zur preußischen Regierung aufrecht zu erhalten sucht, noch mehr verschnupfen, es würde auch die Sympathien der Agrarkonservativen für das Zentrum stark beeinträchtigen und die Abschließung klerikal-konservativer Wahlbündnisse bei der Landtagswahl im nächsten Jahre erschweren. Und ferner würde dadurch das Zentrum gezwungen werden, im nächsten preußischen Landtage einen scharfen Vorstoß zur Durchsetzung eines dem Reichstagswahlrecht ähnlichen preußischen Landtagswahlrechts zu unternehmen; denn hat es einmal die katholische Arbeiterschaft zum Wahlrechtskampf aufgerufen, dann kann es nicht, falls es nicht seine Autorität in diesen Schichten völlig verlieren will, hinterher die Hände gemächlich in den Schoß legen. Eine solche Wahlrechtsaktion aber muß die zwischen den Konservativen und dem Zentrum bestehenden starken Sympathien schwächen. Es würde die konservativen Elemente des Reichs- und Landtages gegen die sogenannten demokratischen Strömungen im Zentrum mobilisieren und die Wiederherstellung der klerikal-konservativen Regierungskoalition auf der Basis der früheren Interessensolidarität aufs äußerste erschweren.

Eine solche Wahlrechtsagitation des Zentrums würde also voraussichtlich zwar den heutigen Block sprengen, aber es würde an dessen Stelle nicht den klerikal-konservativen Block setzen, dessen Wiederaufrichtung die offizielle Zentrumsleitung und vor allem der höhere katholische Klerus erstrebt, der der nicht ganz unrichtigen Meinung ist, daß sich auf kirchenpolitischem Gebiete weit mehr durch ein Bündnis mit der Regierung, als im Kampfe gegen sie erreichen läßt.

Das alles wissen die leitenden Zentrumspolitiker ganz genau. Deshalb scheuen sie sich, in eine ernste Wahlrechtsbewegung einzutreten. Deshalb begnügt sich ihre Presse mit katholischen Liebeserklärungen für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht und sucht ihre Aufgabe darin, die Erregung des konservativen Blockflügels gegen die Freisinnigen um Naumann und Schrader zu schüren.

Begreiflich ist diese Haltung des Zentrums, denn es ist ein schwerer Irrtum, daß sich die demokratische Richtung in seinen Reihen während der letzten Jahrzehnte verstärkt habe. Das heutige Zentrum ist ein ganz anderes politisches Gebilde als das der Kulturkampfperiode, und alle Betrachtungen, die von seiner damaligen politischen Haltung ausgehen, enden notwendig mit gefährlichen Illusionen.

Im Grunde genommen haben eigentliche demokratische Anschauungen im Zentrum nie eine Stütze gefunden. Seine früheren Führer, wie die Gebrüder Reichensperger, Mallinckrodt und selbst Windthorst haben sich immer wieder gegen die demokratische „Demagogie" und das allgemeine Stimmrecht erklärt, das einst Peter Reichensperger als das „lügenhafteste, tyrannischeste und verwerflichste aller Wahlrechtssysteme" bezeichnet hat, „das unter dem Eindruck einer Leidenschaft in einer Stunde die mühsamen Errungenschaften von Jahrhunderten mit einem Atemzuge von sich wirft und vernichtet." Selbst Windthorst verlangte noch im April 1871 zur Ergänzung des Reichstagswahlrechts die Herstellung des Zweikammersystems, denn daß auf die Dauer der Bundesrat, so wie er sei, „einem aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgegangenen Reichstag gegenüber das konservative Prinzip nicht genügend wahren" könne, das sei, meinte er, so klar wie das Tageslicht.

Erst in der sogenannten Kulturkampfzeit entdeckten die Zentrumsführer in ihrem Herzen demokratische Neigungen. In dem Kampfe der katholischen Kirche oder vielmehr des katholischen Klerus gegen die Bismarck-Falkschen Maßnahmen bedurfte die katholische Geistlichkeit und das deren Interesse vertretende Zentrum der weitesten Unterstützung der katholischen Volkskreise; und um diese für die oppositionelle Zentrumspolitik einzufangen, mußte die Zentrumsfraktion den demokratischen Anschauungen der kleinbürgerlichen und proletarischen Elemente notwendig gewisse Zugeständnisse machen.

So brachte denn auch derselbe Windthorst, der noch zwei Jahre vorher das Reichstagswahlrecht bekämpft hatte, im Jahre 1872 im preußischen Abgeordnetenhause einen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts für den preußischen Landtag ein. Er erklärte nun das Reichstagswahlrecht plötzlich für „richtiger und gesunder" als das in Preußen bestehende Dreiklassenwahlrecht. Doch ist die klerikale Mär völlig falsch, daß Windthorst den Antrag stellte, um den Arbeitern die Vertretung ihrer Interessen im preußischen Dreiklassenparlament zu ermöglichen und dem kulturellen Fortschritt den Weg zu bahnen. Sein Motiv war vielmehr ein durchaus reaktionäres. Die Arbeiterschaft war damals nur erst zum kleinsten Teil von sozialistischen Gedanken ergriffen, und Windthorst rechnete damit, daß, wenn diese politisch noch völlig unaufgeklärte Masse unter dem Einfluß der Kirche das gleiche und geheime Wahlrecht in Preußen erlange, sie sich als Sturmbock des konservativen Prinzips gegen die liberal „destruktiven" Elemente werde gebrauchen lassen. In seiner Begründung im Reichstage am 26. November 1873 heißt es z. B.:

> „Die Angehörigen der dritten Klasse halten mehr als die anderen Klassen fest an den überlieferten geschichtlichen Verhältnissen, und sie sind nach meiner Ueberzeugung im großen und ganzen konservativer als die Männer des Geldes. Das destruktive Element der Welt ist das Geld, und der Versuch, das allgemeine Wahlrecht durch den Geldbeutel zu korrigieren, ist der allerbedenklichste, den man machen kann. Die Klassen, bei denen dieses destruktive Element vorzugsweise zu Hause ist, sind am meisten angefressen von den Ideen des modernen heidnischen Staates, und ich kann es weder klug noch konservativ, noch überhaupt verständig politisch halten, den Schwerpunkt der staatlichen Verhältnisse in diese Klassen zu legen."

Als nach der Beendigung des Kulturkampfes das Zentrum erkannte, daß es sich in seinem Vertrauen auf das Festhalten der Arbeiter an den „überlieferten geschichtlichen Verhältnissen" geirrt hatte und die Sozialdemokraten immer weiter in die proletarischen Kreise eindrang, auch in katholische, da war es mit der Vorliebe für das Reichstagswahlrecht vorbei. In der Kaplanpresse wurde es zwar noch platonisch angepriesen, doch ernstliche Versuche, es auf Preußen zu übertragen, hat das Zentrum nie unternommen. Im Gegenteil, bei der Beratung der durch die Steuerreform veranlaßten Aenderung des Wahlrechts zum preußischen Abgeordnetenhause erklärte 1893 der Zentrumsabgeordnete Herold kurz und bündig, daß seine Partei „an den Hauptgrundsätzen des Dreiklassenwahlrechts nicht rütteln" wolle. Und als dann die einstige Kulturkampfpartei zur anerkannten Regierungspartei aufrückte, hat sie auch nicht eine einzige der sich ihr bietenden Gelegenheiten benutzt, in eine Agitation für das allgemeine gleiche Stimmrecht zum preußischen Landtag einzutreten oder auf die Regierung einen Druck in dieser Richtung auszuüben. Als im Jahre 1903 der Freisinn einen Wahlreformantrag im preußischen Abgeordnetenhause einbrachte, erklärte der Zentrumsabgeordnete Porsch als Fraktionsredner, für das Zentrum sei es ziemlich gleichgültig, nach welchem System gewählt werde. Und als im Reichstag eine Resolution vorgelegt wurde, durch die die Regierung zur Einführung des gleichen und allgemeinen Wahlrechts in Preußen aufgefordert wurde, verschanzte sich das Zentrum hinter allerlei lächerliche Kompetenzbedenken.

Erst als am 13. Dezember v. J. der Reichstag aufgelöst worden war und das Zentrum erfuhr, daß der Freisinn im preußischen Abgeordnetenhause den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu stellen gedenke, erinnerte sich die Zentrumsfraktion daran, daß sie eigentlich auch für ein solches Wahlrecht sei und stellte, um die freisinnige Konkurrenz bei der bevorstehenden Reichstagswahl zu schlagen, am 9. Januar 1907 einen ähnlichen Antrag; doch, obgleich es sich gar nicht um einen ernstgemeinten Antrag, sondern lediglich um ein Agitationsmanöver handelte, verweigerten dennoch die Abgeordneten: Albers, Graf v. Ballestrem, Decker, König, Ostrop, Pingen, Graf v. Praschma, Rintelen, Ruegenberg, Graf v. Spee, Graf v. Strachwitz-Bertelsdorf, v. Strombeck, v. Wolff-Metternich ihre Unterschrift.

Der Charakter des Zentrums hat sich seit der Kulturkampfperiode immer mehr verändert. Es muß noch immer auf die Arbeiter, die in den industriellen Revieren zu seiner Fahne halten, eine gewisse Rücksicht nehmen, aber im ganzen haben diese ihren Einfluß auf die Richtung der Zentrumspolitik verloren. Maßgebend für diese Politik sind, das haben die Zollkämpfe aufs neue bewiesen, die Wünsche des Zentrumsadels, dem sich die katholische Bauernschaft angeschlossen hat, und die Wünsche des hohen und höheren Klerus. Erst in dritter Reihe kommt die städtische Kleinbürgerschaft und erst in vierter, in letzter Reihe die katholische Arbeiterschaft. Die genannten maßgebenden Schichten im Zentrum verfolgen aber entschieden konservative Zwecke, und speziell der Kurie erscheint der Bruch zwischen Zentrum und Regierung im Dezember vorigen Jahres als eine der größten Dummheiten der Zentrumspolitik.

In Anbetracht dieser Vergangenheit des Zentrums und der heute seine Politik bestimmenden Faktoren heißt es sich gefährlichen Illusionen hingeben, wenn man vom Zentrum erwartet, es werde eine energische Agitation für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen betreiben. Aus taktischen Gründen wird es sich vielleicht ostentativ im Landtag oder im Reichstag als Verfechter des gleichen Wahlrechts gerieren; doch ein energischer Kampf des Zentrums für dieses Recht widerspricht den heute in seinen Reihen herrschenden Tendenzen.

Es ist in der Politik stets von Vorteil, nicht mit Wünschen und Hoffnungen als mit Tatsachen zu rechnen, sondern die Verhältnisse zu nehmen wie sie sind. Das ist in diesem Falle um so nötiger, als uns das Verhalten des Zentrums eine breite Angriffsfläche auf seine Position in den rheinischen Industriegegenden bietet, die unbedingt ausgenutzt werden muß. Hält sich das Zentrum von der Wahlrechtsbewegung weiterhin zurück, stellt es die Wünsche des höheren Klerus und seiner konservativen Elemente rücksichtslos über die politischen Lebensinteressen der katholischen Arbeiterschaft, dann müssen dieser die Augen über solche Klassenpolitik geöffnet und ihr die Aufopferung ihrer Interessen zum Vorteil der konservativen Zentrumselemente nachgewiesen werden. Ohnehin regen sich überall im Zentrum die Klassengegensätze, und in den heute noch zur Zentrumsfahne stehenden katholischen Arbeiterschichten stürmt und drängt es gewaltsam vorwärts. Die Sprache der christlichen Gewerkschaftspresse wird immer schärfer, immer erbitterter. Unternimmt das Zentrum nichts in der Wahlrechtsfrage, dann bedarf es nur einer geschickten Aufrüttelung, um diese schon jetzt vorhandene gereizte Stimmung zum Kochen zu bringen. Besonders die Landtagswahl im nächsten Jahr bietet dazu die günstige Gelegenheit. Gedenkt das Zentrum die politischen Lebensinteressen der Arbeiter preiszugeben, dann sollen ihm auch die Folgen dieser Politik nicht erspart bleiben!

Der Wahlrechtskampf.

„Der Freisinn auf dem Rückzuge"
überschreibt die „Germania" einen Leitartikel, der einen einzigen Hohnerguß auf den „einigen" Freisinn darstellt. Das führende Zentrumsorgan spottet:

> „Die Sache macht sich. Das Reichstagswahlrecht wird nun sicher demnächst für Preußen erobert werden: die Freisinnigen, die ein paar Tage lang über die „Forderung des Tages" ganz einig schienen, sind jetzt glücklich wieder zu ihrer gewohnten Katzbalgerei und Eifersüchtelei zurückgekehrt. Nord und Süd, Naumann, Haußmann, Payer und alle die Führer der Volkshaufen, zuletzt Träger, erklärten laut und drohend: Herr Kanzler, das Reichstagswahlrecht für Preußen sollst Du uns geben, sonst tun wir nicht mehr beim Block mit und lassen Dich in der Patsche sitzen. „Einmütig" versicherte die freisinnige Presse, sie sei mit Naumann und Genossen ganz einverstanden; es müsse jetzt ein großer Feldzug für das Reichstagswahlrecht unternommen werden: das Volk will es!
>
> Aber mit dieser Leistung war auch die freisinnige Kraft erschöpft. Der Hannemann in Wasserstiefeln, der von rechts wegen hätte vorangehen sollen, dachte zuerst an den Rückzug. Die „Freisinnige Zeitung" sagte sich los von der Forderung Naumanns... Inzwischen hat die Presse der verschiedenen freisinnigen Denominationen den „Einigungsgedanken" wieder so gepflegt, daß sie zum Ergötzen der Zuschauer ein wildes Raufen aufführt, wobei dann zu Tage kommt, daß außer dem „Berliner Tageblatt" niemand mehr den Plan einer Eroberung des Reichstagswahlrechts ernst nimmt, vielleicht sogar Herr Naumann selbst nicht mehr; ob etwa noch Herr Träger steht dahin...
>
> Aber hält wenigstens Naumann noch bei der Stange? In seiner „Hilfe" setzt er bedächtig auseinander, daß eine Verbesserung des Wahlrechtes in mehreren Wahlkreisen den Sozialdemokraten auf Kosten des Freisinns zugute kommen würde, und dabei handele es sich nicht bloß um einige Wahlkreise, sondern darum, ob der Liberalismus als Ganzes eine politische Macht in Preußen werde oder nicht. Allerdings meint er dann wieder, wenn dem Liberalismus eine ernstliche Wahlreform gelinge, dann brauche er keine allzuängstlichen Wahlkreissorgen zu haben, denn dann werde er durch das Gelingen von selbst magnetisch, gelinge ihm aber die Reform nicht, so hülfen auch die bisherigen Wahlkreise nicht. Herr Naumann will also schließlich doch an seiner Forderung festhalten, aber er ist schon nicht mehr so siegesgewiß und kampflustig, und wie wir gesehen haben, seine tapfere Gefolgschaft verkrümelt sich. Die „Freisinnige Zeitung"

erklärt zur Sache: wie das Ziel der Einführung des Reichstagswahlrechts für die preußischen Landtagswahlen im Parlament am besten und schnellsten zu erreichen sei, habe die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei des Landtags zu erwägen und zu entscheiden; da diese Fraktion mit der der Freisinnigen Vereinigung in enger Gemeinschaft stehe, so sei eine Einigung beider Fraktionen des Landtags über die Wahlrechtsfrage die Vorbedingung für das weitere taktische Vorgehen.

Also die Fraktion! Es ist sehr vorsichtig, sich hinter diese zurückzuziehen. Was sie tun wird, oder vielmehr nicht tun wird, kann man im voraus erraten. Ein Delegiertentag der Freisinnigen Volkspartei in Hagen hat allerdings resolviert, die Landtagsfraktion müsse alles an die Wahlrechtsreform setzen und jede Vorlage, die das Reichstagswahlrecht nicht bringe, mit Entschiedenheit bekämpfen. Aber die Fraktion will vor allem beim Block bleiben, weil sie sonst gar nichts ist. Sie hat eine Heidenangst vor dem Zentrum, von dem sie argwöhnt, daß es um jeden Preis seine frühere Stellung wiedergewinnen wolle und nur darauf lauere, wie es sich der Regierung wieder empfehlen und den Block sprengen könne. Die Angst vor dem Zentrum wird den Freisinn vor allzu ungestümen Forderungen bewahren."

Der Spott der „Germania" ist ja nicht unverdient. Es ist Tatsache, daß Herr Naumann, mag seine „Hilfe" die „Einigkeit" des Freisinns in der Wahlrechtsfrage noch so sehr beteuern, so ziemlich „allein auf weiter Flur" dasteht. Die in der Presse und dem Parlament führenden Freisinnskreise wollen unter allen Umständen den Block konservieren, mag darum das Volk auch um sein Wahlrecht betrogen werden!

Und es ist auch ganz richtig, daß, wie der Erguß des Abg. Heckscher bewies, der Freisinn fürchtet, bei tatkräftigem Vorgehen in der Wahlrechtsfrage vom Zentrum aus dem Block herausgedrängt zu werden. Aber daß die „Germania" sich nicht geniert, mit dieser Tatsache noch zu renommieren, ist doch ein starkes Stück und geradezu eine **Brüskierung der Zentrumsproletarier.** Denn das Zentrum brauchte sich an dem Wahlrechtssturm bloß zu beteiligen, um auch den zaghaften, blockbangen Freisinn trotz alles Widerstandes der freisinnigen Führer in die Wahlrechtsbewegung mit hineinzureißen! Das Zentrum ist also **verantwortlich** für Verrätereien der freisinnigen Führerschaft!

Freisinnige Wähler gegen die freisinnige Leitung.

Der Liberale Wahlverein für den Wahlkreis Duisburg-Ruhrort-Mülheim-Oberhausen hat am 26. August zur Wahlrechtsfrage einstimmig die folgende Resolution angenommen:

Der Liberale Wahlverein für den Wahlkreis Duisburg-Ruhrort-Mülheim-Oberhausen spricht dem Reichstagsabgeordneten D. F. Naumann zu seinem mutigen und kraftvollen Eintreten für eine baldige Beseitigung des herrschenden preußischen Klassenwahlunrechts und die Einführung des gleichen, geheimen, allgemeinen und direkten Wahlrechts in Preußen seine freudige Zustimmung aus und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die zündenden Worte Naumanns bei allen Liberalen in Preußen begeisterten Widerhall finden werden. Er bedauert, daß jetzt noch selbst in entschieden liberalen Kreisen Stimmen der Zaghaftigkeit und des Widerspruches laut werden, die nur die Stärke und Stoßkraft der von Naumann eingeleiteten liberalen und demokratischen Wahlbewegung mindern und ihren Erfolg in Frage stellen können. Der Liberale Wahlverein hält mit Naumann das rückhaltlose Eintreten für die von allen wahrhaft liberalen Parteien anzustrebende Reform für eine Lebensfrage des entschiedenen Liberalismus und wird nach Kräften für den Naumannschen Reformplan wirken."

Die Gärung unter der liberalen Gefolgschaft gewinnt also an Umfang. Es ist in der Tat höchste Zeit, daß die freisinnigen Wähler ihren Fraktionen klar machen, daß sie nur die Exekutive des Willens ihrer Wähler, nicht aber ihre Bevormunder sind!

Von unten auf muß die Losung des Wahlrechtskampfes **namentlich auch innerhalb des Freisinns selbst sein!**

Von der Zentrums-Heerschau in Würzburg.

Einen trefflichen Begriff vom Wesen des Zentrums gibt die Rede, die der Reichs- und Landtagsabgeordnete Gröber am Mittwochnachmittag über das Thema: Katholizismus und wirtschaftliches Leben hielt. Sie spiegelt die Politik der Zweideutigkeit, die Politik des Ja und Aber, die das Zentrum mit wahrhaft großartigem demagogischen Geschick betreibt, die Politik, die scheinbar jedem etwas gibt und in Wirklichkeit eine große Betölpelung der Arbeiter zugunsten der Besitzenden ist, klar und deutlich wider. Die eine Stelle schon, wo der Redner von den Interessen der Arbeiter an niedrigen Lebensmittelpreisen spricht, redet Bände, wenn man sie mit den Zollwuchertaten des Zentrums konfrontiert.

Die Rede ist eine in christliche Sauce getauchte Aufforderung: „Bereichert euch!" Das Streben des Zentrums geht dahin, die wirtschaftliche Rückständigkeit der katholischen Gebiete wettzumachen. Das Zentrum weiß, daß wirtschaftliche Macht der Grundstock politischer Macht ist. Seine Sehnsucht ist eine starke, reiche katholische Bourgeoisie, die mit der liberalen Bourgeoisie konkurrieren kann, die Verwaltung und Regierung ganz anders beeinflussen kann, als Mittelstand und Bauernschaft.

Die wichtigsten Stellen der Gröberschen Rede lauten:

„Das Christentum will, wenn es den Blick auf die höheren Ziele lenkt, die irdischen Güter keineswegs herabsetzen. Es warnt nur vor der Ueberschätzung der irdischen Güter. Auch den Reichtum verbietet das Christentum durchaus nicht, es weist nur darauf hin, daß der Reichtum gewisse sittliche Gefahren bietet, nicht der Reichtum an sich, sondern der unehrliche Erwerb oder die unrechtmäßige Verwendung des Reichtums. (Beifall.) Das Streben nach irdischen Gütern ist nicht nur erlaubt, sondern sogar pflichtmäßig... Der Ausgangspunkt einer gesunden Wirtschaftsordnung ist gegründet auf der Solidarität der Interessengemeinschaft. Der Staat ist nicht nur Inhaber von Rechten, sondern auch von heiligen Pflichten, und die Untertanen haben nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte. (Stürmischer Beifall.) Damit kommt man an den Satz, ob der Staat die Quelle alles Rechts sei. Das ist ein großer, schändlicher Irrtum. (Stürmischer Beifall.) Das Eigentumsrecht, so hoch es von uns geschätzt wird, darf in einem christlichen Gemeinwesen nicht ein absolutes Recht sein. Auch hier kann unter Umständen für den einzelnen die Notwendigkeit eintreten, daß er den Interessen der Gesamtheit weichen muß. (Stürmischer Beifall.) Auch die Gerechtigkeit allein reicht nicht als Grundlage einer gesunden Staatsform aus. Dazu muß die Liebe kommen. Es gibt so viel Unrecht im heutigen Staat, daß es nicht von bloßen Paragraphen und Gesetzen gedeckt werden kann.

Die Liebe ist da notwendig. (Stürmischer Beifall.) Alle auf atheistischer Auffassung gegründeten Wirtschaftssysteme sind herzlos und gemütlos. Nur auf dem Boden der Gerechtigkeit und Liebe kann eine Wirtschaftsordnung erwachsen, die eines christlichen Kulturvolkes würdig ist. (Minutenlanger Beifall.) **Die Arbeiter und Unternehmer müssen sich gegenseitig verständigen,** wie Leute, die am Prosperieren eines Geschäfts gleichmäßig interessiert sind. Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert, aber wie viel wird heute noch gegen die Forderung eines gerechten Lohnes eingewendet! (Sehr wahr!) Die Solidarität der Interessen zwischen Arbeiter und Unternehmer haben vielfach zum Abschluß von Tarifverträgen geführt; Tarifverträge sind Friedensdokumente, die wir nur begrüßen können. (Stürmischer Beifall.) Leider begegnen wir bei den Arbeitgebern oft nur geringem Verständnisse. Dem Ausgleich der Interessengegensätze würden weiter paritätische Arbeitskammern dienen. Wir nähmen es der Regierung gar nicht übel, wenn sie uns eine solche Vorlage möglichst rasch machen würde. (Sehr wahr!) Wenn wir auch gegenwärtig in einer anderen politischen Situation wie früher stehen, diese Vorlage nähmen wir an. (Stürmische Heiterkeit und Beifall.) Redner bespricht weiter die wirtschaftliche Entwickelung Deutschlands in den letzten Jahrzehnten und warnt vor einseitiger Förderung der Industrie, die gerade den Arbeitern Schaden zufügen würde. Denn durch die Schädigung des Mittelstandes würden mehr Arbeitskräfte vom Lande und dem Handwerk in die Stadt drängen und dadurch auf die Arbeiterlöhne drücken. (Sehr wahr!) Wir können in Deutschland **keine Produzentenpolitik treiben, weil Millionen von Arbeitern an niedrigen Lebensmittelpreisen interessiert sind.** Wir können aber **auch keine Konsumentenpolitik treiben, denn die Millionen von Landwirten müssen fortbestehen, wenn der Staat nicht schwersten Schaden leiden soll.** (Stürmischer Beifall.) Wenn eine gute Wirtschaftsordnung geschaffen werden soll, dann müssen Gesellschaft, Staat und Kirche zusammenarbeiten, um den Mittelstand zu kräftigen, um den Arbeiterstand zu heben. (Stürmischer Beifall.) **Organisationen sind gewiß notwendig, aber sie allein sind nicht die Hauptsache. Es muß christlicher Geist in ihnen herrschen, sonst führt die Organisation zum Mißbrauch der Gewalt, die sie in sich trägt.** (Lebhafter Beifall.) Diesen Geist in unserem Volke kann aber nicht der Staat wecken, das muß die Kirche tun, und um das tun zu können, muß die **Kirche frei sein, frei in der Kindererziehung,** damit sie den Kindern das geben kann, was sie ihnen geben muß, um sie zu guten Christen zu machen. (Stürmischer Beifall.) Auch die Herren Liberalen wollen folgsame Kinder. (Stürmische Heiterkeit.) Es gibt Länder, von denen wir wissen, daß die allerradikalsten unter ihnen ihre Kinder in Ordensschulen schicken. (Stürmische Heiterkeit.) ... In einem Münchener Blatt wurde vor zehn Jahren prophezeit, daß die Katholiken aus den vornehmsten Stellen gedrängt und mit der Zeit so arm würden, daß sie ihre Kinder nicht mehr in die hohe Schule schicken könnten. (Lebhafte Pfuirufe.) Es ist zuzugeben, daß die **Frage der Verarmung des katholischen Volkes überaus ernst ist. Die Verarmung der Katholiken bedeutet die Abnahme der Religion und des Einflusses im Gesellschaftsleben.** Glücklicherweise haben die Prophezeiungen jenes Blattes in geistiger Beziehung sich nicht bestätigt. **Der Anteil der Katholiken am Studium hat zugenommen,** (Beifall) aber noch lange nicht genug. (Erneuter Beifall.) Auch im literarischen Leben hat sich auf katholischer Seite Erfolg auf Erfolg gehäuft, aber es muß noch mehr geschehen, denn wir können es gerade so wie die anderen. Auch die Ausbildung unserer Töchter hat sich gebessert. Das kann ich unparteiisch sagen, denn ich bin ein Junggeselle. (Stürmische Heiterkeit.) Die Einkommensteuer- und Vermögensstatistik weist mit grausamer Rücksichtslosigkeit nach, **daß die größten Einkommen und Vermögen überhaupt nicht auf christlicher Seite sind.** (Stürmischer Beifall.) Für uns liegt das Schwergewicht des wirtschaftlichen Lebens und Strebens nicht im Diesseits, sondern im Jenseits. (Beifall.) Wir halten uns an das Wort des Heilands: „Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewänne und nähme doch Schaden an seiner Seele." Aber diese Erörterungen sollten uns **nicht** dazu veranlassen, das **Streben nach Reichtum aufzugeben.** (Sehr richtig!) An und für sich ist der Reichtum etwas sittlich Indifferentes. Man kann ihn zum Guten und zum Bösen verwenden. Gewiß, der Reichtum schließt sittliche Gefahren in sich, aber deshalb darf man das Streben nach ihm nicht aufgeben. Denn auch die Armut hat ihre sittlichen Gefahren. (Stürmischer Beifall.) **Und doch hat noch niemand die Behauptung aufgestellt, daß unter allen Umständen die Armut vermieden werden müsse.** (Sehr richtig!) In der freiwilligen Uebernahme der Armut kann sogar etwas Heiliges liegen! (Beifall.) Das Problem lautet nicht: Soll ich nach Reichtümern streben, sondern, wie erlange ich die sittliche Kraft, um alle Gefahren zu vermeiden, wie stärke ich mein christliches Gemüt? (Beifall.) ...

Dieser Rede ging ein Vortrag des geistlichen Rats Wacker-Zähringen über „Katholizismus und Nationalität" vorauf, worin behauptet wird, daß die katholische Kirche die Nationalität geschützt und respektiert habe und daß sie die Menschheit am sichersten vor den Ausschreitungen der Nationalität bewahre, vor dem vaterlandslosen Weltbürgertum (!), wie es die Sozialdemokratie predige (!), auf der einen und vor der Ueberspannung der Nationalität durch die Erben des Liberalismus auf der anderen Seite. Der Vortrag klang aus in einer lauten Beteuerung, daß die Katholiken Deutschlands gute Patrioten seien.

In einem Vortrage über christliche Charitas nahm der Referent Professor Scherer-Freiburg Stellung gegen die Schein- und Luxuscharitas, gegen ihre Auswüchse in den Wohltätigkeitsbasaren und bei anderen Gelegenheiten.

Unter den in der geschlossenen Vormittagssitzung angenommenen Anträgen ist bemerkenswert jener, der sich mit der Fürsorge für die zur Aushebung und zum Heeresdienste bestimmten katholischen Jünglinge befaßt. Sie sollen durch Vorträge und Vereine beständig im Bannkreis des Katholizismus gehalten werden. Von den Zivil- und Militärbehörden wird tatkräftige Unterstützung gefordert. Dieselbe Tendenz hat ein Antrag, der die zuwandernden Arbeiter betrifft. Er fordert u. a., daß die Seelsorger in katholischen Landbezirken die zur Großstadt Abwandernden über die kirchlichen Verhältnisse derselben belehren und auf die dort bestehenden religiösen und sozialen Vereine hinweisen (z. B. durch Uebergabe der in den meisten solcher Städte erschienenen „Führer für die Katholiken" oder Kirchenkalender); ferner, daß sie womöglich auch die Adressen der Zuwandernden einer Seelsorgestelle der Stadt oder einer etwa dort bestehenden katholischen Zentrale (katholisches Arbeitersekretariat) mitteilen.

So ist das Zentrum stetig darauf bedacht, seine Organisation zu vervollkommnen und ihre Maschen so eng zu ziehen, daß ihm kein Schäflein entgehen könne.

Der Donnerstag war der letzte Tag der Heerschau. Er brachte noch eine sehr interessante Debatte über die Dienstboten- und Landarbeiterfrage. Die Wichtigkeit dieser Materie für die klassenbewußte Arbeiterbewegung veranlaßt uns, die Verhandlungen darüber ausführlich wiederzugeben. Die Erörterung ging aus von folgendem Antrag:

„Da die Lage der weiblichen Dienstboten sowohl in religiös-sittlicher wie gesellschaftlicher und sozialer Hinsicht vielfach eine mißliche ist, weist die 54. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands auf die Notwendigkeit von Standesorganisationen für die Dienstmädchen hin und fordert daher auf, allerorten katholische Dienstmädchenvereine zu gründen. Die katholischen Dienstmädchenvereine sollen erstreben: Religiös-sittliche Hebung des Standes, Ausbildung und Erziehung für den künftigen Beruf als Gattin und Hausfrau, Beseitigung wirtschaftlicher Mißstände, insbesondere veralteter Bestimmungen der Gesindeordnungen, unwürdiger Behandlung, nicht genügender Verpflegung und Wohnungsverhältnisse; Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Dienstboten; Uebernahme der Stellenvermittelung unter Festsetzung von Bestimmungen über die Dienstverhältnisse, welche zwischen Hausfrau und Dienstboten (z. B. durch Hausdienstausschüsse) vereinbart werden. Die Generalversammlung spricht die Hoffnung aus, daß auch die Herrschaften diesen Dienstbotenorganisationen zeitgemäßes Verständnis entgegenbringen und mit denselben soweit als möglich Hand in Hand zu arbeiten bestrebt sind."

Aus der Debatte seien die folgenden Ausführungen hervorgehoben:

Reichstagsabgeordneter Dr. Pieper-München-Gladbach: Die Dienstbotenfrage ist eine eminent wichtige Frage. Von sozialdemokratischer Seite wird dahin gestrebt, die weiblichen Dienstboten in die gewerkschaftlichen Organisationen mit einzubeziehen und sie mit unter die Gewerbeordnung zu stellen. Wir müssen gegen diese Bestrebungen Stellung nehmen. Am besten wäre es, eine Art Tarifausschuß zu bilden, in dem sowohl Vertreter der Dienstboten wie der Herrschaft sitzen und der etwaige Streitigkeiten zu schlichten hätte.

Reichs- und Landtagsabgeordneter Hein: Es ist eine sehr kitzliche Frage, in deren Beratung wir eintreten wollen. Das darf uns aber nicht veranlassen, ihr aus dem Wege zu gehen. Das wäre Vogel Strauß-Politik. **Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als darum, ob die ländlichen Dienstboten uns erhalten bleiben oder der Sozialdemokratie zufallen sollen.** Wir dürfen ihr nicht ausweichen. Sonst geht es uns mit den ländlichen Dienstboten ebenso wie mit den Industriearbeitern, denen wir die Organisation erst dann erlaubten, als die Roten bereits große Organisationen gegründet und das Feld abgegraben hatten. Wir haben heute schon Anzeichen dafür, besonders in Süddeutschland, wo nicht wie in Norddeutschland gesetzliche Hindernisse bestehen, daß **die Sozialdemokratie drauf und dran ist, die ländlichen Dienstboten und Arbeiter zu organisieren.** (Hört! hört!) Es ist höchste Zeit, daß auch wir daran denken, daß es auf dem Lande Dienstboten und Arbeiter gibt. In Mecklenburg haben die Sozialdemokraten die Herausgabe einer Landarbeiter-Zeitung beschlossen, in der Gegend von Oppenheim in Hessen haben sie schon die Winzer organisiert und bei uns in Bayern haben sie Millionen von Flugblättern auf das Land geworfen. Aber für mich ist nicht nur die Furcht maßgebend, daß wir zu spät kommen könnten. Maßgebend ist die Tatsache, **daß es eine Forderung der Gerechtigkeit ist, den ländlichen Arbeitern dieselben Rechte zuzugestehen, die die städtischen Arbeiter haben.** (Lebhafter Beifall.) Die Bauern klagen heute so bewegt über Mangel an Gehorsam und Umgangsformen bei ihren Arbeitern. Das beweist gerade die Notwendigkeit der Organisation. Die organisierten Arbeiter halten auf Disziplin. Der richtig denkende Bauer braucht die Organisation sicher nicht zu fürchten. Nun will auch ich einen Unterschied machen zwischen ländlichen Dienstboten und Landarbeitern. Für den Landarbeiter des Großgrundbesitzes ist die Organisationsfrage sicher eine Lohnfrage, für das Gesinde des kleinen und mittleren Bauern, das meistens gut entlohnt wird, mehr eine Frage der guten Behandlung und der guten Unterkunft. Vieles auf dem Lande würde besser werden, wenn man dem Gesinde und den Landarbeitern ein Lebensziel geben würde, auf das sie hinzuarbeiten hätten. Wie einfach wäre es zum Beispiel, durch eine staatliche Bodenbank der planlosen Bodenzertrümmerung einerseits und der Latifundienbildung andererseits entgegenzuarbeiten. (Sehr wahr!) Warum geht es denn bei den Polen mit der Ansiedelung? (Großer Beifall.) Wer zwei oder drei Dezennien der Landwirtschaft gedient hat, dem sollte ein sorgenloser Lebensabend garantiert sein. (Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Giesberts-München-Gladbach: Wenn wir im Norden für die Koalition der Landarbeiter eintreten, dann sagen uns immer die Bauern: Was sollen wir machen, wenn uns dann unsere Arbeiter die Ernte hinwerfen und streiken? Ich stehe **nicht an zu erklären, daß ich den Streik zur Zeit der Ernte, wenn nicht dringende Gründe für ihn vorliegen, auf das entschiedenste verurteilen würde.** Aber Schwierigkeiten bereiten uns die noch bestehenden 27 Dienstbotenordnungen, die teilweise geradezu ungeheuerliche Bestimmungen enthalten. So enthält die preußische Gesindeordnung einen Paragraphen, der mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, wenn Landarbeiter Vorbereitungen zur Arbeitsniederlegung treffen. (Hört! hört!) Gerade dieser Punkt bietet der Sozialdemokratie eine breite Angriffsfläche. (Sehr wahr!) Ich bin mit dem Abgeordneten Heim durchaus darin einig, daß auf dem Lande ein Unterschied zwischen Gesinde und Arbeiter gemacht werden muß. In den Großstädten ist diese Grenze schwer zu ziehen. Dort wählt man zu gewerblichen Zwecken vielfach die Form des Dienstverhältnisses, nur um billige Arbeitskräfte zu haben, die man weidlich ausnutzen kann. (Sehr wahr!) Von der Dienstbotenbewegung hoffe ich neben der materiellen Hebung auch eine Hebung in sittlicher Beziehung. Die jungen Mädchen kommen vom Lande in die Stadt mit der dort üblichen Ehrfurcht vor ihrem Herrn und seinen Söhnen. In der Großstadt herrscht nun in den Familien häufig nicht der christliche Familiengeist, der Gott sei Dank auf dem Lande besteht. Dort dient das Dienstbotenverhältnis häufig direkt der Spekulation, die Mädchen zu unsittlichen Zwecken auszunutzen. Es wäre deshalb zu wünschen, wenn die Mädchen etwas weniger Ehrfurcht vom Lande in die Stadt mitbringen würden. (Heiterkeit und Beifall.)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Nachher gab es noch eine Debatte über die Frauenfrage, in der einer Frau Baronin v. Gordon als „Gutachterin" das Wort verstattet wurde (die Satzungen des Katholikentages schließen nämlich die Frauen von den Beratungen und Abstimmungen aus!) und in der der Reichstagsabgeordnete Heim sich **für das Frauenstimmrecht** erklärte. Ein Antrag auf Empfehlung des katholischen Frauenbundes wurde zum Schluß angenommen.

Der Nachmittag brachte noch zwei Vorträge über: Schöne Literatur und Kunst und über: Das Papsttum. Dann schloß der Vorsitzende die Tagung mit einer Triumphrede, in der er die Pflicht der Unterwerfung unter die päpstliche Autorität mit Nachdruck und unter dem Jubel der Versammlung betonte. Und darauf ging der Katholikentag auseinander, **ohne ein Wort zur brennendsten Frage der Zeit, zur Wahlrechtsfrage gesagt zu haben!**

Das Zentrum will keinen Wahlrechtskampf! Auch seine Arbeiterabgeordneten nicht!

Werden die Zentrumsarbeiter sich diesen Verrat gefallen lassen?

Marokko.

Eine Bestätigung der Meldung von der Ermordung des Sultans Abdul Aziz liegt bis jetzt nicht vor, wohl aber werden Gerüchte berichtet, wonach in Fez heftige Kämpfe stattgefunden haben und der Sultan vom aufständischen Volke in seinem Palaste belagert werde.

Die Anerkennung Mulay Hafids macht Fortschritte. Er soll aber nach einer allerdings auch noch unbestätigten Meldung einen Konkurrenten in seinem Bruder Mulay Mohamed erhalten haben, der in Fez zum Beherrscher der Gläubigen ausgerufen worden sei.

General Drude hat am Montag eine Rekognoszierung vorgenommen, bei der es zu einem Gefecht mit den Marokkanern kam, die zurückgehen mußten. Der General sieht

seine Lage keineswegs rosig an, er hat dringend Verstärkungen gefordert und wird sie, wie jetzt offiziös zugegeben wird, erhalten.

Die Tagesmeldungen lauten:

Casablanca, 28. August. (Meldung der „Agence Havas.") Am 26. August unternahmen Spahis und algerische Freiwillige eine Rekognoszierung nach Südwesten. Feindliche Streitkräfte befanden sich bei dem Dorf Abdellabad Uldschellal. General Drude schickte 3 Kompagnien Schützen und Fremdenlegion aus mit einer halben Batterie der 75 Millimeter-Kanonen, die den Anmarsch der Infanterie decken sollte. Während des Bombardements des Dorfes, dessen Bewohner bestürzt hinter die Dünen am Ende der Südküste flüchteten, schwärmte die Infanterie aus. Die Marokkaner erwiderten das Feuer heftig, verließen aber bald ihre Stellung. Zwei benachbarte Flecken wurden von den algerischen Freiwilligen ausgeplündert und in Brand gesteckt.

Paris, 29. August. Der von General Drude über die militärische Lage von Cansablanca eingeforderte telegraphische Rapport ist eingetroffen. Die Regierung gab hierauf Befehl, daß die beiden algerischen Schützenregimenter, die in Oran bereit stehen, sofort nach Casablanca in Marsch gesetzt werden. Durch diese Verstärkung von 1600 Mann beläuft sich die Heeresstärke, über die General Drude verfügt, auf über 7000 Mann. Die Regierung erteilte außerdem General Drude völlige Freiheit für die militärische Organisation, befahl ihm aber, sich im Geiste der Akte von Algeciras zu halten.

Tanger, 29. August. Unbestätigte Nachrichten aus Eingeborenenquelle sagen, daß Fez von feindlichen Stämmen überfallen sei und geplündert werde.

Tanger, 29. August. Mulay Hafid wurde nunmehr auch in Mazagan zum Sultan proklamiert.

Nach Meldungen aus Fez ist der Bruder des Sultans, Mulay Mohamed, dort zum Sultan ausgerufen worden. **Heftige Kämpfe toben zwischen den Parteien**; es gehen Gerüchte, die **Stadt stehe in Brand.**

London, 29. August. Aus Tanger wird von gestern gemeldet, Mulay Hafid habe bekannt gegeben, daß er Vorbereitungen treffe, um für die Mordtaten in Casablanca Genugtuung zu leisten und sich **mit den europäischen Mächten zu verständigen.** Er habe **den Stämmen verboten, die Franzosen anzugreifen,** falls letztere nicht in das Gebiet des Schauja-Stammes eindringen.

London, 29. August. Nach einer Meldung des Daily Telegraph aus Mazagan erhielt der Pascha von Mazagan, Si Hassan, am 25. d. M. einen Brief von Abd el Aziz, in welchem dieser dem Pascha und den Zollverwaltern den Befehl gab, eine Anzahl Gewehre und Munition nach Tanger zu schicken. Der Pascha gab im letzten Augenblick Gegenbefehle, da er gerade die offizielle Mitteilung von der Proklamation Mulay Hafids erhalten hatte. Dies läuft praktisch auf eine Anerkennung des neuen Sultans und Unterwerfung unter seine Autorität hinaus.

Tanger, 29. August. Soweit bekannt, hat die **Mehrzahl der südlichen Stämme Marokkos Mulay Hafid zum Sultan proklamiert.** Es heißt, daß Mulay Hafid zurzeit an der Spitze bedeutender Truppen sich auf dem Wege zur heiligen Stadt befindet. In Tanger herrscht noch große Besorgnis, da man immer noch einen Handstreich seitens der Bergstämme befürchtet.

Paris, 29. August. Nach Meldungen einer Pariser Zeitung aus Tanger soll in Fez eine Revolution ausgebrochen, der **Sultan** und **seine Minister im Palast gefangen sein.** Die Bevölkerung habe einen **Sturm auf die Mauern versucht.**

Der Vorstand der italienischen Sozialdemokratie über die antiklerikale Agitation.

Rom, 26. August.

Das Exekutivkomitee des italienischen Parteivorstandes hat allen Parteiabteilungen ein Communiqué über die antiklerikale Agitation zugehen lassen, die seit mehreren Wochen Italien bewegt. Dieses Rundschreiben ist, wie es darin heißt, „von dem Wunsche eingegeben worden, der Agitation konkrete Ziele zu setzen, ihr durch Gleichzeitigkeit und Einmütigkeit größere Bedeutung zu geben und die Partei auf die spezifisch sozialistische Form des antiklerikalen Kampfes hinzuweisen".

Das Datum des 20. September (Fall der weltlichen Herrschaft des Papstes) hätte der Parteivorstand gewählt, weil es ihm zweckmäßig erschien, dem öden offiziellen Festrummel eine Massendemonstration zur Seite zu stellen, die dartut, daß der Sturz der Papstherrschaft für die Masse ein Ausgangspunkt, nicht ein Endziel sei, wie für die Bourgeoisie".

Was die konkreten Ziele der Agitation betrifft, so sind sie schon einmal in einer Tagesordnung des Vorstandes fast vollzählig aufgeführt worden. Die antiklerikale Aktion der Partei soll folgende Forderungen aufstellen: **Sofortige Inspektion aller von Geistlichen und Orden geleiteten Wohltätigkeits- und Erziehungsanstalten; Gesetzesbestimmungen,** die Personen, die durch das **Zölibat** oder durch **Keuschheitsgelübde** gebunden sind, die **Pflege von Minderjährigen verbieten; Abschaffung** des gegen das Gesetz von 1887 bestehenden (fakultativen) **Religionsunterrichts in den Volksschulen; Einstellung von Laienpersonal** in allen von Staat, Provinz oder Gemeinde abhängigen Anstalten; **Anwendung des Gesetzes über die geistlichen Orden; völlige Trennung von Staat und Kirche durch Abschaffung der Kultusausgaben, der Exequatur, der päpstlichen Garantiegesetze** usw.

Es wird dann empfohlen, den zuständigen Behörden nach den Versammlungen die ausgesprochenen Forderungen telegraphisch oder durch besondere Kommissionen zu übermitteln.

Das Rundschreiben verbreitet sich dann über die **prinzipiellen Unterschiede, die den sozialistischen Antiklerikalismus vom bürgerlich demokratischen trennen.** Es sei eine Gefahr für die Partei, wenn die Genossen sich in der antiklerikalen Agitation erschöpften und dieser durch Phrasen und radikale Mätzchen genug zu tun glaubten.

Der Antiklerikalismus sei allerdings keine spezifisch sozialistische Erscheinung, sondern auch ein Attribut der fortgeschrittenen Bourgeoisie, aber nichtsdestoweniger nähme der sozialistische Antiklerikalismus eine Sonderstellung ein, weil er allein seine **Wurzel in den Klassenkonflikten hat.** Leitsätze unseres Antiklerikalismus müßten sein: **Völlige Gewissensfreiheit, Anerkennung der Schule und der Wissenschaft als der einzigen Mittel, die die Köpfe vom religiösen Aberglauben befreien können.** Daher **weder Hohn noch Verfolgung gegen den Glauben,** aber **Kampf gegen die,** die sich **des Glaubens als Mittel zur Unterjochung der Massen bedienen.** Gegen diese Unterjochung sind gewiß die Proteste nicht nutzlos, aber die **Hauptsache** bleibt immer **der Kampf gegen die Ursachen:** die Masse folgt der Kirche, weil sie **unwissend** ist, und **unwissend** ist sie **infolge der wirtschaftlichen Not.** Gegen diese und ihre Ursache, das kapitalistische System, muß sich daher der Kampf richten.

Das Rundschreiben schließt mit praktischen Ratschlägen über die Beschaffung der Redner und den Druck der Manifeste. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. August 1907.

Die Einberufung der Parlamente.

Eine halboffiziöse Korrespondenz meldet:

Die Absicht, **den preußischen Landtag** vor Weihnachten einzuberufen, hat man jetzt völlig fallen lassen, da die Beamtengehältervorlagen und der Etat erst zum Januar fertiggestellt werden können und andere Vorlagen, die eine Einberufung im alten Jahre noch notwendig machen würden, nicht vorliegen. — **Die erste Plenarsitzung des Reichstags** dürfte voraussichtlich, wie man annimmt, nicht vor dem 22. November stattfinden. Bekanntlich ist der Reichstag bis zum 19. November vertagt, d. h. bis zu diesem Tage dürfen keine Plenarsitzungen stattfinden. Am 20. November ist aber Buß- und Bettag, so daß mit Rücksicht auf diesen Tag die erste Sitzung nicht stattfinden wird. Unter den ersten Vorlagen, die dem Reichstag vorgelegt werden, dürfte sich der Etat noch nicht befinden, der erst in den ersten Dezembertagen erwartet wird. Für Arbeitsstoff ist genügend gesorgt, da etwa 20 Vorlagen aus dem Mai des Jahres der Erledigung harren. —

Sirenenklänge.

Während die Agrarkonservativen in junkerlichem Selbstbewußtsein und junkerlicher Derbheit sich ihren freisinnigen Blockverbündeten gegenüber nicht die geringste Reserve auferlegen, sondern mit ihnen umspringen wie mit ihren Stallburschen, schlagen die Freikonservativen eine andere Tonart an. Die Junker behandeln den Freisinn als den armen Teufel, der nichts zu fordern, aber alles zu bewilligen hat, und der schon beglückt sein muß, wenn ihn erbeingesessene Ostelbier überhaupt des politischen Umgangs würdigen. Die Agrarkonservativen trumpfen selbst die schüchternsten Freisinnswünsche in der hahnebüchensten Form ab. Der Freisinn habe aus purem Patriotismus alle Forderungen der Regierung zu bewilligen, ohne auf Gegenleistungen rechnen zu dürfen. Passe es ihm nicht, so könne er ja gehen; vollwichtiger Ersatz für ihn sei ja bereits vorhanden in Gestalt des Zentrums.

Die Freikonservativen zeigen urbanere Umgangsformen. Zwar runzeln auch sie mißbilligend die Brauen, sobald der Freisinn, von Gewissensbissen geplagt, freisinnige Forderungen zu erheben wagt; aber sie setzen ihren braven Blockgenossen doch nicht gleich nach Agrariermanier den Stuhl vor die Türe, sondern reden ihm väterlich zu, doch nicht auf die Taube auf dem Dache zu fahnden, da doch auch der Sperling der Blockpolitik ein reichlich sättigendes Gericht sei.

So gebärdet sich im heutigen „Tag" der Freiherr von Zedlitz als der getreue Eckehardt des Freisinns. Die Rechte habe an und für sich gar kein Interesse daran, sich wieder mit dem Zentrum einzulassen. Das Zentrum habe zu dreist ein Nebenregiment für sich in Anspruch genommen. Es habe — ein appetitlicher Köder für die blinden kulturkämpferischen Instinkte des Freisinns! — seine ausschlaggebende Stellung im Reichstag hauptsächlich dazu benutzt, „um Zugeständnisse an die Weltanschauung des Klerikalismus zu erlangen". (Diese Phrase, vermutet Herr v. Zedlitz, müßte am ersten beim freisinnigen Philisterium ziehen, das ja längst nicht mehr daran denkt, daß es das Schulverpfaffungsgesetz gerade der freikonservativen Tätigkeit unter Führung des Herrn v. Zedlitz zu verdanken hat!) Kurzum: Herr v. Zedlitz sucht dem Freisinn die Idee plausibel zu machen, daß die Block-Politik gewissermaßen das Ideal einer Politik sei, wobei er sich pfiffig sogar auf das englische Vorbild beruft, wo das Ministerium Campbell-Bannerman sich ebenfalls auf eine Mehrheit stütze, „die nicht viel weniger weit in ihren Grundanschauungen von einander abweicht, als der Block". Er beruft sich sogar auf das Zentrum selbst, innerhalb dessen Demokraten und ultrareaktionäre Junker einträchtiglich zusammensäßen. Warum solle also der Block nicht ebenso existenzfähig sein? Herr v. Zedlitz schließt dann seine Verherrlichung der idealen Paarung von Karpfen und Kaninchen mit der Mahnung:

„Der Block besitzt gleichfalls einen gemeinsamen politischen Leitstern kräftigster Art: **Kaiser und Reich.** Was ihm not tut, ist also der feste Zusammenschluß zu einer solchen Politik der mittleren Linie, bei der alle Teile, wenn auch unter Verzicht auf ausschließliche Geltendmachung ihrer Auffassung, doch ihre Rechnung finden, indem sie entweder sonst nicht erreichbare Zugeständnisse an ihren Standpunkt erlangen oder, wenn sie ihrerseits Zugeständnisse zu machen haben, nur solche von ihnen gefordert werden, mit denen sie sich abfinden können. Mit der festen Zusammenfassung aller Teile des Blocks zu einer solchen einheitlichen Politik auf der **mittleren Linie, aber auch erst mit ihr,** ist die Voraussetzung für eine Entwickelung zum Parlamentarismus im Sinne einer kräftigen Einwirkung auf die Richtung der Reichspolitik im ganzen wie im einzelnen gegeben. Das gilt namentlich von dem **preußischen Wahlrecht;** eine ernstliche Bekämpfung der beiden Flügel des Blocks auf diesem Gebiete würde allerdings sicher zu einem Tiefstande in der Entwickelung des Parlamentarismus führen."

So hat Herr v. Zedlitz wacker Schaum geschlagen. Ob sich der Freisinn wirklich einseifen lassen wird?! —

Der Flottenverein als Triumphator.

Die „Tägl. Rdsch." schreibt:

„Wie festzustehen scheint, wird sich der Deutsche Reichstag vielleicht schon in seiner nächsten Tagung mit einer Aenderung des Flottenbauplanes der Regierung zu beschäftigen haben. Nachdem vor kurzem der Zentrumsabgeordnete Spahn die Bereitwilligkeit des Zentrums ausgesprochen hat, für eine Vergrößerung des Deplacements unserer Schiffe und für eine Herabsetzung der Altersgrenze der Linienschiffe einzutreten, ist die Frage der Stellung der politischen Parteien zu etwaigen derartigen Plänen der Regierung vielfach erörtert worden. Wie wir erfahren, wird sich auch der Verbandstag der nationalliberalen Jugendvereine mit einem von Düsseldorf ausgehenden Antrag beschäftigen, der einen schnelleren Ausbau der deutschen Flotte fordert. Die nationalliberalen Jugendvereine werden sich bei Annahme dieses Antrages durchaus in Uebereinstimmung mit der Reichstagsfraktion befinden. Wie wir nämlich erfahren, ist die **Flottenfrage bereits Gegenstand der Erörterungen innerhalb der nationalliberalen Fraktion gewesen,** und zwar hat der Abgeordnete Bassermann im Anschluß an die Kölner Tagung des Deutschen Flottenvereins und die dort gehaltene Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann in der nationalliberalen Fraktion die Frage aufgeworfen, wie diese sich zu dem in der Resolution des Deutschen Flottenvereins geforderten schnelleren Ausbau der deutschen Flotte zu stellen gedenke. Der Abgeordnete Bassermann hat sich dabei **durchaus auf den Boden der Forderungen des Deutschen Flottenvereins** und der Kölner Ausführungen seines Fraktionskollegen Dr. Stresemann gestellt, und die Fraktion hat diese Stellungnahme **einstimmig** zu der ihrigen gemacht."

Nachdem sich die nationalliberale Fraktion völlig auf den Standpunkt der Forderungen des Flottenvereins gestellt hat, kann ja das Flotten-Wettrennen losgehen!

Zentrum und Freisinn werden ihren letzten Atemzug daran setzen, hinter den Nationalliberalen nicht zurückzubleiben. Das ist ja auch selbstverständlich. **Wer Kolonial- und Weltmachtpolitik will, muß auch die Flotte wollen! —**

Neue Steuern.

Die neue Aera der Flotten- und Kolonialpolitik, der Deutschland zusteuert, wird, wie sich ohne prophetische Begabung voraussehen läßt, gewaltige Geldmittel erfordern. Woher aber diese Mittel nehmen? Die Reichskasse krankt trotz der Stengelschen „Reichsfinanzreform" an bedenklichen Defiziten, und die von den Agrariern und gewissen schutzzöllnerischen Kreisen empfohlenen Steuererhöhungen auf Nahrungs- und Genußmittel, wie zum Beispiel die Banderolensteuer für Zigarren, versprechen, vorausgesetzt, daß sie Annahme finden, nur verhältnismäßig geringe Erträge. In dieser Sorge, neue Mittel für die imperialistische Politik heranzuschaffen, verfällt das „Berl. Tagebl" in der ihm eigenen Großzügigkeit darauf, die Einführung direkter Reichssteuern, insbesondere eine Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer vorzuschlagen.

„Wird man nun endlich einsehen", meint das Blatt, „daß man auf diesem Wege, auf dem Wege der indirekten Besteuerung aller möglichen und unmöglichen Verbrauchsgegenstände, nicht weiter kommt? Daß es die höchste Zeit ist, an die Einführung direkter Reichssteuern, insbesondere an eine Reichseinkommensteuer, eine Reichsvermögenssteuer oder an eine endgültige Regelung und gründliche Ausnutzung der Reichserbschaftssteuer, zu denken?

Mit der Reichseinkommensteuer würde freilich der Schatzsekretär seinem preußischen Kollegen ins Gehege kommen, der selbst eine Erhöhung der Einkommensteuer plant, um daraus die 130 Millionen für die Regelung der Beamtengehälter zu decken. Gewiß ist es kein gesunder Zustand, wenn von dem Finanzbedarf des preußischen Staates der weitaus überwiegende Teil, rund 600 Millionen, aus einer Verkehrsabgabe, nämlich aus den Eisenbahnüberschüssen, bestritten wird, während Einkommensteuer und Vermögenssteuer zusammen noch nicht 250 Millionen bringen. Trotzdem wäre es unseres Erachtens kein Schade, wenn die Erhöhung der Einkommensteuer verhindert würde, denn an der Beschlagnahme der Eisenbahnüberschüsse würde auch dieses ohnehin für die Dauer nicht zureichende Mittel nichts ändern. Nicht eine allgemeine Erhöhung des Steuerkontingents und der Steuerprozentsätze muß das Ziel sein, sondern eine Erhöhung der Progression für die Einkommen über 9500 M. und gleichzeitig der Ausbau der bisher doch noch fast rudimentären Vermögenssteuer."

Uns ist der Vorschlag, daß die Mittel zur Durchführung einer Politik, die lediglich kapitalistischen Interessen dient, auch selbst von den Kapitalisten aufgebracht werden sollen, ganz sympathisch, wenn wir auch der Ansicht sind, diese Mittel ließen sich für andere Zwecke weit nützlicher verwenden. Doch glauben wir nicht, daß die Parteien, welche speziell die Interessen des mobilen und immobilen Kapitals vertreten, sich auf diese Vorschläge einlassen werden. Bisher trieben die Herren ihre Interessenpolitik auf Kosten der großen Masse, und sie werden schwerlich geneigt, diese für sie so vorteilhaft vaterländische Praxis aufzugeben. —

Die Aktion der Phrase.

Die „Fränk. Tagespost" kommt in ihrer letzten Nummer auf unsere kritischen Glossen über den von ihr verkündeten „neuen Sozialismus der Aktion" zurück, obwohl sie meint, der ihr nunmehr vorliegende Wortlaut unserer Notiz nötige sie nicht zu „weitläufiger Erwiderung", zumal schon „alles wesentliche" von ihr gesagt sei.

Auch wir können uns kurz fassen. Die „Fränk. Tagespost" wiederholt noch einmal ihre Anklagen gegen die bisherige Haltung der Partei:

„Nach wie vor dürfen wir das Bewußtsein haben, daß wir uns an innerer solider Tüchtigkeit von keiner Partei des Auslandes übertreffen lassen. Was aber unsere Kameraden draußen und zwar ganz allgemein vermissen, ist der Mangel an unmittelbarer Ausnutzung unserer Machtmittel, die organisatorisch und materiell bedeutender sind, als in irgend einem anderen Lande. Man vermißte die Aktion."

Daher ist es gekommen, daß in Stuttgart Deutschland weder persönlich noch sachlich die Führung hatte, ja, daß wir gelegentlich alle Mühe hatten, um der stürmischen Entschiedenheit der Bruderparteien, von ihnen gedrängt, nachzukommen. . . . Daß Deutschland die Energie unmittelbarer Aktion nicht ausreichend entwickelt hat, das war die allgemeine Ueberzeugung von Stuttgart."

Den ähnlich lautenden Ausführungen der „Fränkischen Tagespost" hatten wir die Aufforderung entgegengesetzt, uns doch gefälligst rund heraus und ohne rednerische Umschweife zu sagen, in welchen Fällen die Sozialdemokratie es bisher „an der unmittelbaren Ausnutzung unserer Machtmittel", der „Aktion", habe fehlen lassen. Darauf wird uns die Antwort rundweg verweigert. Die „Fränk. Tagespost" will uns — wir vermögen diese Feinfühligkeit wirklich nicht zu verstehen! — „die peinliche Würdigung aller Aktionen, die uns nicht erreichen", ersparen. Sie meint, „die Erinnerung beispielsweise an die preußische Wahlrechtsaktion dürfte doch wohl schon „klipp und klar" genug sein."

In der Tat, das ist deutlich genug insofern, als es klipp und klar die völlige Ratlosigkeit der „Fränk. Tagespost" beweist, irgend etwas Tatsächliches vorzubringen. Denn über die im Sommer vorigen Jahres erhobenen Beschwerden einzelner Genossen darüber, daß im Frühjahr 1906 nicht der politische Massenstreik proklamiert worden sei, ist der Mannheimer Parteitag mit schier erdrückender Mehrheit zur Tagesordnung übergegangen!

Wenn sich aber die „Fränk. Tagespost" darauf beruft, daß der „Vorwärts" kürzlich für den neuen, bevorstehenden Wahlrechtskampf „andere" Mittel angekündigt habe, so hat das erst recht nichts mit einem „neuen Sozialismus der Aktion" zu tun. Auch unser Nürnberger Parteiorgan wird bei einigem Nachdenken einzusehen vermögen, daß die bevorstehende Wahlrechtskampagne unter wesentlich anderen Umständen durchzukämpfen ist als die Protestbewegung vor anderthalb Jahren. Diese anders gelagerten Verhältnisse ermöglichen auch eine andere Kampfestaktik. Das entspricht durchaus der alten Auffassung und Taktik der deutschen Sozialdemokratie.

Trotzdem halten wir es für absolut wertlos und verwirrend, in schwülstigen allgemeinen Phrasen von „Aktionen" zu deklamieren. Mit hochtrabenden Worten macht man keine Aktionen, auch nicht im preußischen Wahlrechtskampfe, sondern nur durch die Aufrüttelung der proletarischen Massen, durch unausgesetzte, vorwärtstreibende Kritik der bürgerlichen Parteien, deren am Wahlrecht gleichfalls interessierte Wählermassen in Bewegung zu bringen sind. Wir wollen nicht behaupten, daß es die „Fränk. Tagespost" bisher an solcher wirklichen Aktion habe fehlen lassen, wohl aber möchten wir feststellen, daß gerade der „Vorwärts" mit dieser Aktion bereits im Juli energisch eingesetzt hat — also lange bevor der Stuttgarter Kongreß dem „neuen Sozialismus der Aktion" angebliche Geburtshelferdienste leistete! —

Die Teuerungszulage an die Unterbeamten.

Von einigen Blättern wurde jüngst gemeldet, daß bei der Auszahlung der Teuerungszulagen an die Unterbeamten denjenigen Unterbeamten, die wegen Krankheit oder sonstigen Unglücks in ihrer Familie im Laufe des Jahres eine Unterstützung bei ihrer vorgesetzten Behörde nachgesucht und zugebilligt erhalten hatten, diese Unterstützung in voller Höhe bei der Auszahlung der Teuerungszulage wiederum in Abzug gebracht worden sei, so daß einzelnen dieser Unterbeamten anstatt 100 M. tatsächlich nur 20 oder 10 M. erhalten hätten.

Darauf erwidert die ministerielle „Berliner Korrespondenz“:

Da jede Andeutung fehlt, bei welcher Behörde so verfahren sein soll, ist eine Prüfung der Richtigkeit der Behauptung im einzelnen ausgeschlossen. Nach den an zuständiger Stelle eingeholten Erkundigungen würde aber das behauptete Vorgehen den Absichten der Staatsregierung und den von ihr erlassenen Bestimmungen keineswegs entsprechen. Gemäß den im Landtage abgegebenen Erklärungen ist in den Ausführungsanweisungen betreffend die Verteilung der im Etat vorgesehenen außerordentlichen einmaligen Beihülfen für Unterbeamte nur gesagt, daß den Unterbeamten, insoweit sie an der diesjährigen Gehaltsaufbesserung beteiligt sind, die Beihülfe um den Betrag der Aufbesserung zu kürzen sei. Von einer Anrechnung einer etwaigen Zuwendung aus Unterstützungsfonds ist nicht die Rede. Da diese Fonds nicht gekürzt sind, lag auch zu einer solchen allgemeinen Anordnung kein Anlaß vor.“

Die „Berliner Korrespondenz“ bestreitet also nicht, daß Unterbeamten die Unterstützungen, die sie im Laufe des letzten Jahres erhalten haben, bei der Auszahlung der Teuerungszulage in Anrechnung gebracht sind; aber sie behauptet, daß Anordnungen von oben in dieser Richtung nicht erlassen sind, und daß die Staatsregierung auch diese Abzüge nicht billigt. Dennoch können die Unterbeamten, denen die Unterstützungen von ihrer Teuerungszulage abgezogen worden sind, den einbehaltenen Betrag nachfordern und, falls er ihnen verweigert werden sollte, Beschwerde erheben.

Afrikanische Züchtigungsmethoden.

Daß preußische Richter außerordentlich abgehärtet sind gegen die Prügel, die die Kinder des arbeitenden Volkes in der Schule empfangen, ist allgemein bekannt. Haben doch vor wenigen Jahren Berliner Richter eine katholische „Erzieherin“ freigesprochen, weil 50 Stockhiebe, deren Spur noch nach 8 Tagen in Form blutiger Krusten zu sehen war, nach ihrer Ansicht „auf die körperliche Gesundheit des gezüchtigten Kindes keinen dauernd schädlichen Einfluß“ hätten. Immerhin hieß es, daß Schamverletzungen bei der Schulhauerei in Preußen ausgeschlossen seien. Man munkelte sogar, es bestände ein ministerieller Erlaß, der unanständige Formen der Züchtigung, insbesondere Züchtigungen bei entblößtem Leibe, ausdrücklich verbiete. Das scheint jedoch nicht richtig zu sein; wenigstens spricht das nachfolgende Dokument für das Gegenteil:

Der Erste Staatsanwalt. Hildesheim, den 22. Juli 1907.
Geschäfts-Nr. 4. J. 505/07/3.

Auf die nicht datierte, hier am 12. Juni 1907 eingegangene Anzeige gegen die Lehrerin Elisabeth Reinbeck in Gronau:

Ihrer Ansicht, Sie und Ihr Sohn seien dadurch beleidigt worden, daß die Beschuldigte Ihren Sohn vor der ganzen Klasse (!) durch Schläge auf das entblößte Gesäß gezüchtigt hat, kann ich nicht beitreten.

Die Beschuldigte hat Ihren Sohn gezüchtigt, weil er trotz häufiger Ermahnungen zur Ruhe immerfort auf dem Schulhofe und in der Klasse gelärmt und den Unterricht in erheblicher Weise gestört hat.

Sie hat die oben erwähnte Art der Züchtigung (Schläge auf das entblößte Gesäß) gewählt, weil ihr nach ihren glaubhaften Angaben eine wirksame Züchtigung ohne Herunterziehen der Hose nicht möglich gewesen wäre. Diese Maßnahme lag noch innerhalb der Grenzen des Züchtigungsrechtes, so daß ein strafbarer Verstoß gegen § 340 des Strafgesetzbuches nicht vorliegt.

Bei dieser Sachlage kann in dem Verhalten der Beschuldigten aber auch eine Aeußerung ehrverletzenden Charakters für Sie nicht erblickt werden. Selbst wenn man die Handlungsweise der Beschuldigten für objektiv beleidigend halten wollte, so ist der Beschuldigten jedenfalls nicht im entferntesten bewußt gewesen, daß Sie oder Ihr Sohn darin eine Beleidigung erblicken würden. Vor allem aber kommt in Betracht, daß die Beschuldigte beabsichtigte, Ihren Sohn zu züchtigen, also ihm ein körperliches Uebel zuzufügen, nicht aber ihn, am allerwenigsten seine Eltern, durch die Art der Züchtigung an der Ehre zu kränken, also zu beleidigen. Der Vorsatz, körperlich zu züchtigen, schließt die Absicht zu beleidigen in der Regel aus. Das Verfahren hat also eingestellt werden müssen.

In Vertretung: (Unterschrift unleserlich.)

Frankreich.

Ein unzuverlässiges Regiment.

Paris, 29. August. In der Garnison Die ereignete sich ein neuer Aufruhr beim 17. Infanterieregiment, von welchem bekanntlich schon ein Teil wegen Menterei nach Algier gesandt worden ist. Das Regiment manövrierte, als eine Anzahl Reservisten, welche sich über ihren Hauptmann zu beklagen hatten, weil er nicht genügend für ihre Einquartierung gesorgt habe, plötzlich meuterten und revolutionäre Lieder sangen. Die Bewegung nahm sofort eine große Ausdehnung an, ein Hauptmann, welcher intervenieren wollte, wurde von den Soldaten tätlich angegriffen. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet.

Offiziös wird folgendermaßen zu beschwichtigen gesucht:

Paris, 29. August. Oppositionelle Blätter wissen von einer Meuterei unter den Reservisten des 17. Infanterieregiments zu melden. Der Kriegsminister erklärt dazu, daß es sich lediglich um einen vereinzelten Fall von Ungehorsam handle.

England.

Die irischen Landunruhen.

London, 29. August. Die gestern in Irland verhafteten 18 Personen sind gegen Stellung von Kautionen freigelassen worden. In ganz Irland dauern die tumultuösen Versammlungen an; man befürchtet den Ausbruch einer sehr ernsten Agrarbewegung.

Gewerkschaftliches.

Haltet die deutsche Arbeiterehre hoch!

Wir mußten schon die betrübliche Tatsache konstatieren, daß sich in Antwerpen eine Anzahl der „besonders nützlichen Elemente“ eingefunden hatten, um die deutsche Arbeiterehre zu schänden. Neuerdings haben sich auch noch einige, erfreulicherweise wenige, Bergarbeiter gefunden, die ihren Kameraden in Belgien in den Rücken fielen. Dieser letztere Fall scheint seine Ursache teilweise mit darin zu haben, daß die belgischen Bergleute bisher wenig taten, das Ausland über den Kampf aufzuklären, in den sie zurzeit verwickelt sind.

Schon acht Monate stehen nämlich die Bergarbeiter der Gruben von Pres de Fleron u. Hosard in Belgien im Ausstand. Die Aussichten des Streiks haben aber eine für die Streikenden insofern ungünstige Wendung angenommen, als es den Unternehmern neuerdings gelungen ist, Streikbrecher auch aus Deutschland heranzuziehen. Es ist für die deutschen Arbeiter jedenfalls tief beschämend und ihre moralische Pflicht ist es, alles zu tun, um den Zuzug von Arbeitswilligen nach dem Streikgebiet fernzuhalten.

In einer Sitzung, welche das Streikkomitee von Hosard abhielt, wurde beschlossen, der Oeffentlichkeit mitzuteilen, daß sich leider deutsche Bergarbeiter gefunden haben, die sich von der Direktion der Grube Hosard anwerben ließen und dadurch ihren streikenden Brüdern in den Rücken fallen. So kamen am letzten Mittwoch sieben deutsche Bergarbeiter, welche angeworben waren, mit dem Versprechen, daß sie pro Stunde 1 Frank 50 Cent. verdienen sollten. Diesen Leuten erzählte auch ein Ingenieur, daß noch andere Arbeiter aus Holland und Belgien angeworben seien und nachfolgten. Wie vermutet wird, ist es ein Mann namens Daubach, welcher die Leute anwirbt. Nachmittags kamen noch drei Deutsche in Hosard an, welche auch angeworben waren und direkt von den Unternehmerknechten nach Pres de Tleron, einer Brudergrube von Hosard, gebracht wurden; auch auf dieser Grube wird gestreikt. Wir bitten nun die arbeiterfreundliche Presse allüberall die Bergarbeiter davor zu warnen, sich für die Gruben Hosard und Pres de Tleron anwerben zu lassen, damit der Kampf, der schon **acht lange Monate** dauert, nicht aussichtslos wird. Ferner würde es sehr freuen, wenn uns vom Ausland etwas Hülfe zukäme. Sendungen (Geld) nimmt D. D. Wislot, Sekretär des Verteidigungskomitees, entgegen. Seine Adresse ist: Volkshaus Retinna, Micharoux (Belgien).

Berlin und Umgegend.

Die Kleber versammelten sich am Mittwochabend bei Meyer in der Oranienstraße, um zu beraten, wie sie die gegenwärtige günstige Konjunktur ausnützen könnten. Der Vorsitzende Brunow schilderte, wie die Verhältnisse im Beruf zurzeit liegen. Es ist Arbeit in Fülle vorhanden; ein Vertrag besteht nicht, aber die Tarifpreise sollten überall Geltung haben. Bedauerlicherweise arbeiten nun noch viele Kleber zu Preisen unter dem Tarif; an vielen Plätzen werden nur die Mindestpreise bezahlt. Der Sektionsvorstand empfiehlt allen Mitgliedern, überall da die Arbeit niederzulegen, wo die tarifmäßigen Preise nicht bezahlt werden. Es wird erwartet, daß jeder Kollege energische Anstrengungen macht, möglichst gute Preise zu erzielen, auf keinen Fall sich aber herbeiläßt, unter den alten Tarifpreisen zu arbeiten. Durch eine vorgenommene Bautenkontrolle für die Kleber wurde festgestellt, daß für Berlin innerhalb des Ringbahnnetzes allein 600 Bauten in Betracht kommen, also jedem Kleber Gelegenheit gegenwärtig geboten ist, lohnende Arbeit zu finden. Die Empfehlung des Vorstandes wurde einstimmig angenommen. In der Diskussion wurde die Notwendigkeit einer strafferen Organisation besonders hervorgehoben und allen Anwesenden zur Pflicht gemacht, für den Verband zu agitieren.

Die organisierten Hausdiener, Kutscher usw. aus den Wäscheverleihgeschäften Berlins haben seit dem 1. Mai 1906 einen korporativen Lohntarif zur Durchführung gebracht. Um eine Durchbrechung dieses Tarifes zu verhüten, ist vom Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter eine Kontrollkarte eingeführt worden. Nur von den Firmen ist der Tarif anerkannt, werden die geforderten Lohnsätze gezahlt, deren Arbeiter im Besitz der Kontrollkarte sind. Dieselbe ist seit dem 1. Mai dieses Jahres von grüner Farbe und nur dann gültig, wenn dieselbe ordnungsgemäß jeden Monat abgestempelt ist.

Verein Berliner Hausdiener.
Die Branchenleitung: Hermann Mehring, Wrangelstr. 102.

Achtung, Glasschleifer! Die Spiegelschleifer in Budapest stehen im Streik. Die Meister versuchen in Berlin arbeitswillige Schleifer anzuwerben. Wir ersuchen die Kollegen, keinerlei Angebote nach dort zu machen und den Meistern bei event. Anfrage die gebührende Antwort zu geben.

Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ueber die Teltower Porzellanfabrik hat der Porzellanarbeiterverband die Sperre verhängt. Veranlassung hierzu geben die in bezug auf Verdienst und Behandlung usw. bestehenden Mißstände. Sodann die Maßregelung einiger Verbandskollegen. Es werden auch nur solche Arbeiter eingestellt, welche auf ihr Koalitionsrecht Verzicht leisten. Da die Direktion nun keine gelernten Arbeiter bekommt, die allein imstande sind, den vollständig heruntergekommenen Betrieb wieder flott zu machen, so versucht sie ungelernte Arbeiter aus Teltow und Umgebung heranzuziehen, um den Wirkungen der Sperre zu entgehen. Die Teltower Arbeiter und Arbeiterinnen werden hoffentlich, nachdem ihnen die Sperre der Porzellanfabrik bekannt ist, das ihrige dazu tun, daß das Streben der Direktion vergeblich sein wird!

Deutsches Reich.

Zum Streik des Hamburger Schleppdampferpersonals.

Das Reederorgan veröffentlicht von mehreren Bugsierdampfergesellschaften Lohnlisten von Schiffern und Maschinisten, wonach diese bei der einen Firma im Monatsdurchschnitt 196,75 M. verdient haben sollen; eine Gruppe soll es sogar während der Monate Januar—Juni 1907 im Monatsdurchschnitt auf 258,20 M. gebracht haben, und das, wie selbst angegeben wird, bei einem festen Wochenlohn von nur 30 M. und 50 Pf. für die Ueberstunde. Diese Leute sind also während der sechs Monate ständig im Dienst gewesen und haben, in Tagwerk umgerechnet, ein Arbeitspensum von 12 Monaten geleistet, denn 180 M. beträgt ja nur der feste Monatslohn bei zwölfstündiger Arbeitszeit pro Tag.

Die Agenten der „Vase“ befinden sich auf der Streikbrechersuche, haben bisher aber erst nur einige „Maschinisten“ auftreiben können, die zum Teil nicht einmal die Signale verstehen. Die Polizei nimmt sich, wie immer, der Arbeitswilligen liebevoll an, damit diese ja nicht in Berührung mit den Streikenden kommen.

Streik der Hamburg-Altonaer Elektromonteure und Hülfsmonteure.

Vor einigen Wochen haben die eine Sektion des Metallarbeiterverbandes bildenden Elektromonteure und Helfer (Hülfsmonteure) ihren Arbeitgebern einen neuen Lohn- und Arbeitstarif zugestellt, der für Monteure einen Minimallohn von 70 Pf. (bisher 50 Pf.) und für Helfer einen solchen von 55 Pf. vorsieht. Außerdem wird eine Aufbesserung des Lohnes für Ueberstunden sowie Nacht- und Sonntagsarbeit verlangt. Die neunstündige Arbeitszeit besteht schon seit zwei Jahren. Die Arbeitgeber wollen den Monteuren nur 60 Pf. und den Helfern 45 Pf. Stundenlohn zugestehen; ferner weichen ihre weiteren Zugeständnisse wesentlich ab von den aufgestellten Positionen der Arbeiter. In einer am Mittwochabend stattgehabten Versammlung der Elektromonteure und Hülfsmonteure wurde beschlossen, am Donnerstagmorgen die Arbeit einzustellen. Der diesbezügliche Beschluß wurde mit 417 gegen 3 Stimmen gefaßt.

Entsprechend diesem Beschluß wurde am Donnerstag in den Werkstätten die Arbeit niedergelegt, deren Inhaber sich ablehnend verhalten. In Hamburg-Altona arbeiten etwa 700 Monteure und Hülfsmonteure. Eine Anzahl Arbeitgeber hat sofort den neuen Lohntarif anerkannt, so daß am Donnerstagmittag schon 150 Mann zu den neuen Bedingungen arbeiteten.

Im Streik befinden sich etwa 500 Monteure und Hülfsmonteure.

Ausland.

Der Dockerstreik in Antwerpen.

Antwerpen, 28. August. (Eig. Ber.)

In der gestrigen Dockerversammlung wurde der von den Streikführern vertretene Vorschlag, daß alle Hafenarbeiter die Arbeit aufnehmen und alle Kraft und alle Mittel auf die Fortsetzung des Kampfes der Holz- und Getreideverlader konzentriert werden sollen, einstimmig angenommen. Nur in dem Falle, daß die Unternehmer die Arbeiter zum Verladen von Getreide und Holz verwenden sollten, dürften diese die Arbeit verweigern. Diesem, aus der ruhigsten, besonnensten Erwägung, aus der gewissenhaftesten Ueberprüfung der Lage resultierenden Entschluß, den sich abzuringen Hunderten der gereizten Hafenarbeiter schwer genug wird — diesem Entschluß steht nun die provokatorische Haltung der Unternehmer gegenüber. Der Präsident der Unternehmervereinigung, Steinmann, erklärte, daß die Arbeiter, die unterzeichnet haben, auch zur Verladung von Holz und Getreide verwendet werden. Wenn sie sich jedoch weigern sollten, würde dies die allgemeine Aussperrung zur Folge haben. Die Generalversammlung der Unternehmer wird heute darüber abstimmen, aber es scheint, daß die Sache bereits abgemacht ist und von dem eingeschlagenen Weg der brutalsten Vergewaltigung nicht um eines Haares Breite gewichen werden soll. — Nun gibt es auch sonst noch bei der Arbeitsaufnahme — es haben sich Vormittag 2 bis 3 Tausend Arbeiter gemeldet — genug der Schwierigkeiten durch die noch anwesenden fremden Arbeiter. — Das in Aussicht gestellte Vorgehen der Unternehmer wäre also in der gegenwärtigen allgemeinen Erregung doppelt sträflich und verdammenswert. Noch ist die letzte Entscheidung abzuwarten. Daß die Streikführer rieten, nicht nur die Arbeit aufzunehmen, sondern auch, wenn es gefordert wird, den Kontrakt zu unterzeichnen, zeigt, daß von ihrer Seite alles geschieht, um den Konflikt zu beenden.

In diesem die Gegensätze auf schärfste aufpeitschenden Kampf kommt die Kunde, daß sich die Unternehmer durch den internationalen Ausbau ihrer Organisation noch viel schärfer und umfassender gegen künftige Streiks wappnen werden. Auf dem im Oktober stattfindenden Kongreß wird insbesondere die Frage der raschen Beförderung von Streikbrechern nach den Häfen geregelt werden. Die Hafenarbeiter haben also durch die empfangene Lehre dieses Streiks wie mit Rücksicht auf die bevorstehende internationale Zusammenschließung der Herren der Häfen die dringendste Pflicht ein Gleiches zu tun. —

* * *

Antwerpen, 29. August. W. T. B. meldet: Der Arbeitgeberverband beschloß, die Hafenarbeiter solange auszusperren, bis sie sämtlich die Arbeit wieder aufgenommen hätten und zu diesem Zweck neue Millionen zu bewilligen. Gegenüber der Haltung der Arbeitgeber beschlossen die Arbeiter in heute vormittag abgehaltenen Versammlungen, den Widerstand fortzusetzen. Die Lage im Hafen ist ruhig. Die Ladearbeiten werden von ausländischen Arbeitern verrichtet. Die Gendarmerie ist verstärkt worden.

Tischlerstreik in Kopenhagen.

Unterm 29. August meldet W. T. B. aus Kopenhagen: In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der Arbeitgebervereinigung wurde in der Angelegenheit des seit vier Monaten dauernden Bautischlerstreiks einstimmig beschlossen, den Bautischlern zur Wiederaufnahme der Arbeit eine Frist von drei Tagen zu gewähren. Bei Nichtaufnahme der Arbeit innerhalb dieser Zeit soll die Generalaussperrung für sämtliche der Arbeitgebervereinigung angehörenden Betriebe des Landes proklamiert werden.

Behördliche „Arbeiter-Fürsorge“ in Rußland.

Den Vertretern des Petersburger Druckereiarbeiterverbandes wurde im Registrierungsamt mitgeteilt, daß gegenwärtig die Vorarbeiten für ein neues Vereinsgesetz im Gange seien, welches die Tätigkeit der Gewerkschaften vollkommen lahmlegen dürfte. So soll die Leitung von Lohnkämpfen den Gewerkschaften überhaupt untersagt werden. (!)

Der Moskauer Stadthauptmann erklärte den Vertretern des Verbandes des graphischen Gewerbes, die um die Wiedereröffnung des sistierten Verbandes nachsuchten, daß er im Verlaufe von 1½ Jahren die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die Gewerkschaften den Arbeitern nur Schäden zufügten. Auf die Einwendung, daß der Verband oft Konflikte zwischen den Arbeitern und Unternehmern geschlichtet und überhaupt deren gegenseitige Beziehungen reguliert habe, entgegnete der Stadthauptmann, daß der Verband auch in diesem Falle überflüssig sei, weil er, der Stadthauptmann, gerne selbst bereit sei, an Stelle des Verbandes die Beziehungen zwischen den Arbeitern und Unternehmern zu regulieren....

Man wird in gewissen Kreisen von der Elbe und Spree mit Neid nach der Newa und Wolga blicken!

Eine Genossenschaftsgärtnerei in Basel haben die streikenden Gärtner errichtet und dafür bis jetzt an Anteilscheinen und Beiträgen von gewerkschaftlicher Seite 6015 Frank erhalten. Der ausgedehnte Betrieb scheint zu prosperieren.

Eingegangene Druckschriften.

Neue Gesellschaft. Heft 9. (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.) Verlag Berlin NW. 6, Charitéstr. 3.

Der Tripper. — Die Syphilis. Laienverständlich erklärt von Dr. Orlowski, Spezialarzt in Berlin. Preis je 90 Pf. Würzburg, A. Stubers Verlag.

Werde gesund! 8. Heft. Zeitschrift für Volksgesundheitspflege. Herausgeber: Dr. G. Liebe. Monatlich ein Heft. Vierteljährlich 75 Pf. — Verlag: Th. Krische in Erlangen.

Müller (Fulda), Richard. M. d. R. Die Einnahmequellen des Deutschen Reiches und ihre Entwickelung in den Jahren 1872—1907. Volksvereinsverlag: M.-Gladbach. Preis 1,20 M.

E. Dönicke. Berliner Sozialdemokraten als Soldaten! Verlag: E. Maerker. Leipzig-R. Preis 2,— geb. 3,— M.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Streik der Elektromonteure.

Hamburg, 29. August. (W. H.) Die Elektrizitätsmonteure beschlossen die sofortige Arbeitsniederlegung, weil die Arbeitgeber es abgelehnt haben, wegen ihrer Lohnforderungen mit dem Metallarbeiterverbande zu unterhandeln.

Schlechte Steuerzahler.

Paris, 29. August. (W. H.) Die Versuche mit dem neuen Einkommensteuergesetz scheiterten in Bellerive vollständig infolge des Widerstandes der Bevölkerung, welche sich hartnäckig weigerte, die notwendigen Aufklärungen dem zuständigen Ausschusse zu geben.

Opfer des Freiheitskampfes.

Petersburg, 29. August. (W. T. B.) Heute nachmittag verkündete das Militärgericht das Urteil in dem Verschwörerprozeß. Nikitenko, Sinjawski alias Purkin und Naumow wurden für schuldig erkannt, ein Attentat auf das Leben des Kaisers vorbereitet zu haben, und zum Tode durch den Strang verurteilt. Von vier Angeklagten, die der Bildung einer Organisation zwecks Sturzes der bestehenden Regierungsform für schuldig erkannt wurden, sind drei zu acht Jahren und einer zu vier Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Fünf weitere Angeklagte wurden wegen Unterstützung der Verschwörung zur Ausweisung verurteilt unter gleichzeitigem Verlust aller Standesvorrechte. Sechs Angeklagte wurden freigesprochen, darunter auch Rechtsanwalt Feodoßjew sowie dessen Frau.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Die Parteipresse über den Internationalen Kongreß.

I.

Die sozialistische Presse Deutschlands und des Auslandes ist einstimmig im Lob der Stuttgarter Tagung. Die allgemeine Befriedigung, die sich kundgibt, hat ihren schönsten Ausdruck gefunden in dem Artikel: **Der Triumph der Internationale,** den Genosse Viktor Adler in der **„Wiener Arbeiterzeitung“** dem Kongreß gewidmet hat. Er beginnt:

„Mit dem Gefühl stolzer Genugtuung, mit dem Bewußtsein der Kampfbereitschaft und der Siegeszuversicht sind die Vertreter des kämpfenden Proletariats aller Länder heute auseinandergegangen. Der internationale Sozialismus war immer die Hoffnung und die Zukunft, er beginnt eine Macht und wirkende Gegenwart zu werden. Das sind nicht mehr Apostel, einsame Rufer in der Wüste des Kapitalismus, das ist ein wachsendes weltumfassendes Heer, mit eigenem, blühendem, vielgestaltigem Leben von Gedanken, fähig der Zusammenfassung zu gemeinsamem Wollen, zu einheitlichem Entschluß, zu zielbewußter Tat.“

Und nach einer knappen scharf charakterisierenden Skizzierung der Verhandlungen kommt Genosse Adler zu dem Schluß:

„So waren die Stuttgarter Tage erhebend und fruchtbar. Mit gesteigertem Mute, mit einem Zuwachs an Kraft, an Hoffnung kehren die Abgesandten des Proletariats zurück in ihre Heimat, die ihr Kampfposten ist, neu gestärkt durch die lebendige Anschauung, wie der Sozialismus vorwärts schreitet und die Welt zu umfassen und zu durchdringen beginnt; jeder einzelne gestärkt in dem Entschluß, in dem Kampfe gegen Ausbeutung und Klassenherrschaft seinen ganzen Menschen einzusetzen, um diese herrliche Welt dem Menschentum, der Freiheit zu erobern.“

Die Einmütigkeit in der Bewertung des Kongresses im ganzen hindert natürlich nicht, daß über Einzelheiten die Meinungen auseinandergehen. Wir geben die wichtigsten Aeußerungen hier wieder und zwar zunächst die zu dem Punkte, wo die Differenz der Ansichten am größten ist — die Aeußerungen zu den Verhandlungen und dem Beschluß des Kongresses über

die Kolonialfrage.

„Hamburger Echo“:

Die erste Plenarentscheidung galt der Kolonialfrage. Unerwarteterweise siegte die Minderheitsresolution der Kommission, die jede Kolonialpolitik verwirft. Wir möchten glauben, daß weniger die Sache, als der Ausdruck „Kolonialpolitik“ diese Entscheidung herbeigeführt hat. Dieser Ausdruck war der Mehrheit anstößig, weil er — wie Kautsky, der die Ansicht der Kommissionsminderheit vertrat, sagte — „Eroberung eines fremden, überseeischen Landes und gewaltsame Festhaltung dieses Landes bedeutet“. Hätte es statt dessen geläutet: „Sozialdemokratische Politik in den Kolonien“, so wäre wohl kaum eine tiefere Differenz vorhanden gewesen. „Der Gedanke,“ sagte gleichfalls Kautsky, „daß wir die Kolonien nicht einfach ignorieren können, daß wir in ihnen gewisse Aufgaben zu erfüllen haben, so viel als möglich für sie positiv tätig sein müssen, hat meines Wissens noch niemand bestritten. Das ist aber etwas ganz anderes als Kolonialpolitik.“ Und im weiteren: „Man hat gesagt, wir müssen Erziehungspolitik treiben, wir müssen hinausgehen zu den wilden Naturvölkern als Lehrer und Berater. Ja, das müssen wir allerdings. Wir sind selbst daran interessiert, daß diese Naturvölker auf eine höhere Kulturstufe gelangen.“ Usw. . . .“

„Bremer Bürgerzeitung“:

„Zunächst die Kolonialfrage. Hier überwog in der deutschen Delegation leider der revisionistische Standpunkt, was unbestreitbar daher rührte, daß die Revisionisten unter den 150 Vertretern der Partei bedeutende Verstärkung aus den Reihen der in Stärke von ebenfalls 150 Delegierten erschienenen Gewerkschaftsvertretern erhielten. Das Plenum des Kongresses verhinderte den Rückschritt, der infolgedessen drohte, indem die Resolution der Minderheit zur Annahme gelangte. Diese Resolution wird uns in Deutschland vortreffliche Dienste leisten. Sie erlaubt nicht nur, sondern sie gebietet der Sozialdemokratie aufs nachdrücklichste den Ruf: „Fort mit den Kolonien!“ zu erheben und so die Bereicherung einiger Weniger auf Kosten der Nation aufs schärfste zu bekämpfen. Ganz unglaubliche Argumente wurden von revisionistischer Seite zugunsten einer „reformierten“, auch den Arbeitern nützlichen Kolonialpolitik vorgebracht. So, ob man denn auf die kolonialen Produkte verzichten wolle? Als ob Tee, Kaffee, Tabak, Gewürze und viele andere Produkte nur auf dem Wege der Kolonialpolitik zu gewinnen wären. Als ob sich die Produktivität in jenen Ländern, wo diese Produkte gewonnen werden, nicht immens erhöhen ließen. Wir begrüßen es mit Freude, daß die sogenannte Mehrheitsresolution abgelehnt wurde und wünschen dringend, daß die Kolonialfrage in der Partei recht eingehend diskutiert werden möge, was wir in Stuttgart an Ansichten über diese Frage vernahmen, läßt geradezu auf eine Verloderung der sozialistischen Theorie bei vielen Sozialdemokraten schließen. Und dadurch, daß man verächtlich von den „Theoretikern“ spricht, werden die Lücken im theoretischen Wissen bekanntlich nicht ausgefüllt. Ebensowenig, wenn von gewisser Seite aus versucht wird, bestehende Gegensätze immer aufs neue wieder zu verkleistern.“

„Leipziger Volkszeitung“:

„. . . Es ist in der Tat nicht abzusehen, was die Kritik der kapitalistischen Kolonialpolitik mit der Frage zu schaffen haben soll, ob dermaleinst der Sozialismus eine zivilisatorische Kolonialpolitik treiben werde. An die Spitze einer, die kapitalistische Kolonialpolitik verurteilenden Resolution den Satz zu stellen, daß „der Kongreß nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik verwerfe, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch werde wirken können“, heißt die klare Lage der Gegenwart verdunkeln, um einer Zukunft nichts zu vergeben, die — wir wiederholen leider! — noch in recht weiter Ferne liegt. Wenn aber dieses Vorgehen damit begründet werden soll, daß es für den internationalen Sozialismus notwendig sei, nicht bloß zu kritisieren, sondern auch seine schöpferische Fähigkeit zu zeigen, so wird man durch diesen Satz die Gegner der Arbeiterbewegung nicht von der schöpferischen Fähigkeit des Sozialismus überzeugen, was man diesen braven Leuten am Ende nicht einmal übelnehmen kann. Ob es eine zivilisatorische Kolonialpolitik geben kann, zur Zeit, wo unsere Enkel mit unseren Knochen die Aepfel von den Bäumen werfen, das ist eine Frage, um die es sich nicht lohnt, eine Zukunftsmusik zu treiben, die von den Gönnern der kapitalistischen Kolonialpolitik mißbraucht werden kann, um deren Scheußlichkeiten zu verhüllen. . . .

Weniger erklärlich war die anfechtbare Haltung der deutschen Partei in der Kolonialpolitik. Sie führte zur bewegtesten Szene des Kongresses, die nicht ohne peinliche Momente war. Glücklicherweise fiel die endgültige Abstimmung umso erfreulicher aus. Der Versuch einer Annäherung an die bürgerlichen Auffassungen der Kolonialpolitik, dem leider auch die Mehrheit der deutschen Delegation zugestimmt hatte, wurde klipp und klar zurückgewiesen. Damit ist eine schwere Gefahr vereitelt worden, die für die sozialdemokratische Agitation der nächsten Jahre hätte verhängnisvoll werden können, um so verhängnisvoller, als die offizielle Reichspolitik der absehbaren Zukunft unter den trügerischen Sternen der Dernburgschen Dattelkistenutopie stehen wird. Ungehindert durch jedes Bleigewicht, können wir jetzt klar zum Gefecht machen gegen die ungeheuerlichen Opfer an Gut und Blut, die den Massen abermals aufgewälzt werden sollen zugunsten einer kleinen Minderheit profitlüsterner Kapitalisten.“

„Sächsische Arbeiterzeitung“ (Dresden):

„Nach unserer Auffassung wäre es irrtümlich, wenn man die Auseinandersetzung über die Kolonialpolitik auf die Formel bringen wollte, als habe es sich um Sieg und Niederlage zwischen einer entschiedeneren und einer gemäßigteren Richtung gehandelt. Es mag demjenigen, der sich an Aeußerlichkeiten hält, so erscheinen, als habe zunächst in der Kommission eine gemäßigtere — oder gar, wie es bedauerlicherweise bereits geäußert wurde, eine dem Kapitalismus entgegenkommende — Richtung die Mehrheit erhalten, während nachher im Plenum die radikale Richtung mit einer Mehrheit von einigen Stimmen durchdrang. Aber es ist doch schon auffällig, daß nach der Ablehnung des ersten Absatzes der Kommissionsresolution das Plenum des Kongresses fast einstimmig die vorherige Minderheitsresolution in der Gesamtabstimmung annahm, was im Falle eines vollen Gegensatzes beider Auffassungen wohl schwerlich hätte geschehen können. Dazu kommt, daß die Redner von beiden Seiten sich gegenseitig zugestehen mußten, daß in der Resolution der anderen dieselben Forderungen auch mit enthalten seien wie in der eigenen Resolution. Der französische Genosse Rouanet sagte mit Recht, in der Minderheitsresolution seien auch positive Forderungen zur Verbesserung der kapitalistischen Kolonialpolitik enthalten und Vertreter der Minderheitsresolution konnten gleichfalls mit Recht darauf hinweisen, daß auch die Mehrheitsresolution jede kapitalistische Kolonialpolitik verurteile.

Es zeigt sich also, daß es sich nicht etwa um einen vollen Meinungsgegensatz handelte, sondern um **die Frage, in welchem Maße und Umfange es möglich ist, innerhalb des Kapitalismus die Kolonialpolitik sozialdemokratisch zu beeinflussen und zu verbessern.** Die Minderheitsresolution betont schärfer und in mehrfachen Wiederholungen die Abscheulichkeit der kapitalistischen Kolonialpolitik und betont die Möglichkeit des Ankämpfens gegen diese Politik weniger eindringlich; sie erscheint daher vorwiegend protestierend und negierend. Die Mehrheitsresolution verurteilt prinzipiell die kapitalistische Kolonialpolitik genau so wie die andere Resolution, aber sie fordert stärkere Einflußnahme der Sozialdemokratie aller Länder auf die Kolonialpolitik, um deren kapitalistische, ausbeuterische, die Eingeborenenbevölkerung unterdrückende Maßnahmen nach Möglichkeit abzuschwächen. Es wäre auch nach dem schweren und tapferen Kampfe, den wir gerade in Deutschland vor kurzem gegen die kapitalistische Kolonialpolitik gekämpft haben, geradezu unverständlich, daß die Mehrheit der deutschen Delegation mit ihrer Auffassung etwas anderes als dieses gemeint und gewollt hätte. Es wurde nicht entfernt auf eine Abkehr von bisherigen Grundsätzen gesonnen, vielmehr sollte eine intensivere Anwendung unserer Grundsätze auf die praktische Politik angestrebt werden. Und hierin sehen wir das wesentliche und wichtige Merkmal dieser ganzen Kolonialdebatte auf dem Stuttgarter Kongreß. Es macht sich ein immer stärkeres Drängen nach positiverer Beeinflussung der Politik geltend, es wächst mit dem Wachstum des Sozialismus in allen Ländern das Streben, auch das wichtige Gebiet des Kolonialwesens dem brutalen Schalten des Kapitalismus nicht zu überlassen, sondern hier mehr als bisher die bessernde Hand anzulegen, wie wir es auf anderen Gebieten stets getan haben. Dieses Streben stark offenbart zu haben und ihm für die Zukunft Ermunterung gegeben zu haben, das ist als ein großes Ergebnis des Stuttgarter Kongresses anzusehen.“

„Sächsisches Volksblatt“ (Zwickau):

„. . . . Bebel hat bekanntlich im Reichstage unsere Stellung in der Kolonialfrage seinerzeit dahin präzisiert, daß wir gegen die Kolonisation an sich nichts haben können, nur auf das Wie komme es an. Bernstein, David und Genossen zitieren nun Bebel für sich, doch mit Unrecht, denn gerade das Wie ist bei Bebel nicht in dem Sinne, wie erstere Genossen es aufgefaßt sehen wollen, gemeint gewesen. van Kol, Bernstein, David und Genossen haben durch das Amendement zur Mehrheitsresolution beabsichtigt, daß die Kolonialpolitik unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken könne, daß wir die Kolonialpolitik nicht prinzipiell verwerfen sollen. Da jedoch Kolonialpolitik immer Unterwerfung niederer Völkerschaften voraussetzt, so hatte Kautsky ein Recht, zu sagen, daß wir deutschen Sozialisten immer gegen eine solche Politik gewesen sind. Soll sozialistische Kolonialpolitik dagegen friedliche Auseinandersetzung mit anderen wilden Völkerschaften bedeuten, dann brauchen wir solches nicht erst festzulegen, denn friedlichen Warenaustausch, zivilisatorische Einwirkung auf barbarische Völkerschaften haben wir immer schon erstrebt; dies resultiert aus unserer Gesamtanschauung, deren letztes Resultat die humanisierte Menschheit ist.

. . . schon im Interesse der deutschen Sozialdemokratie ist Klärung der grundsätzlichen Anschauung über die Kolonialpolitik und deren politische und finanzielle Behandlung erforderlich. Wir haben ein Recht zu fordern, was die sogenannten Revisionisten mit ihrer von der der Mehrheit der deutschen Sozialisten abweichenden Meinung in dieser Hinsicht herbeizuführen gedenken. Wo sind Eure Schriften über die Kolonialpolitik und Kolonien überhaupt, frug bekanntlich van Kol in Stuttgart. Das durfte er jedoch nur die sogenannten Revisionisten fragen, denn die Marxisten haben eine besondere Detaillierung ihrer kolonialen Anschauungen bisher nicht nötig gehabt. Doch darüber wird sich ja in den nächsten Tagen schon, spätestens aber nach dem Essener Parteitage näher reden lassen. . . .“

„Volksstimme“ (Chemnitz):

„Lebhafte Auseinandersetzungen gab es im Plenum nur bei der Debatte über die Kolonialpolitik. Die zur Annahme gelangte Resolution ist ein sonderbares Gebilde, und enthält Sätze, die den Tatsachen widersprechen. Wurm, Ledebour und Kautsky, die für die Resolution der Minderheit der betreffenden Sektion eintraten, hatten nur eine kleine Minderheit der deutschen Delegation hinter sich. Bei der Vorberatung in unserer Delegation hatten sie sich vergeblich bemüht, ihren Ansichten Geltung zu verschaffen. Polen, Serben, Rumänen, Bulgaren usw. verhalfen der Resolution der Minderheit im Plenum zur Annahme.“

„Arbeiterzeitung“ (Dortmund):

„Von großer Bedeutung war für uns Deutsche nach den verflossenen Reichstagswahlen die Kolonialfrage. Zunächst schien es, als hätte der Kongreß Neigung, auf diese neuen Gefahren der welt- und kolonialpolitischen Romantik mit einer Abschwächung der Resolutionen zu antworten, die auf den internationalen sozialistischen Kongressen von Paris (1900) und Amsterdam (1904) angenommen worden sind. Formell bestätigte die vorgelegte Resolution der Kolonial-Kommissionsmehrheit zwar die Pariser und Amsterdamer Beschlüsse, sie begann aber mit einem Absatz, der, indem er von einer Uebertreibung des Nutzens oder der Notwendigkeit der Kolonien — für die Arbeiterklasse sprach, den Nutzen und die Notwendigkeit solcher Kolonien für die sozialistische Arbeiterschaft als etwas Gegebenes und Erwiesenes voraussetzte. Zudem wurde die Kolonialpolitik nicht prinzipiell verworfen, sondern zwischen einer kapitalistischen und sozialistischen, das heißt zwischen der heutigen und einer gemilderten, humaneren Kolonialpolitik unterschieden und letztere für akzeptabel erklärt. Der Kongreß hat jedoch diesen Vorschlag, dessen Annahme eine Desavouierung des Verhaltens des größten Teiles der sozialdemokratischen Parteipresse während des letzten Reichstagswahlkampfes bedeutet hätte, verworfen und der Resolution durch Ablehnung des ersten und des letzten Absatzes sowie durch Einfügung eines Minderheitsantrages eine Fassung gegeben, welche die früheren Kolonialresolutionen der internationalen Arbeiterkongresse nicht mildert, sondern verschärft. Für den Kampf, den die sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschlands in den nächsten Jahren gegen die Flotten- und Weltpolitik des neuesten imperialistischen Kurses zu führen haben wird, eine vorzügliche Waffe.“

„Volksblatt“ (Bochum):

„Haben alle Völker das nationale Selbstbestimmungsrecht oder haben es nur einige? Bei welchem Kulturzustande fängt dieses Recht an und wer bestimmt die Grenze?

Der eine Grundsatz ist zwar aufgestellt worden in der Kolonialfrage und der andere in der Frage des Militarismus und der internationalen Konflikte, aber das ändert doch nichts an dem Widerspruche, zeigt dagegen, wie sehr beide Fragen zusammenhängen.

Wir vergessen nicht, daß das Bevormundungsrecht der höheren Kultur nur von einem Mitgliede der deutschen Delegation ausdrücklich proklamiert worden ist, uns will jedoch scheinen, als ob dieser eine der konsequentere Teil der deutschen Delegation in der Frage der Kolonialpolitik war — freilich nur in dieser Frage; daß die Konsequenz aufhört, wenn man einen Schritt aus dem begrenzten Zirkel heraus ins allgemeine tut, haben wir gezeigt —. Will man einmal eine Kolonialpolitik rechtfertigen, welchen anderen Rechtfertigungsgrund als den besprochenen will man aufstellen?

Wir können uns deshalb der Mehrheitsauffassung der deutschen Delegation nicht anschließen. Die Stellungnahme zur gegenwärtigen Kolonialpolitik ist die politische Gegenwartsfrage, die zu entscheiden war. Wenn wir die gegenwärtige Kolonialpolitik rundweg ablehnen, so heißt das keineswegs, daß wir nun die Regierungen der herrschenden Parteien in den Kolonien schalten und walten lassen nach Belieben. Wir können deshalb sehr wohl für Reformen in den Kolonien wirken. Eine grundsätzliche Anerkennung der Kolonialpolitik in einer Resolution festzulegen, die ja eine politische Prinzipienerklärung, nicht eine utopische Zukunftsschilderung sein soll, war zu diesem Zweck nicht erforderlich.

In der Kolonialfrage ist sicher noch nicht der Weisheit letzter Schluß gefunden, aber die Lösung, die die deutsche Mehrheitsresolution suchte, ist insbesondere mit der hier behandelten Begründung die anfechtbarste.“

„Freie Presse“ (Elberfeld):

„. . . Bei der Frage der Kolonialpolitik hatte die Mehrheit der deutschen Delegation — die aus den Vertretern der Gewerkschaften und dem revisionistischen Flügel der Partei bestand —, einer Formel zugestimmt, die uns vollständig lahmgelegt hätte in der Agitation gegen das Zentrum, soweit das weite kolonialpolitische Gebiet in Betracht kommt. Die Sache war so schlimm, daß die niederrheinischen Parteidelegierten sich entschlossen, eine weitere Sitzung der deutschen Delegation zu verlangen, von der sie beanspruchten, falls die Resolution der Mehrheit der Kolonialkommission, zu der die deutsche Mehrheit gehörte, vom Kongreß angenommen werde, im Plenum des Kongresses eine Erklärung verlesen zu dürfen, wonach und weshalb sie mit dieser Resolution nicht einverstanden sein könnten.

Die deutsche Delegation beschloß darauf wohl, das Anstößigste aus der Mehrheitsresolution herauszubringen, in prinzipieller Hinsicht aber an der Resolution nichts zu ändern. Der Kongreß ließ sich nicht leiten von konzilianten Rücksichten gegenüber den Deutschen; obwohl der Berichterstatter der Kommission die deutsche Fassung angenommen hatte, wurde diese von dem Kongreß mit 127 gegen 108 Stimmen verworfen und derr prinzipielle Standpunkt, den wir bisher zur Kolonialpolitik eingenommen haben, gewahrt. Die deutsche Delegation, d. h. die Mehrheit derselben, hat eine Niederlage erlitten, aber sie ist keine unverdiente. Hoffentlich ziehen daraus diejenigen deutschen Genossen, welche so gerne zu Konzessionen an die bürgerliche Gesellschaft bereit sind, in der Meinung, dadurch praktische Erfolge erzielen zu können, die nötigen Schlußfolgerungen.“

„Rheinische Zeitung“ (Köln):

„. . . In der Sektion, der diese Frage zur Vorberatung überwiesen war, kam unter Führung des holländischen Genossen van Kol und unter Mitwirkung der deutschen Genossen Bernstein und Dr. David eine Resolution zustande, die der Hauptsache nach zwar einwandfrei war, jedoch durch ihren einleitenden, recht unglücklich aufgepfropften Satz berechtigten Anlaß zu lebhaften Angriffen bot. Dennoch fand diese Fassung in der deutschen Delegation eine starke Mehrheit. In einer zweiten Sitzung der deutschen Delegation wurde jedoch eine Aenderung des ersten Satzes beschlossen, worauf auch noch ein großer Teil der Minderheit die Gesamtresolution akzepierte. Nur Kautsky und Ledebour protestierten noch. Die nach Nationen vorgenommene Abstimmung im Plenum des Kongresses ergab aber ein ganz anderes Bild: die Minderheitsresolution der Sektion für Kolonialpolitik, die den Absatz 1 der Mehrheitsresolution durch eine erheblich schärfere Fassung ersetzen wollte, fand eine starke Mehrheit, und da sich in einer Sonderabstimmung auch die Mehrheit der deutschen Delegierten für die dadurch hergestellte ganz neue Art der Resolution entschied, war der glatte Sieg dieser schärferen Fassung gesichert. Die deutschen Stimmen gaben nicht den Ausschlag, führten aber herbei, daß die Mehrheit nicht nur an wenigen Stimmen einer vielleicht recht unbedeutenden Nation hing. Die Resolution zeichnet in ihrer jetzigen Fassung dem internationalen Sozialismus klar den Weg vor, den er in praktischen Fragen der kapitalistischen Kolonialpolitik zu gehen hat: eine Versöhnung mit ihr gibt es unter keinen Umständen! . . .“

„Volkszeitung“ (Düsseldorf):

„. . . Es war eine gewaltige Redenschlacht, die über die Resolution van Kol entbrannte. In der Hauptsache handelte es sich um den ersten Absatz derselben wonach, wie es bekanntlich hieß, der Wert der Kolonien im allgemeinen und im besonderen für die Arbeiterklasse bedeutend übertrieben worden sei, jedoch nicht jede Kolonialpolitik grundsätzlich verworfen wurde, da sie unter sozialistischem Regime zivilisatorisch würde wirken können. Unnötig zu sagen, daß diese Resolution, falls der Kongreß sie annahm, die Haltung der deutschen Sozialdemokratie während des letzten Reichstagswahlkampfes in aller Form desavouierte; daß damit der Evolutionsgedanke des Revisionismus, den die deutsche Partei wiederholt und in seiner Taktikresolution auch der Amsterdamer Kongreß abgelehnt hatten, wieder aufgenommen worden wäre. . . . Für deutsche Sozialdemokraten konnte es zumal nach dem letzten Wahlkampf eigentlich keinen Zweifel geben, welche Stellung zu der van Kolschen Resolution einzunehmen war. Die Majorität der deutschen Delegation sprach sich jedoch zunächst für dieselbe aus, um dann in einem Zusatzantrage ihre Stellung nicht unwesentlich zu modifizieren. Der Kongreß folgte der Majorität der deutschen Delegation nicht und votierte für die Minderheit derselben, zu der, wie bemerkt sein mag, auch die Vertreter des Niederrheins gehörten.

Ein anderer Ausgang war auch nicht zu erwarten. . . . Hatte der Revisionismus in der deutschen Delegation diesmal eine zufällige Mehrheit und versuchte er die Gelegenheit zu benutzen, um auf dem internationalen Kongreß neue Richtlinien für die deutsche Partei festzulegen, so machen diese Umstände seine Niederlage in Stuttgart nur um so bedeutungsvoller. Das Votum des Kongresses ist mithin für die deutsche Partei in doppelter Hinsicht erfreulich.“

Erste internationale Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe.

In der Zeit vom 25. bis 27. August d. J. tagte in Stuttgart die erste internationale Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe, das ist das Personal der Gemeinde- und Staatsbetriebe, der sonstigen Kraft-, Licht- und Wasserwerke sowie der Krankenpflege- und Badeanstalten. Delegierte waren anwesend aus: Dänemark 4, Deutschland 8, Holland 2, Schweden 1, Schweiz 1 und Ungarn 1. Sympathieerklärungen waren eingegangen von der Organisation in England, Frankreich, Luxemburg, Oesterreich und Rußland. Die persönlich vertretenen Organisationen umfassen insgesamt 44 479 Mitglieder in öffentlichen Betrieben. Selbständige Verbände für diese Kategorie von Arbeitern bestehen in Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Luxemburg, Oesterreich, Rußland, Schweiz und Spanien. In den skandinavischen Ländern gehören diese Arbeiter jedoch zumeist den allgemeinen Arbeitsmännerverbänden an.

Ueber den Punkt: **„Die rechtliche Grundlage des Koalitions- und Streikrechtes der Arbeiter öffentlicher Betriebe in den einzelnen Ländern und die praktische Durchführung von Lohnbewegungen"** referierte Mohs-Berlin. Aus dem Referat und der Diskussion ist hervorzuheben der Hinweis auf das Streben der Behörden, das Koalitions- und Streikrecht dieser Arbeiter illusorisch zu machen, sowie die Auseinandersetzungen über die Anwendung der Mittel zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Grundlinien der gepflogenen Verhandlungen spiegeln sich in nachstehender Resolution wieder, die Annahme fand:

„In Anbetracht der Verschiedenartigkeit der rechtlichen Grundlagen des Koalitions- und Streikrechts für die in öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, hält es die erste internationale Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe für geboten, daß die einzelnen Landesorganisationen die diesbezüglichen, für ihr Land geltenden gesetzlichen Bestimmungen, sowie alle später in Kraft tretenden Neuerungen mit den Bruderorganisationen austauschen. Die Konferenz protestiert in jeder Weise und Form gegen die Schmälerung des Koalitions- und Streikrechts für die Arbeiter in öffentlichen Betrieben und betrachtet es als Ehrenpflicht aller hier in Frage kommenden Organisationen, mit allen Mitteln für ein freiheitliches Koalitions- und unbeschränktes Streikrecht für alle Arbeiter öffentlicher Betriebe einzutreten, da sie keineswegs auf das letzte, wenn auch schärfste Kampfmittel im wirtschaftlichen Kampfe Verzicht leisten können.

Zur praktischen Durchführung von Lohnbewegungen aller Art sind die wirtschaftlichen Kampfmittel der modernen Gewerkschaftsbewegung je nach den Verhältnissen anzuwenden. Die öffentliche Meinung und die Gemeindevertretungen sind in entsprechender Weise über die Lage der Dinge aufzuklären und ist dabei unsere Stellungnahme darzulegen. Die Beteiligung an den Wahlen zu den öffentlichen Körperschaften ist besonders zu propagieren. Die Organisationsleitungen werden ersucht, für die Durchführung der hier gegebenen Anregungen zu sorgen."

Ueber: **„Lohn- und Arbeitsverhältnisse und Arbeiterfürsorge"** für die Arbeiter öffentlicher Betriebe referierte Dittmer-Berlin. Als Resultat der Verhandlungen gelangte nachstehende Resolution zur Annahme:

„In Erwägung, daß die Organisationen der in öffentlichen Betrieben tätigen Arbeiter mit aller Macht für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wie auch größerer Arbeiterfürsorge einzutreten haben, beschließt die Konferenz, zur Orientierung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter aller Länder regelmäßig die Statistiken der einzelnen Organisationen über diese Fragen auszutauschen, selbige branchenweise zusammenzustellen und in kleinen Heftchen herauszugeben.

Von Aufstellung bestimmter, allgemein für alle Organisationen geltender Forderungen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in öffentlichen Betrieben tätigen Arbeiter wird von der Konferenz Abstand genommen. Die einzelnen Bruderorganisationen werden verpflichtet, über diese Punkte unter ihren Mitgliedern gründlich zu diskutieren und mit ihren auf diese Weise gewonnenen Ansichten an die nächste Konferenz heranzutreten."

Zur **„Alkoholfrage"** wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die internationale Konferenz steht den Bestrebungen zur Bekämpfung des unmäßigen Alkoholgenusses sympathisch gegenüber. Besonders hält es die Konferenz im Interesse der Förderung des körperlichen und geistigen Wohles, wie auch der Pflege des gewerkschaftlichen Gedankens für unerläßlich, dahin zu wirken, den Genuß alkoholhaltiger Getränke in öffentlichen Betrieben möglichst zu beseitigen. Die Konferenz betrachtet es als eine Pflicht der Betriebsverwaltungen, in den Werken für den nötigen Ersatz, als Kaffee, Tee und dergleichen, Sorge zu tragen."

In bezug auf die **internationale Verbindung** wurde beschlossen:

„Zum Zwecke einer besseren internationalen Verbindung wird der jeweilige Vorsitzende des deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes beauftragt, die hierfür nötigen Arbeiten, wie auch die von der Konferenz beschlossenen Resolutionen zur Erledigung zu bringen. Die Kosten, welche das internationale Sekretariat verursacht, werden alljährlich durch Umlage von den angeschlossenen Organisationen aufgebracht, und zwar entsprechend der Mitgliederzahl derselben. Zur Unterstützung bei Lohnkämpfen ist ein Vorschlag vom Sekretariat auszuarbeiten, welcher dann den angeschlossenen Verbänden zur Beschlußfassung unterbreitet wird."

Die nächste internationale Konferenz findet im Anschluß an den nächsten Internationalen Sozialistenkongreß **in Kopenhagen** statt.

Aus der Partei.

Zur Frage des Preßbureaus.

„Gespensterfurcht" betitelt die „Sächs. Arbeiter-Zeitung" eine Notiz, die sich mit den eingehenden Darlegungen unseres Artikels beschäftigt oder vielmehr nicht beschäftigt. Denn das Blatt geht jeder Diskussion über die von uns eingehend begründeten Bedenken mit der wohlfeilen Ausrede aus dem Wege: „Wir sehen keine Ursache, ausführlich auf die Einzelheiten des „Vorwärts"-Artikels einzugehen, da wir dieser Angelegenheit nicht die Bedeutung beilegen, die er ihr beilegt." Bequemer kann man sich die Sache freilich nicht machen. Diese Haltung des Autors des Entwurfs der fünf Redakteure, denn als solchen stellt sich der Verfasser der Notiz in der „Sächs. Arbeiter-Zeitung" vor, ist freilich um so befremdender, als seinerzeit die Redaktion des „Vereins Arbeiterpresse" zu lebhafter Diskussion in dem Vereinsorgan aufforderte. Nachdem nun die Angelegenheit vor das Forum der Partei gebracht worden ist, soll sie auf einmal alles Interesse verloren haben!

Wenn die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" versichert, die fünf Redakteure, von denen der private Entwurf ausging, hätten gar nicht daran gedacht, die Presse uniformieren zu wollen, so bedeutet das gar nichts gegenüber den Gefahren, die, wie wir im einzelnen nachgewiesen haben, tatsächlich für die Parteipresse aus einem Preßbureau notwendigerweise erwachsen mußten, für das die Wünsche der fünf Redakteure als Richtschnur dienten. Das freundliche Zureden der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung", sich doch „vom Alpdruck dieser Gespenster" recht bald befreien zu wollen, beweise bestenfalls das eine, daß die Verfasser des Fünferentwurfs die Tragweite und die unausbleiblichen Konsequenzen ihres Projektes selbst nicht zu übersehen vermögen. Das Bochumer „Volksblatt" hat da einen viel weiteren Blick gezeigt.

Wie notwendig die gründliche Erörterung des Entwurfes des Parteivorstandes ist und wie recht wir hatten, als wir der Fassung desselben die größte Dehnbarkeit beimaßen, beweist ja geradezu klassisch folgender Satz der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung":

„Der Antrag der Parteileitung besagt über die Aufgaben des Bureaus denn auch **im wesentlichen dasselbe**, was der Entwurf der (fünf) Redakteure ausführlich dargelegt hat."

Also!

Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Essen. Dem auf der Generalversammlung am Sonntag gegebenen Bericht über das verflossene Geschäftsjahr ist folgendes zu entnehmen: Die Mitgliederzahl stieg von 2392 im Vorjahre auf 2912. Die Einnahmen stiegen von 11 138 M. im Vorjahre auf 15 468 M. Es fanden 29 öffentliche und 37 Mitgliederversammlungen statt; an Flugschriften und Broschüren wurden 331 000 Exemplare verbreitet. Nicht einbegriffen sind in diese Summe die aus Anlaß der Reichstagswahlagitation verbreiteten Flugblätter, die zirka eine Million betragen; auch die Wahlversammlungen sind in obiger Zahl nicht mit enthalten. Zur Fortbildung der Genossen wurde ein Bildungsausschuß aus Delegierten des sozialdemokratischen Vereins und der freien Gewerkschaften zu gleichen Teilen gebildet. Bis jetzt veranstaltete er einen Kursus (Einführung in die Nationalökonomie), den Genosse Julian Borchardt-Berlin leitete. Der Kursus nahm fünf Abende in Anspruch; es beteiligten sich 126 Genossen. An den Gemeindewahlen beteiligte sich die Partei mit gutem Erfolge. Die Stimmenzahl stieg von 2396 im Vorjahre auf 4449, mithin ein Plus von 2053 Stimmen.

Der Bericht stellt ferner fest, daß in verschiedenen Orten des Landkreises Essen die Polizei ohne gesetzliche Grundlage gegen die Partei vorgegangen sei. Bei verschiedenen Genossinnen, die in der Frauenbewegung eine führende Rolle spielen, hat man „Haussuchungen" vorgenommen. In Rotthausen und Barbeck **erschien bei neuaufgenommenen Mitgliedern** der politischen Organisation **die Polizei, „um die Personalien der Betreffenden aufzunehmen".** (!)

Wenn man den ungeheuer schwierigen Boden in Betracht zieht, auf dem besonders in dem schwarzen Landkreise Essen die Propaganda betrieben werden muß, so sind auch die ziffernmäßigen Erfolge in dem Kreise als hochbefriedigend zu betrachten.

Eine ungewöhnliche Zuwendung hat der Baufonds des Solinger Gewerkschaftshauses erhalten. In dem Stimmenkaufprozeß des Frankfurter Parteisekretärs Dittmann gegen den Redakteur Dreßler vom „Solinger Kreis-Intelligenzblatt" kam bekanntlich am 8. Juli vor dem Solinger Schöffengericht ein Vergleich zustande, nach dem sich Dreßler verpflichtete, außer sämtlichen Kosten eine Sühne von 200 Mark zu zahlen. Dieses Sühnegeld ist vom Genossen Dittmann nunmehr dem genannten Fonds überwiesen worden. So kann ein Kreisblatt-Redakteur dazu kommen, wider Willen einmal Nutzen zu stiften.

Zur Angelegenheit Calwer.

Auf dem Landesparteitag der sozialdemokratischen Partei des Herzogtums Braunschweig, der am Sonntag in Blankenburg a. H. tagte, gab der Genosse Merges-Delligsen im Auftrage der Genossen des 3. braunschweigischen Wahlkreises zu der Entsetzung des Genossen Calwer von seinem Reichstagsmandat eine Erklärung ab, der der Braunschweiger „Volksfreund" folgendes entnimmt: In der bürgerlichen Presse werden in letzter Zeit allerlei verlogene Behauptungen über die Gründe der Verabschiedung des Genossen Calwer durch die Kreiskonferenz des dritten Wahlkreises verbreitet. Ich bedauere daher, daß kein Vertreter der Redaktion unseres Parteiblattes der Konferenz beigewohnt hat, um einen objektiven Bericht von der Verhandlung aufzunehmen. (War uns für den Sonntag unmöglich. Red. d. „Volksfr.") Schon auf der Kreiskonferenz des dritten Kreises im Jahre 1900 in Ildehausen haben es die Genossen dem Genossen Calwer böse verübelt, daß er in den „Sozialistischen Monatsheften" für den eventuellen Schutzzoll eingetreten ist. Der Konferenz lag damals schon eine Mißtrauensresolution gegen den Genossen Calwer vor, die diesem durchaus nicht recht war. Man verständigte sich mit ihm, überließ ihm die Redaktion der Resolution, die dann eine Form erhielt, unter welcher sie einstimmig angenommen wurde. Wenn Calwer heute in Zuschriften an die Presse versucht, dem Genossen Antrick die Schuld daran zuzuschieben, daß sich der dritte Kreis von ihm getrennt hat, so entspricht diese Behauptung durchaus nicht den Tatsachen. Die Genossen des dritten Kreises sind urteilsfähig genug, sich ihr Urteil selbst bilden zu können und sie haben es sich über den Genossen Calwer selbst gebildet, ohne irgend eine Beeinflussung von außen her. Auf den Kreiskonferenzen in Münchehof und Seesen hat sich Genosse Calwer mit seinen Referaten, z. B. über den Massenstreik, in völligen Gegensatz zu dem gesamten Genossenkreis gesetzt. Alle Redner ohne Ausnahme haben sich gegen die Ausführungen Calwers gewendet. Das Maß ist endlich übergelaufen. Mir hat ein bürgerlicher Redner öffentlich erklärt: Herr Calwer gehört ja gar nicht zu Euch. Und wie hat denn Calwer in dem Streite mit der Genossin David abgeschnitten, bei welchem Calwer doch seine Behauptung genugsam widerlegt wurde, daß der deutsche Arbeiter trotz des Getreidezolles billigeres Brot esse, wie der englische Arbeiter bei der englischen Freihandelspolitik. Genosse Calwer hatte sich große Achtung im Kreise erworben. Noch auf der letzten Konferenz erklärte ein Stadtoldendorfer Delegierter dem Genossen Calwer seinen Dank für seine Broschüre über die Bundesratsverordnung, den Steinhauerschutz betreffend, aussprechen zu müssen. Allein soweit geht die Geschichte doch nicht, daß man Genossen Calwer alles nachsehen kann. Er hat mehr als einmal den Gegnern die Waffen gegen unsere Partei geschmiedet, und daher die endgültige Scheidung zwischen ihm und uns.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine sehr schwere Reinigung, so berichtet man uns unterm 28. August aus Halle a. S., vollzog heute das Schöffengericht an einem Gendarm Perl aus dem Orte Lauchhammer bei Elsterwerda, der sich durch zwei im „Volksblatt" veröffentlichte Artikel beleidigt fühlte. Die Gendarmeriebrigade in Magdeburg hatte Strafantrag gestellt, Genosse Redakteur Fröhlich war angeklagt und Genosse Rechtsanwalt Dr. Herzfeld-Berlin hatte die Verteidigung übernommen. Die vorgesetzte Behörde wird nicht allzu großen Spaß an dem Strafantrag gehabt haben, denn es wurde festgestellt, daß der Hüter des Gesetzes „nicht immer" in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes gehandelt hat. In beiden Artikeln war gesagt worden, daß der Gendarm gelegentlich eines Streiks und Boykotts der Arbeiter in Dolstheide und Bockwitz häßliche Straßenszenen provoziert habe. Während der Gendarm seine Haupttheldentaten meist in Abrede stellte, mußte er doch zugeben, daß mindestens zehn Streikposten, die er durch seine Anzeigen vor Gericht gebracht hatte, freigesprochen worden sind. Mehrere Zeugen bekundeten, daß der Gendarm „wie ein Raubvogel" auf Streik- und Boykottposten losgestürzt sei und in vermeintlicher Ausübung seines Amtes Arbeitern die Rockärmel bis zur Hälfte aufgerissen hatte. Rücklings von hinten habe er zugegriffen und einen Arbeiter von einem Privatgrundstück weggezerrt, weil der Hüter des Gesetzes annahm, es könnten vorbeigehende Arbeitswillige gestört werden. Genosse Herzfeld unterzog das Auftreten des Gendarmen einer scharfen Kritik. Die Verhandlung habe ein Bild der Rechtlosigkeit der Arbeiter ergeben; der Schuldige sei nicht der Angeklagte, sondern der Gendarm. Das Gericht erkannte an, daß der Gendarm nicht in allen Fällen objektiv berechtigt gehandelt hat. Die Kritik sei aber über das erlaubte Maß hinausgegangen, weshalb eine Geldstrafe von 100 Mark verhängt worden ist.

Aus Industrie und Handel.

Kohlenwucher.

Durch beträchtliche Ausfuhr und durch über den Bedarf hinaus gehendes Brennen von Koks hat die für Preiserhöhungen günstige Angst vor einer Kohlenknappheit auf den erforderlichen und gewünschten Grad gebracht. Den oberschlesischen frommen Kohlenkönigen kam noch ein anderer Umstand zu Hülfe, um mit dem Gespenst einer Kohlennot günstige Stimmung für Preiserhöhung zu machen. Der Streik der Kohlenarbeiter ist Mittel zum Zweck! Kein vernünftiger Mensch wird glauben, daß die wenigen Streiktage einen erheblichen Förderausfall gebracht haben. Aber der Anschein wird zu erwecken versucht. Die Händler können keine Kohlen bekommen — weil die Zechen größere Vorräte lagern. Ob nun aber wirklicher Mangel vorhanden ist oder solche nur künstlich erzeugt wird, das beeinflußt die Wirkung nicht. Die Konsumenten rissen sich um die an den Markt kommenden Mengen und der Widerstand gegen Preiserhöhungen ist gebrochen. So wird das Volk bewuchert mit den Bodenschätzen und eine Handvoll Kohlenmagnaten, die bei jeder passenden Gelegenheit ihre edlen Tugenden des Nationalismus und Patriotismus leuchten lassen, füllen ihre Geldschränke. Das Volk das frierend murrt, ist vaterlandsloses Gesindel, die Bestie, der man den Zaum anlegen muß. Vom 1. September ab wird die „Preisvereinigung mitteldeutscher Braunkohlenwerke" für Würfelbriketts 4 M. per 200 Zentner Preisaufschlag berechnen und zwar gelten die so erhöhten Preise dann bis Ende des laufenden Abschlußjahres (31. März 1908). Im Zwickauer und Lugau-Oelsnitzer Revier hat man dies Jahr die sonst erst im Herbst für Hausbrandsorten eintretende Preiserhöhung bereits am 1. Juli d. J. bewirkt und dieselbe auch auf Industriekohle ausgedehnt. Hausbrandkohlen sind in diesem Jahre je nach Qualität und Sortierung 6—10 M. per 200 Zentner und Industriekohlen 5 M. per 200 Zentner teurer als seither. Nachdem die böhmischen Braunkohlenwerke bereits am 1. April d. J. für alle Sorten die Preise erhöht hatten, ist am 1. August eine weitere allgemeine Preissteigerung eingetreten.

Wenn das so weiter geht mit der Preistreiberei, dann wird es im kommenden Winter in mancher Familie an dem notwendigsten Heizmaterial fehlen.

Profit bei Grundstücksverkäufen. Die Wilmersdorfer Terrain-Rheingau-Aktiengesellschaft teilt in ihrem Jahresbericht unter anderem folgendes mit: Es ist im Berichtsjahr gelungen, einen größeren Komplex von zirka 1200 Quadratruten des Steglitzer Besitzes zum Preise von 290 Mark pro Quadratrute gleich 337 000 Mark gegen bare Auszahlung zu verkaufen. Ferner wurde von dem Steglitzer Terrain der Bauklasse C (Villenbau) ein Teil von 13,89 Quadratruten an einen früheren Käufer nachverkauft, wofür 400 Mark pro Quadratrute erzielt wurden. Der aus diesen beiden Verkäufen dem Einstandspreise gegenüber erreichte Nutzen beträgt 115 093 Mark.

Lohnnachweise.

Die Berufsgenossenschaft der Nahrungsmittelindustrie schreibt in ihrem letzten Jahresbericht:

§ 28 des Genossenschaftsstatuts bestimmt, daß jedes Mitglied fortlaufend ein Lohnbuch zu führen hat, aus welchem die zur Feststellung der Lohnnachweisungen erforderlichen Angaben, insbesondere Zahl, Namen und Geschlecht der versicherten Personen, deren Arbeitstage sowie die von ihnen verdienten Gehälter und Löhne entnommen werden können. In das Lohnbuch sind auch die Natural- und sonstigen Nebenbezüge der beschäftigten Personen unter Angabe ihres Wertes aufzunehmen. Die Lohnbücher sind drei Jahre lang aufzubewahren.

Diese Vorschrift wird leider, wie sich insbesondere bei Behandlung von Unfallsachen gelegentlich der Feststellung des Jahresarbeitsverdienstes herausstellt, vielfach nicht beachtet. Die Ursache für die Bestrafung von **171 Genossenschaftsmitgliedern** wegen Nichteinreichung der Jahreslohnnachweisung für 1905 ist hauptsächlich auf den Mangel einer ordentlichen Lohnbuchführung zurückzuführen.

Uebrigens scheint eine Besserung eingetreten zu sein, denn im Jahre 1905 mußten insgesamt 676 Unternehmer wegen Verstößen gegen die gesetzlichen Bestimmungen in Strafe genommen werden, im letzten Jahre erfolgten nur noch 432 Straffestsetzungen, darunter 81 wegen unrichtiger Lohndeklaration.

Die Knappschaftsberufsgenossenschaft bringt eine tabellarische Uebersicht über die Lohnentwickelung und konstatiert zum Schluß folgendes:

„Hiernach erhöhte sich (in der Zeit von 1886 bis 1906) die Zahl der versicherten Personen von 348 709 auf 689 248 oder um 145 539 = 100,5 Proz., die Gesamtlöhne von 250 795 617 M. auf 891 222 054 M. oder um 640 426 437 M. = 255,4 Proz. und die auf einen Versicherten entfallende Lohnsumme von 729,69 M. auf 1293,04 M. oder um 563,35 M. = 77,2 Proz."

Rechnerisch stimmt das — aber in Wirklichkeit nicht. Die nachgewiesenen Lohnsummen haben keinen Vergleichswert, weil sie nach verschiedenen Grundsätzen festgestellt sind. Bis zum Jahre 1901 wurde z. B. der über 4 M. pro Tag hinausgehende Lohn nur mit einem Drittel eingestellt, seit dieser Zeit werden die Jahreslöhne bis 1500 M. aber voll und die darüber hinausgehenden Summen mit einem Drittel verrechnet. Daraus ergeben sich erhebliche Differenzen. Wie wenig Vergleichswert die Nachweisung der Knappschaftsberufsgenossenschaft hat, dafür ein paar Zahlen. Es werden nachgewiesen Jahresdurchschnittslöhne

	in der amtlichen preußischen Statistik M.	durch die Berufsgenossenschaft M.
1895 . . .	848	894
1900 . . .	**1138**	**1107**
1901 . . .	1076	1163
1902 . . .	1006	1107
1903 . . .	1045	1151
1904 . . .	1067	1165
1905 . . .	1071	1189
1906 . . .	**1211**	**1293**

Bis zum Jahre 1900 blieben die von der B.-G. nachgewiesenen Jahreslöhne ziemlich weit hinter den Sätzen der amtlichen Statistik zurück, von da an ist das Verhältnis umgekehrt. Die Steigerung im Jahre 1906 gegen 1900 beträgt nach der amtlichen Statistik 6,4 Proz., nach den berufsgenossenschaftlichen Nachweisen 16,8 Proz. Die Nachweise der B.-G., speziell die oben zitierten Bemerkungen sind durchaus irreführend, sie sind objektiv falsch.

Selbständige als Lohnarbeiter.

In manchen Berufen und Gewerben geht anscheinend die Zahl der Selbständigen nicht zurück oder sie weist sogar Zunahmen auf. Bei dergleichen Feststellungen wird gewöhnlich übersehen, daß die soziale Stellung dieser Selbständigen vielfach eine ganz andere geworden ist, daß sich eine besondere Form der Lohnarbeit entwickelt hat. So sind z. B. tausende sogenannter selbständiger Schneidermeister nur Akkordarbeiter für Konfektionsgeschäfte. Eine ähnliche Entwickelung vollzieht sich im Schankwirtschaftsbetriebe.

In Nürnberg-Fürth ist jetzt eine Massenbewegung der Schankwirte ausgebrochen, verursacht durch die fortschreitende Proletarisierung des Wirtestandes und das Bestreben des Brauereikapitals, die Wirte mehr und mehr zu bloßen Bierzapfern herabzudrücken. Früher bestand zwischen Wirten und Brauern ein fast „patriarchalisches" Verhältnis; um sich die Wirte als Kunden zu erhalten, wurden ihnen alle möglichen Vergünstigungen und Erleichterungen gewährt. Inzwischen aber hat sich die Situation vollkommen geändert. Die Brauereien haben den wilden Konkurrenzkampf unter sich eingestellt und sich zum größten Teil zu Großbetrieben verschmolzen, die unter sich wieder einen Ring

gebildet haben, dessen Hauptziel es ist, die Wirte von den Brauereien vollständig abhängig zu machen. Keine Brauerei darf bei hoher Konventionalstrafe der anderen die Kundschaft wegnehmen, selbst den Wirten, die von der Brauerei gänzlich unabhängig sind, ist es verwehrt, gegen den Willen des Brauers das Bier zu wechseln. Das Verhältnis wird noch viel gespannter werden, wenn der in der Bildung begriffene Landesverband bayerischer Bierbrauereien zur Tatsache geworden ist. Eine von zirka 2000 Wirten besuchte Versammlung hat sich mit der ihrem Stande drohenden Gefahr befaßt und einmütig beschlossen, eine große Genossenschaftsbrauerei zu errichten, um den Brauereibesitzerring zu sprengen.

Soziales.

Die „freie Station" des Verkäufers.

Trostlose hygienische Zustände in einer Drogerie wurden in einer Verhandlung aufgedeckt, die gestern vor der vierten Kammer des Kaufmannsgerichts stattfand. Der Kläger Bruno S. war mit einem Monatsgehalt von 35 M. und freier Station in der Drogerie von Hermann Mohren, Yorkstr. 74, als Verkäufer angestellt. Nach seiner vom Beklagten auch nicht bestrittenen Darstellung bestand die Mittagskost in zweimal wöchentlich verabreichten Erbsenrationen, während es die übrigen Tage nur Kartoffeln gab. Da die Frau des Prinzipals nicht kochte und der Chef selbst meist außer dem Hause aß, so mußte sich der Kläger selbst das Essen zubereiten. Um Abwechselung hineinzubringen, kochte er umschichtig Bratkartoffeln, Kartoffelpuree, Pellkartoffeln usw. Obgleich er um 7 Uhr aufstehen mußte, bekam er erst gegen 11 Uhr den Morgenkaffee, ein zweites Frühstück gab es überhaupt nicht. Seine kleinen Auslagen für Zutaten und Zubereitung des Abendbrots schwankten zwischen 20 und 55 Pf. pro Tag, aber auch das war dem Chef noch zu hoch. Den Hauptgrund zum Konflikt mit dem Beklagten bildeten die geradezu haarsträubenden hygienischen Zustände in den Geschäfts- und Wohnräumen, die eng aneinanderliegen. Der Kläger mußte sich das Eßgeschirr selbst reinigen. Die Aufwaschschüssel benutzte der Chef zu körperlichen Reinigungen. Sodann hatte der frühere Kommis statt des Klosetts einen im Geschäftsraum stehenden großen Musterkoffer in regelmäßige Benutzung genommen. Erst nach dem Abgang des Ersteren entdeckte der Beklagte den Inhalt des Koffers. Er hob den mit Kot angefüllten Musterkoffer noch wochenlang in einem an den Laden angrenzenden Raum auf, um ihn gelegentlich dem Vater seines früheren Angestellten zu zeigen. Außerdem unterhielt der Beklagte eine Hundezucht. Die Tiere verunreinigten Küche, Wohn- und Geschäftsraum. An einem Tage verendeten drei Hunde. Die Kadaver lagen tagelang herum, dann verbrannte sie die Frau des Chefs im Küchenherd. — Der Kläger hat wiederholt um Abstellung der unhygienischen Zustände und als er am 27. Juli wieder eine barsche Abweisung erhielt, ließ er sich zu der Aeußerung hinreißen: „Sie sind ein ungebildeter Mensch!", worauf er sofort entlassen wurde.

Das Kaufmannsgericht sah die Entlassung des Klägers als ungerechtfertigt an. Die Aeußerung des Klägers sei zwar ungehörig, aber sie habe sich erst aus einem scharfen Disput entwickelt, der seinen Ursprung in den tatsächlich höchst eigenartigen Zuständen im Hause des Beklagten habe. — Vor Urteilsfällung zahlt der Beklagte im Vergleichswege 100 M.

Manipulationen in den Berufsgenossenschaften.

Wie manche Mitglieder der Berufsgenossenschaften es durchzusetzen wissen, daß zur besseren Beurteilung der vielen Unfallsachen, die in dieser Berufsgenossenschaft vorkommen, ein technischer Beamter des Amtes Reg.-Rat Dr. Heyroth in Begleitung des zuständigen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft einige Betriebe in Höchst a. M. und Ludwigshafen a. Rh. zu besichtigen wünsche. Da die Beamten des Reichsversicherungsamtes zur Verschwiegenheit über ihre Wahrnehmungen bei solchen Besichtigungen eidlich nicht verpflichtet sind, so sollen dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes die gegen den beabsichtigten Besuch sich erhebenden Bedenken mitgeteilt und das Ersuchen ausgesprochen werden, die Namen der zu besichtigenden Betriebe vorher anzugeben, um zunächst die Genehmigung der Betriebsunternehmer einzuholen. Bei der Erörterung dieser Frage kam die Tatsache zur Sprache, daß bei einem etwaigen Besuche der badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen der technische Aufsichtsbeamte der Sektion die Führung des Herrn Regierungsrat Dr. Heyroth nicht übernehmen könne, weil er selbst von der Revision der Fabrik ausgeschlossen ist, diese vielmehr auf ihren Wunsch durch einen besonderen Sachverständigen revidiert werde.

Also nicht nur die oberste Reichsversicherungsbehörde soll nicht ohne besondere Genehmigung der Betriebsleitungen die von großen Unfällen häufig betroffenen Betriebe — man denke an die grausigen Unfälle und Explosionen der chemischen Fabrik Electron in Höchst — besichtigen lassen dürfen, sondern auch der von der Berufsgenossenschaft für die betreffende Sektion mit der Beaufsichtigung der Betriebe betraute Beamte darf auf Wunsch der Fabrikleitung eine Fabrik selbst nicht betreten!

Der Gutshandwerker in den Fängen des Ausnahmegesetzes gegen ländliche Arbeiter und Gesinde.

Das preußische Gesetz vom 24. April 1854, betreffend die Verletzung der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter, dehnt seine Strafbestimmungen durch den § 2 unter anderem auch aus auf: „das Verhältnis zwischen dem Besitzer eines Landgutes oder einer anderen Acker- oder Forstwirtschaft sowie den von ihm zur Aufsicht über die Wirtschaftsarbeiten bestellten Personen und solchen Dienstleuten, welche gegen Gewährung einer Wohnung in den ihm gehörigen oder auf dem Gute befindlichen Gebäuden und gegen einen im voraus bestimmten Lohn behufs der Bewirtschaftung angenommen sind (Instleute, herrschaftliche Tagelöhner, Einlieger, Katenleute und dergleichen)." Auch diese „Dienstleute" können also gemäß § 1, unbeschadet des Rechts der Entlassung oder der Beibehaltung, auf Antrag der Herrschaft mit Geldstrafe bis zu 5 Talern oder Gefängnis bis zu drei Tagen bestraft werden, wenn sie eines „hartnäckigen Ungehorsams oder Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft oder der zur Aufsicht bestellten Personen" sich zuschulden kommen lassen oder ohne gesetzmäßige Ursache „den Dienst versagen oder verlassen". Dagegen sollte gefehlt haben der Stellmacher Neumann, der auf dem Rittergute des Herrn von Weiß in der Gegend von Allenburg (Ostpreußen) beschäftigt war. Er war angenommen worden, um die auf dem Gute vorkommenden Stellmacherarbeiten und etwa vorkommende Böttcherarbeiten zu verrichten. Das Landgericht Königsberg als Berufungsinstanz ging zunächst davon aus, daß er als Gutsstellmacher, der gegen Gewährung der Wohnung und eines bestimmten Lohnes engagiert war, den Dienstleuten im Sinne des zitierten § 2c zuzurechnen sei! Das Gericht verurteilte ihn, weil er widerspenstig gegen die Befehle des Gutsinspektors gehandelt und ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst versagt hätte. Der Tatbestand war der: Neumann hatte zum 1. April seine Stellung gekündigt. Zu dem Zwecke, sich eine andere Stellung zu suchen, wollte er für den 6. März Urlaub. Ehe er noch den Zweck seines Urlaubsgesuchs nennen konnte, fuhr ihm der Inspektor barsch dazwischen: „Es gibt keinen Urlaub; wenn Sie nicht zum Dienst kommen, sind Sie entlassen!" Darauf erklärte Neumann, natürlich ebenfalls in barschem Tone: „Das wäre ja noch schöner!" Er blieb am nächsten Tage weg, kam aber am 7. März wieder und blieb auf dem Gute bis zum Ablauf des Vertrages tätig. Das Landgericht führte in der Urteilsbegründung aus: N. habe im Februar schon einen Urlaub gehabt und ihn überschritten, ohne sich deshalb zu entschuldigen. Nun sage N. allerdings, jener Urlaub habe ihm nichts genutzt, weil er damals krank geworden sei. Wenn nun wegen jenes früheren Falles der Inspektor beim zweiten Urlaubsgesuch dazwischengefahren sei und er so vielleicht ihn hinderte, den Grund des Gesuchs zu nennen, so hätte dies doch nicht N. zu seinem Verhalten berechtigt. Allerdings hätte N. nach § 629 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf Verlangen ein Anrecht gehabt auf die Bewilligung einer angemessenen Zeit zum Aufsuchen eines anderen Dienstverhältnisses. Er hätte aber abwarten müssen, welche Zeit die Herrschaft für die richtige hielt. Er durfte nicht selbst sich den Urlaub nehmen. Er habe darum widerspenstig gegen die Befehle gehandelt und ohne Grund den Dienst versagt, als er erklärte, das wäre ja noch schöner und am 6. März vom Dienst weg blieb.

Das Kammergericht, bei dem N. Revision einlegte, billigte dies Urteil als zutreffend und verwarf das Rechtsmittel.

Aus der Frauenbewegung.

Die proletarischen Frauen Berlins hatten sich am Mittwoch zahlreich im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße, versammelt, um die Berichte von der Internationalen Frauenkonferenz und vom Internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongreß entgegenzunehmen. Genossin Stock berichtete von der Konferenz. Die Frauenkonferenz stelle sich dar als der erste tastende Versuch, eine Verständigung der internationalen proletarischen Frauenbewegung herbeizuführen. Das machte nötig, die Tagesordnung möglichst klein zu fassen, und es erklärt, daß bei der Organisation der Veranstaltung mancher kleine Fehler unterlief. Der Einwand, daß die Frauen keine besondere Frauenorganisation brauchten, sei widerlegt durch die tatsächlichen Verhältnisse in allen Ländern. — In den verschiedenen Ländern stehe die sozialistische Frauenbewegung auf verschiedenen Stufen. Gute Organisationen und klares Zielbewußtsein finde man; daneben aber auch in manchen Ländern viele Unklarheit mit frauenrechtlichen Tendenzen. Aus den bekannten Verhandlungen greift Rednerin einzelne Feststellungen heraus und betont, daß aus allen auf der Konferenz gegebenen Berichten sich ergeben habe, daß gemeinsam sei den Arbeiterinnen aller Länder das Leiden unter dem Drucke des Kapitalismus. Das weise den Weg zu gemeinsamem Streben, gemeinsamem Kampfe. Daß das Frauenstimmrecht auf die Tagesordnung kam, sei selbstverständlich. Rednerin verweist auf die Resolution und meint, man könne mit dem Anfang einer Verständigung unter den internationalen sozialistischen Frauen zufrieden sein. Die Annahme der Resolution gewährleiste, daß die internationalen sozialistischen Frauen mit aller Energie das Frauenwahlrecht in jeder Wahlrechtsbewegung erstreben werden. Nun müsse bewiesen werden, daß man nicht bloß Resolutionen fassen könne, sondern auch gewillt sei, sie mit aller Kraft durchzusetzen. Es handele sich schließlich um die große geschichtliche Aufgabe des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse, darum, Frauen und Männer für die sozialistische Gesellschaft reif zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Hieran schloß sich das Referat der Genossin Ottilie Baader über die Tagung des Weltparlaments der Arbeiterklasse. Sie gab ein Bild von diesem imposanten Kongreß, dieser einzigartigen internationalen Friedenskundgebung, wie sie ihn nannte. Gewiß biete die Vielsprachigkeit manche Schwierigkeit für den Fortgang der Verhandlung; sie werde aber überwunden. Unverlöschlich sei der Eindruck des Zusammentritts. Verbunden mit Audorfs: „Ein feste Burg ist unser Bund" durchbrauste gewaltig die schöne, getragene Melodie des alten Lutherliedes den Saal. Hinter der Weihe dieser Stunde versänken die kleinen Ereignisse des Tages in nichts. Solche Momente höben über vieles hinweg. Wir sähen die Einigkeits des Proletariats aller Länder, das gemeinsam kämpfe gegen Schmach, Ausbeutung und Verderben. Und dann die große Demonstration auf dem Wasen, dem Platz, der sonst zum Exerzierplatz diene, dazu, daß Menschen lernten andere zu vernichten. Auf diesem Platze sei das Proletariat von Stuttgart und aus meilenweiter Umgegend zusammengeströmt, um sich von den Delegierten der verschiedenen Länder begeistern zu lassen für das, was der Kongreß wollte, also auch für den Weltfrieden. Ein erhebendes Schauspiel, dies große Friedensfest auf dem Wasen. Keine Helmspitze zu sehen, und doch welch' ruhiger Verlauf. Nur das sozialistische Proletariat bringe das fertig. — Rednerin wendet sich dann den wichtigen Verhandlungen des Kongresses zu. Die grundsätzliche Stellungnahme zur Kolonialfrage begrüßt sie mit großer Genugtuung. Eingehend läßt sie sich auch zur Frage der Einwanderung und Auswanderung aus, die sie nach verschiedenen Richtungen hin beleuchtet und wobei sie zeigt, daß auch hier wieder der Klassencharakter unserer heutigen Gesellschaft zutage trete. Angenehm sei den Herrschenden und ihren Sachwaltern in der Regierung der willige und billige Ausländer. Wehe ihm aber, wenn er sich auf seine Menschenrechte besinnt. Sie erläutert die dazu gefaßten Beschlüsse, die das Richtige getroffen hätten. — Zur Frage: „Gewerkschaft und Partei" sei aufs neue ausgesprochen, daß sie zusammengehörten, wenn auch jede der beiden Kampfesschwestern ihre eigene Organisation behalten solle. In den Gewerkschaften solle der sozialistische Geist gepflegt werden, und andererseits habe die Partei die Pflicht, für die gewerkschaftliche Organisierung einzutreten. Auch die sozialistischen Proletarierinnen seien durch die Resolution verpflichtet, auch sie hätten ihre Schuldigkeit in der Richtung zu tun. — In der Frage: „Militarismus und die internationalen Konflikte" zeige die angenommene Resolution den Weg. Wir seien der Meinung, es wäre die Hauptsache, daß die Massen mit dem Geiste des Sozialismus erfüllt würden. Das sei der Geist des Friedens. Je größer unsere Zahl werde, je sicherer sei es, daß die Kriege aufhörten. Und dabei sei von größerem Wert die Erziehung der Jugend zum Sozialismus. Aufklären und aufrütteln im Sinne unseres großen Zieles — das heiße den Krieg beseitigen und: Friede auf Erden! (Lebhafter Beifall.) Eine Diskussion entspann sich nicht.

Zum Essener Parteitag delegiert wurden die Genossinnen Wengels, Reichert und Ottilie Baader. Als Delegiertinnen zur Provinzialkonferenz wählte man die Genossinnen Bauschke und Steinkopf.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Montag, den 2. September, 8½ Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72: Vortrag Schriftsteller Max Grunwald: „Die Entwickelung der Weltwirtschaft". Gäste willkommen.

Reinickendorf-Ost. Mittwoch, den 4. September, 8½ Uhr, im Lokal bei Gründer, Hoppestr. 24, Vortrag.

Zehlendorf. Sonntag, den 1. September, 2 Uhr, bei Mickley, Potsdamerstraße: Familienkaffeekochen.

Gerichts-Zeitung.

Das „Querulieren" immer noch strafbar.

Für noch rechtsgültig erachtet werden vom Kammergericht die Strafvorschriften der alten Gerichtsordnung von — 1790, die sich auslassen über das sogenannte Querulieren gegenüber der „Obrigkeit, den Kollegia und deren Vorgesetzten". Die Revision eines Angeklagten Stempe, der auf Grund der Gerichtsordnung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war, wurde verworfen. Das Kammergericht geht davon aus, daß jene Strafvorschriften weder durch Landesrecht, noch durch Reichsrecht aufgehoben seien. Den Justizbehörden solle Schutz gegen solche Belästigungen gewährt werden! — Ja, wenn das Kammergericht in Berlin nicht wäre!

Ein schwerer nächtlicher Kampf,

bei welchem ein Zuhälter durch einen Kriminalbeamten niedergeschossen wurde, lag einer Anklagesache zugrunde, die gestern unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Sadrozinski vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof zur Verhandlung kam. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Gewerbsunzucht war die 23jährige unverehelichte Emma Hoblisch angeklagt. — Die bereits wiederholt vorbestrafte H. steht seit längerer Zeit unter sittenpolizeilicher Kontrolle. Seit März d. J. widersetzte sie sich den erlassenen Kontrollvorschriften und hielt sich verborgen. Trotz eines Haftbefehls gelang es längere Zeit nicht, den Aufenthaltsort der Angeklagten zu ermitteln, die sich in allerlei Schlupfwinkeln herumtrieb. Mitte Juni wurde festgestellt, daß die H. von ihrem „Freunde" einem gewissen Richard Schulz verborgen gehalten werde, der bei der Polizei in dem Rufe eines äußerst gewalttätigen und gefährlichen Zuhälters stand. Am Abend des 23. Juni erhielt der Kriminalschutzmann Weber den Auftrag, die H. zu verhaften. Als die Angeklagte in der Möckernstraße auf ihren nächtlichen Spaziergängen getroffen wurde, nahm sie der Beamte fest. Auf dem Transport zur Polizeiwache riß sie sich plötzlich los und lief in das Haus Möckernstr. 65 hinein, welches ihr von einem Manne geöffnet wurde. Der Schutzmann folgte der Flüchtigen sofort und sah gerade noch, wie sie über den Hof und dann die Hintertreppe hinauflief. Als Weber das Mädchen erreicht hatte, stürzte sich plötzlich der Zuhälter der H. auf ihn und schlug mit einem Schlagring auf ihn ein. Auf der Treppe kam es nun zu einem wüsten Kampf, der umso gefährlicher war, da er sich völlig im Dunkeln abspielte. Der Schutzmann erlitt schwere Kopfverletzungen, durch welche ihm das Blut in die Augen lief. Im Augenblicke höchster Gefahr griff er zu seiner Browningpistole und gab auf seinen Angreifer einen Schuß ab. Bald darauf verlor er das Bewußtsein. Der Schuß hatte den Schulz sofort getötet, da die Kugel das Herz durchbohrt hatte. Gegen die Holbisch, welche durch ihre Flucht die indirekte Veranlassung zu diesem Vorfall gegeben hatte, wurde Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt erhoben, weil sie sich, ehe ihr „Freund" den Beamten angriff, an dem Treppengeländer festgehalten und sich geweigert hatte, mitzugehen. Das Gericht erkannte dem Antrage des Amtsanwalts gemäß wegen des Widerstandes auf sechs Wochen Gefängnis und wegen Uebertretung auf fünf Wochen Haft unter Anrechnung von 14 Tagen der erlittenen Untersuchungshaft.

Brotherr und Untergebener.

Vor dem Rixdorfer Schöffengericht mußten sich am Donnerstag wegen gegenseitiger Beleidigung und Körperverletzung der Fuhrherr Rudolf Werner, Treptow, Elsenstr. 38, sowie dessen Kutscher Friedrich Hein, Berlinerstr. 8, verantworten.

Am 17. Mai soll Hein nur zwei Möbelfuhren besorgt und mit dem ihm anvertrauten Geschirr nur 8 Mark verdient haben. Das war dem Werner zu wenig, noch dazu, weil Hein angeblich Galopp gefahren und doch erst ½9 Uhr abends nach Hause gekommen war. Der Fuhrherr Werner soll nun nach der Anklage den Kutscher Hein mit den Schimpfworten Lump, Strolch, Lausejunge beleidigt und Hein soll mit den Worten Lump und Strolch erwidert haben. Der Fuhrherr Werner soll darauf einen Peitschenstiel ergriffen und den Kutscher Hein damit mißhandelt haben, worauf Hein dem Werner einen Schlag mit der Hand ins Gesicht versetzt haben soll.

Die gegenseitigen Mißhandlungen wurden durch die Verhandlung erwiesen. Der Fuhrherr Werner gab nicht nur den Schlag mit dem Peitschenstiel zu, sondern brüstete sich damit, dem Hein, von dem er sich angeblich (!) bedroht gefühlt habe, es im Stalle mit dem Peitschenstiel ordentlich besorgt zu haben, wie es sich für einen Brotherrn gegen den Untergebenen geziemt! Während Hein die Beleidigungen ohne weiteres zugab, bestritt sie Werner mit den Worten: „Ich bin doch der Brotherr und Hein ist nur der Untergebene, wie kann ich wohl solchen Menschen beleidigen?" Der Vorsitzende ermahnte Werner wiederholt. Drei Zeugen hätten die wechselseitigen Beschimpfungen bestätigt. Es sei doch zu wahrscheinlich, daß er auch geschimpft habe, er zeige sich doch auch heute vor Gericht sehr erregt. Werner blieb aber bei der Verneinung mit dem Bemerken, wenn er als Brotgeber wirklich etwas gesagt hätte, wäre es noch lange keine Beleidigung!

Der Vorsitzende stellte übrigens durch Befragen noch fest, daß Hein an jenem Tage nicht nur zwei Möbelfuhren gefahren, sondern auch außerdem eine Fuhre Kies von Britz geholt hatte.

Der Amtsanwalt beantragt gegen Hein, der beleidigt und nur mit der Hand geschlagen hat, 20 M. Geldstrafe, dagegen gegen Werner wegen gefährlicher Körperverletzung mittels Peitschenstieles und wegen Beleidigung 50 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof war jedoch der Ansicht, daß dem Kutscher die höhere Strafe zukomme und verurteilte Hein zu 30 M. Geldstrafe wegen einfacher Körperverletzung und Beleidigung. Der bereits wegen Körperverletzung vorbestrafte Fuhrherr Werner dagegen wurde von der Anklage der Beleidigung freigesprochen, wegen gefährlicher Körperverletzung erhielt er nur 15 M. Geldstrafe.

Versammlungen.

Die Arbeiterbildungsschule hielt am Freitag ihre ordentliche Generalversammlung im Schullokal Grenadierstraße 37 ab. Aus dem jetzt fertig vorliegenden Bericht für das Schuljahr 1906/07 ist zu entnehmen, daß die Steigerung der Mitgliederzahl eine nicht unerhebliche ist. Das Quartal April/Juni d. J. ist weniger befriedigend ausgefallen, wofür verschiedene Gründe anzuführen sind. Nicht ohne Einfluß waren die Unbequemlichkeiten, welche die Uebersiedelung des Lehrers Dr. Maurenbrecher nach Breslau hervorgerufen hatte. Auch der Kursus in Literaturgeschichte entsprach den Anforderungen der Schüler nicht, so daß dieser nur von dreizehn Teilnehmern besucht war und abgebrochen werden mußte. Der Mitgliederbestand betrug im letzten Quartal 715 Herren und 58 Damen. Die Beteiligung an den Kursen war folgende: An einem Kursus 368, an zwei Kursen 64, an drei Kursen 9, an vier Kursen 2 und an sechs Kursen 1 Schüler. Als Einnahmen für dieses Vierteljahr sind 2038,50 M. zu verzeichnen, an Ausgaben 2002,46 M. Der Bestand betrug am 1. Juli 2928,81 M. Eine Diskussion über den Vorstandsbericht fand nicht statt. Ein Antrag Maurenbrecher, welcher gewissermaßen gegen den Vorstand eine Beschwerde enthielt, wurde abgelehnt. Desgleichen ein Antrag Katzenstein. Dieser beansprucht, daß ein Fortschrittskursus in Sozialer Gesetzgebung über zwei Quartale hinaus abgehalten werde. Der Vorstand überließ den Bericht hierüber der Generalversammlung. Es wurde beschlossen, für das kommende Quartal einen Fortschrittskursus über Nationalökonomie mit dem Genossen Borchardt als Lehrer abzuhalten. Ein Antrag, diesen Kursus auf drei Quartale auszudehnen, wurde abgelehnt. — Die letzte Generalversammlung hatte den Vorstand beauftragt, den § 8 des Statuts in der Weise zu ändern, daß der Beginn des Schuljahres auf den 1. Oktober fällt. Im Anschluß hierzu schlägt der Vorstand noch einige Abänderungen des Statuts vor, welche meist formaler Natur sind. Auf Antrag aus der Versammlung heraus wird noch aus dem Satz: „Ausgeschlossen wird jedes Mitglied, das sich grober Verstöße gegen die Statuten oder die Interessen des Vereins oder ehrloser Handlungen schuldig macht," „ehrlose Handlungen" gestrichen, weil „ehrlose Handlungen" im Sinne der gegenwärtigen Gesellschaft nicht auch solche im Sinne des Proletariats zu sein brauchen. Dem Vorschlage des Vorstandes wurde zugestimmt. Zu einer längeren Debatte kam es noch bei dem § 8, der von der Zusammensetzung des Vorstandes handelt. Von einer Seite wurde behauptet, daß der Vorstand den Lehrern zuviel Mitbestimmungsrecht an seinen Beschlüssen eingeräumt und dadurch gegen das Statut, das er zu wahren habe, selbst verstoßen habe. Der Vorstand besitze nicht den Mut, die Lehrer in ihre Schranken zurückzuweisen. Es kam hierüber zum Teil zu sehr heftigen Ausführungen, welche erst gegen 1 Uhr nachts ihr Ende erreichten, nachdem der größte Teil der Mitglieder bereits den Saal verlassen hatte.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 72—74 pr. 100 Pfd., IIa 66—71, IIIa 61—64, Bullenfleisch Ia 65—70, IIa 53—62, Kühe, fett 52—60, do. mager 40—50, Fresser 56—64, Bullen, dän. 52—63, do. holl. 0,00. Kalbfleisch, Doppellender 100—115, Mastkälber Ia 74—84, IIa 65—73, Kälber ger. gen. 46—58, do. holl. 0,00, dän. 0,00. Hammelfleisch Mastlämmer 80—83, Hammel Ia 75—79, IIa 69—74, ungar. 50—60, Schafe 55—68. Schweinefleisch 62—67. Rehbock Ia per Pfund 0,65—0,80. IIa 0,50—0,60. Rothirsch Ia 0,40—0,56, do. IIa 0,00. Damhirsch 0,45—0,55. Wildschweine 0,30—0,45. Frischlinge 0,40. Kaninchen per Stück 0,50 bis 0,90. Wildenten per Stück 1,45. Krickenten per Stück 0,65. Rebhühner, junge große 0,90—1,20, do. kleine 0,30—0,85, alte 0,72—0,85. Hühner, alte, per Stück 1,50—2,45, IIa 1,00—1,45, do. junge 0,50—1,00. Tauben 0,40—0,62, italienische 0,00. Enten per Stück 1,40—2,70, do. Hamburger per Stück 2,90—3,00. Gänse per Pfund 0,60—0,72, do. per Stück 2,50—4,00, do. Hamburger per Pfd. 0,80, do. Oderbrucher per Pfd. 0,60—0,65. Poulets per Stück 0,80—1,26. Poularden per Pfd. 0,00. Hechte per 100 Pfund 0,00, do. matt 0,00, do. mittel und groß, matt 0,00, do. mittel 0,00, do. groß 0,00. Zander, klein 0,00. Schleie, klein 0,00, do. mittel 112—118, do. unsortiert 142. Aale, groß 0,00, do. klein und mittel 0,00, mittel 101—108, do. unsortiert 95, do. groß-mittel 108—108, do. klein 0,00. Plötzen, matt 0,00. Rotdaw 0,00. Karpfen, 60er—80er 73—78, do. 50er—60er 0,00. Bleie, matt 75. Bunte Fische 59—89. Barse 102, dito klein 0,00. Karauschen 0,00, do. klein 0,00. Wels 0,00. Bleifische 0,00. Aland 0,00. Quappen 0,00. Amerikanischer Lachs Ia neuer, per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa 0,00. Seelachs 10—15. Flundern, Kieler, Stiege Ia 2—6, mittel per Kiste 2, Hamb. Stiege 4—6, halbe Kiste 2—3, pomm. Ia Schock 9, IIa 1—3. Bücklinge, Kieler per Wall 2—3, Stralf. 3,50—5,00, Bornh. 0,00. Aale, groß per Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80. Heringe per Schock 5—9. Schellfische Kiste 3—4,00, ½ Kiste 1,50—2. Sardellen, 1902er per Anker 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 90—95. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 38—40, med. 36—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 50—120. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe Faß 1,20—1,40, do. Büchse (4 Liter) 1,40—1,70. Neunaugen, Schockfaß 11, do. kleine 5—6, do. Riesen- 14. Krebse per Schock, große 27,50, do. mittelgroße 0,00, do. kleine 4,00, do. unsortiert 8—10, Galizier groß 0,00, do. unsortiert 0,00. Eier, Land-, unsortiert per Schock 3,40—3,55, do. große 4,00. Butter per 100 Pfd. Ia 117—120, IIa 108—117, IIIa 100—108, abfallende 90—95. Saure Gurken, neue, Schock 4,00. Pfeffergurken 4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. weiße runde 2,25—3,25, blaue 3,00—3,75, Rosen- 2,00 bis 2,50, Nieren- 2,75—3,50. Porree, Schock 0,50—1,00. Meerrettich, Schock 5—15. Spinat per 100 Pfund 15—25. Sellerie, per Schock 2,00—8,00. Zwiebeln per 100 Pfd. 4,00—6,00, do. Perl- 40,00—75,00. Charlotten 50,00—75,00. Petersilie, grün, Schockbund 0,75—1,00. Kohlrabi Schock 0,75—1,25. Rettich, bayr., neuer Stück 0,07—0,10, do. hiesiger Schock 3—4. Mohrrüben, per 100 Pfund 3,00 bis 5,00. Karotten, hiesige, Schockbund 2,00—3,00. Wirsingkohl per Schock 4,00 bis 12,00. Rotkohl, Schock 6—12. Weißkohl 4—10. Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 8—14, do. Hamburger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 100 Stück 8—20. Kohlrüben, Schock 4,00—7,00. Petersilienwurzeln, Schockbund 3,00—4,00. Schoten per 100 Pfund 8—20. Pfefferlinge per 100 Pfd. 5—12. Steinpilze per 100 Pfund 30—35. Radieschen per Schockbund 0,50 bis 1,00. Salat per Schock 1,50—2,00. Gurken, Einmache-, Schock 14,00, do. böhmische Schock 0,00, do. Liegnitzer Schock 2,00—4,50. Bohnen, grüne, 100 Pfd. 7—15. Wachsbohnen, per 100 Pfd. 10—25. Stachelbeeren, per 100 Pfund 0,00. Blaubeeren, per 100 Pfd. 10—18. Johannisbeeren, per 100 Pfd. 10—12. Preißelbeeren per 100 Pfd. 25—28. Kirschen, saure, 100 Pfd. 15—20. Birnen, ital., 100 Pfund 14—40, Tiroler 35—40, hiesige 3—20, Salander 20—25. Pfirsiche, hiesige per 100 Pfd. 20—30, ital. in Kistchen zu 12 Stück 0,75—2,00, do. in Körben Ia per 100 Pfd. 28—35, do. IIa in Körben per 100 Pfd. 17—25. Aprikosen, ital., per 100 Pfund 0,00, französ. 0,00. Aepfel, italienische, per 100 Pfund 8—17, ung. 10—13, hiesige 8—15, Gravensteiner Ia 15—23, do. IIa 10—20. Pflaumen, ital., per 100 Pfund 10—20, Reineclauden 15—30, hiesige 8—12, ung. 12—15, Badener, Früh-, 12—20. Weintrauben, franz., per 100 Pfd. 14—20, italien. 15—28. Ananas I, per Pfund 1—1,20, do. II 0,00. Zitronen, Messina, 300 Stück 10,00—20,00, do. 360 Stück 9,00—21,00, do. 200 Stück 6,00—12,00, do. 150 Stück 5,00 bis 8,00. Bananen, gelb, per 100 Pfd. 20,00—22,00, grün 0,00. Melonen, per 100 Pfd. hiesige 25—35, ital. 13—18, franz. 0,0 holl. 25—26, spanische 5—8.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 28. 8. cm	seit 27. 8. cm [1]	Wasserstand	am 28. 8. cm	seit 27. 8. cm [1]
Memel, Tilsit	194	0	Havel, Spandau	112	— 1
Pregel, Insterburg	105	0	„ Rathenow [2]	145	— 1
Weichsel, Thorn	82	+ 2	Spree, Spremberg	92	0
Oder, Ratibor	148	—16	„ Beeskow	192	— 5
„ Krossen	135	+ 6	Weser, Münden	—93	— 2
„ Frankfurt	132	— 2	„ Minden	—10	0
Warthe, Schrimm	44	+ 2	Rhein, Waldshut	—	—
„ Landsberg	38	+ 1	„ Kaub	206	— 6
Netze, Vordamm	25	0	„ Köln	195	— 7
Elbe, Leitmeritz	—30	— 9	Neckar, Heilbronn	28	— 2
„ Barby	100	—10	Main, Wertheim	100	0
„ Magdeburg	110	0	Mosel, Trier	—	—
Saale, Grochlitz	73	— 6			

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel.

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 109-110

Wegen Inventur und Uebergabe bleibt mein Kaufhaus

von Freitag früh bis Sonnabend Nachmittag 4 Uhr geschlossen.

Der Inventur-Ausverkauf

beginnt am SONNABEND NACHMITTAG und

bietet ausserordentliche Vorteile.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. †1

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. 1†

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20, Skalitzerstraße 40. *

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 2515R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 261/1*

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Wäsche, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Uhren, Goldsachen, Silbersachen, Anzüge spottbillig Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 2648R

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2167R*

Pfandleihhaus! Hermannplatz sechs. Polizeilich konzessioniertes Leihhaus! Jedermann empfehlenswerte Einkaufsquelle! Extrabilliger Bettenverkauf, Aussteuerwäsche, Leibwäsche, Brautbetten, Vermietungsbett, Bettstücke, Bettinlette, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Tischdecken, Pfänderverkauf, Nähmaschinen, Uhrenverkauf, Goldsachen, Schmucksachen, Festgeschenke, hochelegante, spottbillige Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Sommerpaletots. Sonntags ebenfalls geöffnet. †116*

Sommerpaletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 10. Fernsprecher Amt III 5117. 261/20*

10,50 große Betten, rotrosa Inlett, Oberbett, Unterbett, zwei Kissen. E. Becker, Landsbergerstraße 41.

Metallbetten, komplette, hochelegante, Paar 85,00. Becker, Landsbergerstraße 41. 2617R

Gänse! Gänse! frisch geschlachtet, sind sehr billig verkäuflich. Paul Hoff, Bettfedern-Verkauf, Samariterstraße 21. 60/6*

Möbelsuchende! Nach wie vor nur „Grüner Weg 81" vollständige Einrichtungen, enorm riesige Auswahl, Sofas, Trumeau, Bettitellen reelle Matratzen, bekannt billigst, genau Hausnummer „81" achten! Dwinatzki.

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Naß, Mulackstraße 14. 2546b*

Nähmaschinen! Bis 15,00 vergüte, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Brauser, Frankfurter Allee 101, Laden. †121*

Saison-Extraverkauf! Imitierte Perserteppiche, Portieren, Steppdecken, Schlafdecken usw. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 2538R*

Krautstraße 50 Möbel, Spiegel, Polsterwaren spottbillig. Möbelspeicher Saalfeld. 2547b*

Nähmaschinen. Zahle höchste Vergütung. Alle erstklassigen Systeme. Kleinste Abzahlung. Hruda, Rosenthalerstraße 19, Filiale: Chorinerstraße 26. 2220b

Fahrräder. „National", Qualitätsmarke. Kleine Abzahlung. Rosenthalerstraße 19. 2219b*

Wassergrundstücke, Hermsdorf, Seestraße, Quadratrute 25 Mark, im ganzen billiger. Joachim, Brunnenstraße 95. 2587b*

Littauer-Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00, Wienerstraße 1—6, Warschauerstraße 67, Ackerstraße 111. 2584b

Damenhemden, Herzfasson, mit gestickter Passe 1,25, Herrenhemden 1,30, Bettbezug nebst zwei Kopfkissen 4,50. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz. 231/1

Zigarrengeschäft, gangbares, 15 Jahre, umständehalber verkäuflich. Yorkstraße 40. 2582b*

Gutgehendes Zigarrengeschäft zu verkaufen, 350 Mark. Rixdorf, Kopfstraße 29. †116*

Restaurant mit vielen Zahlstellen wegen anderer Unternehmungen zu verkaufen. Näheres Zigarrengeschäft Skalitzerstraße 30. †7

Fahrrad, wunderschön, tadelloser Gummi, 30,—. Wegner, Kantstraße 55 II. †128

Verschiedenes.

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Platina, altes Gold, Bruchgold, Silber, Gebisse, Kehrgold, Staubgold, photographische Rückstände sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Gold- und Silberschmelze, 29. Köpenickerstraße 29. 62/9*

Doppelquartett sucht II. Baß. Zickert, Hufelandstraße 22. †141

Lewandowsky-Sänger-Gesellschaft Oldenburgerstraße 23. †76*

Teilhaber mit etwas Kapital für Brennmaterial-Lager und transportables Sägewerk gesucht. Moabit, Havelbergerstraße 7, Seifengeschäft.

Komiker, billig, sofort frei. Schwartz, Köpenickerstraße 147. 2576b

Brünings Moabiter Gesellschaftshaus. Habe noch an Sonnabenden Säle zu vergeben. 2588b

Vermietungen.

Wohnungen.

Schöne billige Wohnungen Soldinerstraße 32/34. 2644R*

Oudenarderstraße 36/38 sofort und 1. Oktober schöne, billige Wohnungen. 2440b*

Warthestraße 63/64 (Bahnhof Hermannstraße) sofort und 1. Oktober 1 und 2 Stuben, Küche, Balkon. *

10,00 Vergütigung, zwei Stuben, Küche 24,50, zum 1. Oktober. Erfragen Schulz, Frankfurter Allee 196, rechter Seitenflügel III. †130

Vorderhaus, 2 Zimmer, Küche, Balkon, Zubehör, Wedding, Hochstädterstraße 4. †144

Zimmer.

Balkonzimmer, fein möbliert, 20 Mark inklusive, Weserstraße 215 (Hermannplatz). †116*

Möbliertes Zimmer, 1-2 Herren, herrliche Aussicht, Baumschulenweg, Trojanstraße 6 II, Bahnhof. 1894b

Zimmer, möbliert, auf Wunsch mit Kost an Herrn vermietet Witwe Scholz, Triftstraße 33. †81

Kleines Zimmer vermietbar, 10,00, Gerlach, Lehninerstraße 6, parterre.

Möbliertes Zimmer für Herrn, Wienerstr. 1—6, Aufgang 1 III rechts.

Möbliertes separates Vorderzimmer, 12 Mark, Schlemannstraße 6 II, Höhns. †52

Schlafstellen.

Vorderzimmer, Schlafstelle, Herren oder Damen, Brunnenstraße 53 III, Dahlke. †91

Schlafstelle zu vermieten. Frau Heinrich, Anklamerstraße 3. †91

Schlafstelle. Becker, Andreasstraße 24, Seitenflügel I. †91

Freundliche möblierte Schlafstelle, Herrn. Bandt, Togostraße 4, III.

Bessere Schlafstelle, separat, vorn 1 Treppe. Schneider, Wassertorstraße 8. 2578b

Möblierte Schlafstelle für Herrn bei Witwe Jütz, Grüner Weg 91, 4 Treppen. †32

Möblierte Schlafstelle zu vermieten bei Tippner, Rixdorf, Herrfurthstraße 6. †116

Schlafstelle für zwei Freunde, Vorderzimmer, Nessin, Posenerstraße 29 III. †33

Freundliche Schlafstelle für zwei Herren. Wolf, Wrangelstraße 118, vorn IV. †8

Schlafstelle sofort vermietet Witwe Bolz, Skalitzerstraße 58. †8

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Suche für meinen Sohn zum 1. 10. 07 eine Lehrstelle im Schlosser- und Maschinenbaugewerbe. Wilhelm Grabe, Naunynstraße 89, vorn IV.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Stellungslose Kaufleute finden hohen Verdienst. Lindenstraße 26, II oder Schöneberg, Ebersstraße 66, I links, vormittags. 2549b

Bauschlosser, selbständige, verlangt Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. †128*

Rahmenmacher und Zuschneider verlangt Grosz, Ritterstraße 27.

Graveur zum Anlernen an der Bohrmaschine gesucht. Schriftgießerei Emil Gurich, Gneisenaustraße 27.

Lithographen-Lehrlinge stellt ein Steindruckerei Aberle u. Co., Luisenufer 11. 2586b

Gebte Drahthesterin auf Kontobücher. Riesenstahl, Zumpe u. Co., Holzmarktstraße 67. 2657R

Färberinnen, Kleberinnen und Krüserinnen sucht per sofort Blumenfabrik Leschkau, Kommandantenstraße 16 I. 2561b*

Künstliche Blumen-Krüserinnen, Kleberinnen, Lehrmädchen, Anfangsgehalt für Lehrmädchen 25 Mark, verlangt Schindelhauer, Alexandrinenstraße 93/94. 2568b*

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Alt-Moabit 138. 62/4*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Wir suchen zum baldigen Eintritt einen

2. Faktor,

welcher mit dem Gesamtbetriebe einer Zeitungs- und Akzidenz-Druckerei vollständig vertraut ist und auch Kenntnis von Setzmaschinen hat.

Nur schriftliche Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten.

Buchdruckerei der „Freien Presse", Elberfeld.

Älteren **tüchtigen** Fahrrad- und Automobil-Schlosser verlangt **M. Faulhaber,** Zehlendorf.

Steinarbeiter Berlin II.

Die Firma **„Deutsche Steinindustrie A.-G.** vorm. **Schleicher", Lehrterstr. 27/30,** ist **gesperrt.** 180/17*

Die Ortsverwaltung.
Döngemach, Vorsitzender.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Die Adresse des Agitationskommissionsmitgliedes für den sechsten Wahlkreis Paul Dobrohlaw ist nicht mehr Eberswalderstr. 1, sondern Schliemannstr. 39, vorn part.

Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 1. September, früh 8 Uhr, findet eine Handzettelverbreitung statt und zwar von folgenden Lokalen aus: Restaurant Huth, Kaiser Weg, Ecke Platanenstraße, Restaurant Thulmann, Uhlandstraße, und Restaurant Babst, Beuthstraße. Pflicht der Parteigenossen ist es, sich recht rege daran zu beteiligen.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Wenn die Schwalben wieder kommen.

Noch sind sie nicht fort. Aber schon exerzieren sie und üben ihre Flugkünste, um die nötige Sicherheit und Ausdauer für die weite Reise zu erlangen. Gerne unterbricht man den Spaziergang und bleibt stehen, um die lieben traulichen Segler zu beobachten, wie sie in geschlossenen Zügen, oft hundert und noch mehr an der Zahl, in lautlosem Fluge die Luft durchschneiden. Bald schießen sie pfeilschnell, in schnurgerader Linie dahin, bald ziehen sie kühne, elegante Kurven in der Luft. Jetzt gleiten sie sicher, kaum sichtbar, am Boden hin, dicht über den Grasspitzen, um dann plötzlich, in einer präzisen, scharfen Wendung herum zu biegen, wie ein Heer Soldaten, und dann hoch hinauf in die Lüfte zu steuern. Und das geht alles so ruhig, so bestimmt, kein wutschnaubender Unteroffizier steht dabei, kein Fluchen, kein Donnerwetter durchzittert die Luft. Frei, nur dem Gesetze der Natur folgend, vollführen sie ihre Manöver, in ungezwungenem, munterem Gezwitscher sich unterhaltend.

Auch Freund Adebar sammelt sich mit seinen Stammesgenossen auf den Wiesen in größeren Scharen. Auf einem Beine stehend, in philosophischer Ruhe sich umschauend oder in gemessenem, gravitätischem Schritt auf und abgehend, erwartet er die Säumigen. Plötzlich, wie auf Kommando, erheben sich alle, um mit schweren Flügelschlägen ihre Uebungen zu beginnen. Manchen wird es wohl nicht bekannt sein, daß dieser populäre Bursche, dem der Volksmund eine gewisse Eigenschaft zuschreibt, ebenso praktisch wie grausam veranlagt ist. Er mordet nämlich, allen Regeln der Pietät zuwider, mit heftigen Schnabelhieben diejenigen Familienältesten, die infolge Krankheit oder Altersschwäche keine sichere Gewähr bieten, daß sie den Strapazen einer so weiten, beschwerlichen Reise gewachsen sind.

Ferner rüsten sich noch zum Aufbruch fast alle die lieben, kleinen Sänger, die im Frühling und Sommer Wald und Feld mit ihren prächtigen Weisen erfüllen und uns Menschenkindern das Herz erquicken. Bald sind sie fort. Weit weg, in südliche Zonen, geht ihr Flug, wo der Tisch aufs neue gedeckt ist. Viele aber, leider allzuviele, werden die deutschen Gauen nicht mehr wiedersehen. Viele Gefahren drohen ihnen, deren schlimmste der Mensch mit seinen Netzen und Schlingen ist. In Tirol und Italien harren ihrer schon die herzlosen Gesellen, um sie für schnöden Gewinn dem Tode zu überliefern. So manche Nachtigall, deren Jauchzen und Schluchzen in lauen Sommernächten uns bis ins Innerste ergriff, fällt rohen Meuchelmördern zum Opfer. Jene aber, die allen Gefahren glücklich entrinnen, kehren, wenn die Frühlingssonne die starre Hülle sprengt, wieder. Mit frischem Mut bauen und renovieren sie ihre Nester und schmettern in trunkener Lebenslust ihre Lieder in den neuerwachten Lenz hinaus.

Aus einem „Kranken- und Genesungsheim“, das in Nieder-Schönhausen-Nordend von einem Arzt Dr. Dosquet-Manasse betrieben wird, haben Patienten uns mancherlei Beschwerden vorgetragen. Die Anstalt ist ein Privatunternehmen, sie wird aber viel auch von Krankenkassen benutzt. Kassen, die ihre kränkelnden, in der Genesung befindlichen, der Schonung bedürfenden Mitglieder dort unterbringen, zahlen pro Kopf und Tag 2,50 M. Für Selbstzahler soll der Pflegesatz noch höher sein. Dieses „Kranken- und Genesungsheim“ nimmt nur weibliche Patienten auf und hat rund 100 Betten.

Gegenstand der Unzufriedenheit ist vor allem die Beköstigung. Wir kennen diese Klage zur Genüge; sie kommt aus allen Pflegeanstalten, aus öffentlichen wie aus privaten. In der Regel ist es unmöglich, da zu entscheiden, ob die Unzufriedenheit berechtigt ist oder nicht. Eine Anstalt, die alle Insassen aus gemeinsamem Kessel beköstigen muß, kann schwer die besonderen Wünsche des einzelnen berücksichtigen. Doch über das „Kranken- und Genesungsheim“ wird uns berichtet, die Kost sei dort so schmal, daß man sich fragen müsse, wie man dabei zu Kräften kommen solle. Geklagt wird z. B. darüber, daß die Milch, die doch sonst als ein wichtigstes Ernährungs- und Kräftigungsmittel für Genesende gilt, nur in knapp bemessener Menge gewährt werde und überdies nur von mäßiger Qualität sei. Die Bitte einer Patientin, mehr Milch zu erhalten, soll einmal abgewiesen worden sein mit der Erklärung, das würde zu teuer werden. Ueber eine solche Antwort könnten wir uns nicht groß wundern; denn natürlich will der Besitzer dieses Unternehmens von den 2,50 M. pro Kopf und Tag noch einen Profit drüber behalten. Im „Kranken- und Genesungsheim“ soll aber auch die Zubereitung der Speisen manches zu wünschen übrig lassen. Uns wird versichert, gelegentlich seien sogar Maden darin gefunden worden. Es läßt sich denken, daß eine Anstalt, in der diese Meinung bei Patienten aufkommt und Verbreitung findet, nicht als besonders angenehmer Aufenthaltsort empfunden werden wird.

Geklagt wird sodann über hygienische Mängel, die in dem „Kranken- und Genesungsheim“ bemerkt worden seien. Die Patientinnen, von denen wir unsere Informationen erhalten haben, mußten im Bett sich mit einer Wolldecke bedecken, die nicht in einem vollständigen und geschlossenen Bezug steckte, sondern nur lose auf einem Laken auflag. Nur zu leicht kommt da der Körper in direkte Berührung mit der Decke, die im Laufe der Zeit schon zahlreiche Patientinnen als Bettstück gedient hat, also selbstverständlich niemals so gereinigt werden kann, wie es bei einem waschbaren Bezug möglich ist. Solche Decken auf Laken sind in manchen Hotels üblich, weil sich das billiger stellt. Aber für ein „Kranken- und Genesungsheim“ ist eine so unhygienische Art, die Pfleglinge zu betten, doch wohl nicht zulässig. Selbst in Hotels wird sie von Reisenden als bedenklich empfunden. Aus der Anstalt des Herrn Dr. Dosquet-Manasse ist uns noch über einen anderen hygienischen Mißstand berichtet worden, der erwähnt werden muß. Dort wurden Nachtgeschirre lediglich mit kaltem Wasser ausgespült. Manche dieser Geschirre behielten allmählich einen widerwärtigen Geruch, der bei Nacht sehr lästig wurde. Die Reinigung der Geschirre wurde übrigens von Patientinnen besorgt — ebenso, wie manche andere Arbeit, die sonst dem Personal zukäme. Ist denn in der Anstalt nicht genug Personal vorhanden?

Den Besitzern solcher Pflegeanstalten geschähe Unrecht, wenn man von ihnen fordern wollte, daß sie ihren Pfleglingen dasselbe bieten, was in öffentlichen Krankenhäusern, Heimstätten usw. geboten werden kann. Die öffentlichen Anstalten geben samt und sonders noch Geld zu, während die privaten doch einen Gewinn abwerfen sollen. Selbstverständlich kann keinem, der ein Geschäft betreibt, es verübelt werden, daß er dabei verdienen will. Das Bedauerliche ist nur, daß nicht die Gemeinden durch Schaffung ausreichender Pflegeanstalten es privaten Unternehmern überhaupt unmöglich machen, solche Geschäfte noch zu betreiben.

Schule und Familie sollen jederzeit freundliche Beziehungen zu einander unterhalten, die eine gemeinsame Arbeit an der Förderung des heranwachsenden Geschlechts ermöglichen. So sollte es und könnte es sein, aber nur zu oft ist es anders. Nur zu oft herrscht zwischen Schule und Familie eine verdrossene Zwietracht, eine feindselige Stimmung, die mitunter sogar zu bitterernster Fehde führt. Die Lehrerschaft ist rasch bereit, die „größere Hälfte“ der Schuld den Eltern zuzuwälzen. Da möchten wir allen, die es angeht, wieder mal den folgenden Fall zur Beachtung empfehlen.

An der 106. Mädchen-Gemeindeschule in der Britzerstraße ist ein Fräulein Tokoß beschäftigt, eine Lehrerin, die schon im vorgerückten Alter steht. Dieses Fräulein T. bestrafte kürzlich in einer vierten Klasse eine Schülerin D. mit Nachbleiben, weil in einem Heft ein Blatt fehlte, über dessen Verbleib das Kind nicht Auskunft gab. Außerdem wies Frl. T. die D. an, zehnmal abzuschreiben: „Wegen meines verstockten Charakters mußte ich nachbleiben“. Und sie fügte den Befehl hinzu, die D. solle ihren Pflegevater seinen Namen daruntersetzen lassen. Herrn D. ärgerte begreiflicher Weise die unnötige Schroffheit, die aus diesem Strafarbeitssatz sprach, und er verweigerte die Unterschrift. Frau D. aber, die sich gleichfalls verletzt fühlte, schrieb dem Fräulein T. einen Brief und erklärte darin mit dürren Worten, sie selber kenne besser als die Lehrerin den Charakter des Kindes. In ihrer Gereiztheit hängte sie dem Brief den Zusatz an, die Lehrerin habe wohl einen Haß gegen das Kind. Diese Bemerkung war allerdings ungehörig, aber Frau D. glaubte sich zu ihr berechtigt im Hinblick auf frühere Vorkommnisse, die ihr aus der Schule berichtet worden waren. Was tat nun Frl. T., als ihr der Brief übergeben wurde? Sie stellte sich vor ihre Klasse hin und sagte zu den Kindern: „Nun will ich Euch mal vorlesen, was Frau D. mir geschrieben hat.“ Und sie las ihnen in der Tat den Brief von Anfang bis zu Ende vor. Was sie damit beabsichtigt haben kann, ist nicht recht klar. Frau D. meint, Frl. T. habe sie vor der Klasse verhöhnen wollen. Der Rektor aber ließ Frau D. zu sich kommen und setzte ihr auseinander, daß sie in ihrem Brief die Lehrerin beleidigt habe. Durch diese Mitteilung wurde Frau D. nicht wenig überrascht. Es habe ihr ja gänzlich fern gelegen, die Lehrerin beleidigen zu wollen. Sie vermag vorläufig auch noch nicht recht zu glauben, daß Fräulein T. sich wirklich beleidigt fühlen könne. Welche Lehrerin, so fragt sie sich, würde wohl einen Brief, den sie für beleidigend hält, ihren Schülerinnen vorlesen, von denen sie doch Respekt fordert! Der Rektor hat der Frau D. in Aussicht gestellt, daß er „die Sache weitergeben“ werde. Sollte es zu einer Klage kommen, so muß man gespannt sein auf den Ausgang, den sie nehmen wird.

Inzwischen wird hoffentlich die Schuldeputation sich mit der Frage beschäftigen, ob das Verfahren dieser Lehrerin geeignet war, die Beziehungen zwischen Schule und Familie freundlicher zu gestalten. Die Dame ist zwar schon seit mehr als drei Jahrzehnten im Schuldienst tätig. Das darf aber die Schuldeputation nicht abhalten, ihr eine Revision ihrer Erziehungsgrundsätze aufzugeben.

„Importierte Arbeiter“. Der Kaufmann Leider, der auf dem Grundstück Schwedterstraße 268 die Fabrikation von Kompott betreibt, fühlt sich verletzt durch unsere Notiz (in Nr. 198) über die bei ihm beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. In einem Briefe teilt er uns mit, er lasse sich seine Leute nicht durch Agenten besorgen, die mit billiger Menschenware handeln, sondern kriege sie zugewiesen durch seine älteren Arbeiterinnen, von denen ihm mehr Hülfskräfte empfohlen würden, als er brauchen könne. Er erzählt auch, als Tagelohn gebe er den Arbeiterinnen 3,30 M., den Arbeitern 4,00 M., dazu komme noch freies Logis nebst Kost. Er fügt die Versicherung hinzu, daß der Raum, der ihnen als Quartier diene, eine „durchaus geräumige und gesunde Stube“ sei. Diese „Stube“ ist, wie wir schon erwähnten, ein Futterboden, der über dem Pferdestall liegt und durch eine an der Außenwand des Hauses emporführende Stiege erreicht wird. Herr Leider erklärt, er beschränke seine Leute in keiner Weise in ihren Handlungen, und jeder könne sich anderswo eine Schlafstelle suchen, wenn er wolle. Auch seien sie polizeilich angemeldet. Zum Beweise, daß er die Wahrheit sage, hat er seine Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Namen unter den Brief setzen lassen. Sogar ein Mann, der nur als Aushülfskraft bei ihm beschäftigt wird, hat sich mit unterschrieben, ein Herr Julius Timrick, der (wie wir ermittelt haben) im Hause Chorinerstraße 23 einen Gemüsehandel betreibt. Auch er verbürgt sich also mit seinem Namen dafür, daß das alles so stimmt. Der Brief ist datiert vom 27. August. Da müssen wir annehmen, daß in der Reihe der Unterzeichner wenigstens ein Arbeiter des Herrn Leider fehlt, jener eine, der mitten in der Saison am 25. August auf und davon gegangen ist. Dieser undankbare, schlechte Mensch hat offenbar kein Verständnis dafür gehabt, welches überschwängliche Glück es für einen Arbeiter ist, in dem Betrieb des Herrn Leider arbeiten zu dürfen. Da er just am Sonntag das Arbeiterparadies verlassen hat, das Herr Leider uns so verlockend schildert, so hat er sich noch um das Vergnügen gebracht, an diesem Tage von 5 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags Sonntagsarbeit zu leisten.

Die Sedan- und Paradeferien werden wahrscheinlich diesmal nicht länger als einen Tag dauern. Unsere Annahme, daß die Parade am 31. August abgehalten werden solle, war unzutreffend. Das militärisch-höfische Schauspiel, das alle Straßenbummler in Entzücken versetzt, wird am 2. September in Szene gehen. Am 2. September müssen aber die Schulen doch wohl auch die Sedanfeier absolvieren, die ihnen wie alljährlich anbefohlen worden ist. Dann braucht also den Schulkindern nur der eine Tag freigegeben zu werden. Wir vermuten, daß diese Einschränkung den patriotischen Enthusiasmus des Berliner Nachwuchses stark abkühlen wird. Schade um die Reihe von Bummeltagen, die den Schulkindern so entgeht! Zählt man den Sonntag mit, so wären es wieder mal drei Tage hinter einander gewesen. Nun wird durch die vorgeschriebene Sedanfeier auch der Genuß der Parade geschmälert. Wenn am Montag die Regimenter durch die Straßen der Stadt mit Bumbum und Trara zum Paradefeld hinausziehen, sollen die bedauernswerten Jungen und Mädel in den engen Schulhäusern sitzen und den abgedroschenen Phrasenschwall langweiliger Sedanfeiern über sich ergehen lassen? Wer soll denn in den Straßen stehen und Maulaffen feilhalten, wenn man an solchem Tage die Kinder in die Schulhäuser hineinzwingt! Werden da die „Spaliere“ nicht ein bißchen dünn bleiben? Oder vielleicht kommt doch noch alles ganz anders. Vielleicht hat das Provinzial-Schulkollegium ein Einsehen und verfügt, daß für die Schulen Berlins und der Vororte „Sedan“ diesmal auf den 31. August verlegt wird.

Der Sieg des Droschkengauls über den Motor. Hierüber wird berichtet: Das Berliner Automobildroschkengewerbe steht vor einer ernsten Krise. Von den gegenwärtig in Berlin fahrenden 700 Motordroschken befinden sich schon 400 Wagen unter Gerichtssiegel und auch die Automobilfabriken haben schwere Verluste erlitten. Eine Unzahl von Prozessen schweben zwischen den Motordroschkenbesitzern und den Lieferanten, teils von den ersteren angestrengt wegen Schadenersatz, teils von den Lieferanten gegen ihre Abnehmer auf Zahlung der Monatsrate. Eine Zeitlang ging das Geschäft der Motordroschkenfabriken glänzend und die günstigen Zahlungsbedingungen, die es möglich machten, gegen eine Anzahlung von 500 M. und monatlicher Abzahlung von 100 M. eine Autodroschke zu erwerben, führten zu einer Masseneinstellung dieser Wagen. Später waren dann aber die Besitzer nicht mehr in der Lage, die Monatsraten zu erschwingen, weil einesteils die erwarteten hohen Einnahmen ausblieben oder doch nicht die Höhe erreichten, die zur Deckung der außerordentlich hohen Reparaturkosten nötig war. Diese hohen Reparaturkosten sind die Hauptursache der jetzt zweifellos festgestellten Unrentabilität des Autodroschkenbetriebes. Nach der Berechnung eines Fachblattes, „Der Fuhrhalter“, braucht jedes Automobil 10 Proz. des Anschaffungspreises an Reparaturkosten pro Jahr, während die Reparaturkosten bei Pferdedroschken nur 1 Proz. pro Jahr ausmachen. Aber auch die Kosten für den Gummi sind bei den Autodroschken außerordentlich hoch. Eine Pneumatikgarnitur kostet bei Motordroschken rund 1000 M. und hält höchstens ½ Jahr aus; pro Tag stellt sich der Gummiverbrauch an der Motordroschke auf 6 bis 10 M. (beim Autoomnibus sogar auf 30 M.). Bei so hohen Betriebskosten war an eine Rentabilität nicht zu denken, und auch die Tariferhöhung hat dieses Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Betriebskosten nicht ausgleichen können, zumal dadurch die Zahl der Passagiere abgenommen hat. Viele Motordroschkenbesitzer sind deshalb schon wieder zum Pferdebetrieb übergegangen. Man befürchtet für die nächste Zeit auch den Zusammenbruch verschiedener Motordroschkenfabriken.

Mit dem Bau des städtischen Straßenbahndepots ist jetzt begonnen worden. Die Stadt Berlin, die, wie bekannt, im nächsten Jahre eigene Straßenbahnlinien in Betrieb nehmen wird, errichtet in der Kniprodestraße ihr erstes Depot. Die Gesamtausführung wurde der Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbauten (vormals Gebrüder Helfmann) übertragen. Die Wagenhalle ist vorläufig für 35 Wagen vorgesehen, sie umfaßt ausgedehnte Reparaturwerkstätten, eine Schmiede, Akkumulatorenräume usw. Die ganze Anlage ist so gestaltet, daß eine Erweiterung sich leicht ermöglichen läßt.

Der Verkehr nach dem Freibad Wannsee wird von heute ab eine weitere Erleichterung dadurch erfahren, daß die Große Berliner Straßenbahn einen kombinierten Straßenbahn- und Motoromnibusverkehr einrichtet. Die Linien 91, 79, A, T und Q werden in der Zeit von 12[30] bis 7 Uhr nachmittags an Sonn- und Wochentagen bei günstiger Witterung Anschluß an die zwischen Halensee und Beelitzhof verkehrenden Motoromnibusse erhalten. Letztere werden in erster Linie für die mit der Straßenbahn ankommenden Fahrgäste freigehalten und nehmen weitere Passagiere nur dann auf, wenn Platz freigeblieben ist. Der Fahrpreis beträgt einschließlich der Zehnpfennigstrecke der Straßenbahn 60 Pf. Fahrscheine für die Fahrt von Berlin nach Wannsee sind bei den Straßenbahnschaffnern, für die Fahrt von Wannsee nach Berlin bei den Omnibusschaffnern erhältlich.

Ein entsetzlicher Unglücksfall, bei dem eine Person den Tod gefunden und eine zweite schwer erkrankt ist, hat sich auf dem am Königsdamm belegenen Grundstück des Schmiedemeisters Gundlach ereignet. Auf dem Hofe befindet sich ein Backofen, der reparaturbedürftig war. Um die Schäden, die im Innern des Ofens lagen zu beseitigen, machte sich der Schwiegersohn des G., der 34jährige Schlosser Menzel gemeinsam mit seinem 16jährigen Lehrbuschen Max Felmer an die Ausbesserung. Die beiden krochen in den Ofen hinein, in dem kurz vorher noch gebacken worden war und der infolgedessen noch starke Hitze enthielt. Durch einen Windstoß wurde die nach dem Freien zu belegene Ofentür plötzlich zugeschlagen und die beiden Männer waren nun in dem Backofen gefangen. Ihre Hülferufe verhallten in dem dumpfen Raume ungehört. In der Verzweiflung schlug der Lehrbursche die Wand ein, wodurch aber die Wärme in dem Ofen noch mehr angefacht wurde. Unter Anwendung all seiner Kräfte gelang es schließlich dem jungen Menschen, sich durch die geschaffene Oeffnung in Sicherheit zu bringen. Er hatte aber bereits schwere Brandwunden erlitten und war durch das Einatmen der Wärmegase derartig erschöpft, daß er besinnungslos wurde. Er vermochte daher nicht mehr für die Rettung des M. zu sorgen und elend mußte der letztere im Backofen ersticken. F. wurde in das Krankenhaus gebracht.

Ein langgesuchter Scheckschwindler ist gestern in der bei Königs-Wusterhausen belegenen Sommerfrische Krummensee dingfest gemacht worden. Seit Anfang des Sommers hielt sich in den östlichen Vororten, so in Adlershof, Grünau, Zeuthen, ein elegant gekleideter Herr aus Berlin auf, der sich bald Kaufmann Zühlke, bald Rentier Drewes, Schlüter, Fähndrich oder Fischer nannte und der in diesen Ortschaften Bekanntschaft mit den Sommergästen und Sportsleuten machte. Da der Rentier vorgab, mehrere Häuser im Osten der Reichshauptstadt zu besitzen, so gelang es ihm, eine große Anzahl seiner neuen Bekannten zu bewegen, ihm Darlehen zu gewähren. Er zog dann, sobald er das Geld erhalten, ein Scheckbuch von der Kommerz- und Diskontobank heraus und beglich seine Schuld, indem er einen Scheck auf die genannte Bank ausstellte. Natürlich mußten die Opfer ihrer Gutgläubigkeit die traurige Erfahrung machen, daß ihr neuer Freund sie betrogen habe, da er überhaupt kein Guthaben auf der Bank besaß. Allerdings hatte der Hochstapler Anfang dieses Jahres einmal einen kleineren Betrag auf der Kommerz- und Diskontobank deponiert und hatte sich dann ein Scheckbuch geben lassen, dessen Formulare er nun zu seinen Schwindeleien benutzte. Vor einigen Tagen bezog ein fremder Herr, der sich Fischer aus Berlin nannte, in dem Gasthofe des romantischen Dörfchens Krummensee eine Sommerwohnung und gab dem Wirt für Logis und Zeche einen Scheck in Zahlung. Das Ausstellen eines Schecks auf einen so geringen Betrag fiel dem Hotelier auf und er benachrichtigte die Kriminalpolizei, die alsbald Herrn Fischer besuchte und ihn verhaftete. Der Festgenommene ist der 37 Jahre alte Kaufmann Gustav Zühlke aus Stettin, der dort früher eine Fabrik ätherischer Oele besaß.

Ein „Großfeuer“ beschäftigte in der vorgestrigen Nacht die Feuerwehr in der Stallschreiberstr. 29. Der Feuermann Auer von der 5. Kompagnie, der bei der Löschung in die Glut fiel, wurde zum Glück von seinen Kameraden schnell herausgeholt, so daß er mit leichteren Verletzungen davon gekommen ist. Der Brand kam nach 9½ Uhr zur Kenntnis der Feuerwehr und als diese gleich darauf mit drei Zügen an der Brandstelle erschien, hatte das Feuer schon eine große Ausdehnung erlangt, muß also schon längere Zeit unbemerkt dort gewütet haben. Es brannten in der Hauptsache die Kartonfabrik von Theodor Nathan im dritten und vierten Stock des linken Seitenflügels und Quergebäudes sowie die Dachräume, das Kontor und Nebenräume von Metallwarenfabriken. Sehr gefährdet war das Gemeindehaus der Luisengemeinde, das unmittelbar an die Brandstelle grenzt. Die Flammen hatten an Pappkartons, Regalen und der übrigen Einrichtung reiche Nahrung gefunden. Unter Leitung des Branddirektors Reichelt wurde mit sieben Schlauchleitungen, darunter ein B-Rohr stärksten Kalibers, unausgesetzt Wasser gegeben. Da wegen der enormen Verqualmung ein direkter Angriff sehr erschwert war, wurde auch von den Nachbargrundstücken vorgegangen. Auf dem Hofe war eine große mechanische Leiter aufgerichtet, über die ebenfalls vorgegangen wurde. Um Luft zu machen, drangen Feuermänner über Hakenleitern bis zum dritten Stock vor. Beim Vorgehen über die Treppen, die nicht nur verqualmt waren, sondern auch schon in Flammen standen, mußte ein Feuerschutzanzug benutzt werden. Die Hitze war so enorm, daß die Mannschaften, die direkt vor den Flammen lagen und dort Wasser gaben, öfters abgelöst werden mußten. Einige wurden ohnmächtig

und mußten durch Einflößen von Sauerstoff wieder zum Bewußtsein gebracht werden. Gegen 2 Uhr nachts war die Macht des Feuers gebrochen, doch hatte die Wehr noch die ganze Nacht dort zu tun. Gestern früh wurde mit den Aufräumungsarbeiten begonnen, die voraussichtlich zwei Züge der Feuerwehr noch längere Zeit beschäftigen werden. Der Betrieb der Ofenfabrik von Förster u. Runge, der sich dort und nebenan befindet, erleidet keine Störung. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht ermittelt werden. Der Schaden soll durch Versicherungen bei mehreren Gesellschaften gedeckt sein. Außer diesem Brande hatte die Feuerwehr frühzeitig am Luisenplatz 5 zu tun, wo in einer Wohnung Feuer ausgekommen war. Nachts um 8 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Brangelstraße alarmiert. Grober Unfug war die Ursache. Der Täter ist leider entkommen. Früh um 6 Uhr brannten am Nordbahnhof Kohlen. Wegen eines Schaufensterbrandes rückte der 12. Zug nach der Steglitzerstr. 25 aus. Ferner hatte die Wehr noch in der Hohenlohestr. 8 und Schönhauser Allee 55 zu tun.

Der Dieb im Polizeipräsidium. Ein dreister Diebstahl ist, wie eine Zeitung meldet, im Dienstgebäude des Polizeipräsidiums verübt worden. Ein Kriminalkommissar hatte am Montag im Zimmer Nr. 86 Leute zu vernehmen. Dabei standen mehrere Personen um ihn herum. Nachdem sich alle entfernt hatten, vermißte er seinen neuen schwarzen Hut und fand dafür auf einem Stuhl neben einem kleinen Regal einen alten schmierigen Hut wieder. Es ergab sich, daß von den Vernommenen niemand den Hut vertauscht hatte; es muß also ein Dieb die Gelegenheit benutzt haben, sich heranzuschleichen und ihn zu stehlen. Merkwürdigerweise haben beide Hüte, der alte wie der neue, dasselbe Geschäftszeichen im Futter: Extra beste deutsche Qualität.

Ein großes Schadenfeuer kam gestern abend in der neunten Stunde in der Bärwaldstr. 6, Ecke der Wilmsstraße zum Ausbruch. Trotzdem der benachbarte 11. Zug der Feuerwehr schnell zur Hand war, konnte doch nicht verhindert werden, daß der größte Teil des Dachstuhls abbrannte. Auch ein Teil der 4. Etage hat unter dem verheerenden Element gelitten. Einen grandiosen Anblick bot dem massenhaft zusammengeströmten Publikum der Einsturz des großen Eckturms des Hauses.

Im Sportpark Spandau findet am kommenden Sonntagnachmittag 3 Uhr ein Stundenrennen um den goldenen Humpen von Spandau statt. Nachdem stehen Fliegerrennen auf dem Programm.

Das Theater an der Spree wird am morgigen Sonnabend mit Kalischs Gesangsposse „Der Aktienbudiker" eröffnet werden. Der Billetverkauf findet im Theatergebäude, in den Warenhäusern von Wertheim, im Invalidendank, Unter den Linden und bei Wagner, Markgrafenstraße, statt.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Verein Freier Kindergarten. Auf die seinerzeit an den preußischen Ministerpräsidenten gerichtete telegraphische Beschwerde gegen die behördliche Schließung des Freien Kindergartens in Charlottenburg ist nunmehr auf dem Umwege über den Kultusminister und die königl. Regierung in Potsdam eine Antwort eingelaufen.

Die Zuschrift der Regierung berührt die — in ihren Voraussetzungen falsche — materielle Begründung der Schließung des Kindergartens mit keinem Worte, sondern konstatiert nur, daß die Beschwerde abzuweisen sei, da die Regierung auf Grund einer Staatsministerial-Instruktion vom 31. Dezember 1839 (!) die Macht habe, so wie geschehen zu verfahren. Basta!

Da für viele die Rechtsbasis der behördlichen Machtvollkommenheit gegenüber erziehlichen Einrichtungen für die vorschulpflichtige Jugend einigermaßen dunkel gewesen ist, war es vielleicht nützlich, die angezogene Ministerialinstruktion, welche alle Erziehungsanstalten der Aufsicht des Staates unterstellt und konzessionspflichtig macht, aus dem Staube der vormärzlichen Akten herauszuholen. Es wird nun die Losung aller Freunde einer freiheitlichen Entwickelung sein müssen, auch die Kleinkinderanstalten der bureaukratischen Willkür zu entziehen und sie unter die Kontrolle der Gesetzgebung durch eine wahrhafte Volksvertretung zu stellen.

In der am 26. August stattgehabten Sitzung der Delegierten zur Charlottenburger Gewerkschaftskommission erstattete der Genosse Albert Wilde Bericht über die Tätigkeit des hiesigen Gewerbegerichts für die Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1907. Aus dem reichhaltigen Zahlenmaterial seien hier einige Zahlen wiedergegeben. Danach wurden Klagen erhoben von Arbeitgebern gegen Arbeiter 13, im Vorjahre 1905/06 18; von Arbeitern gegen Arbeitgeber 1249, im Vorjahre 1142, und von Arbeitern gegen Arbeiter 4, im Vorjahre 4. Insgesamt 1266 Streitfälle im Berichtsjahre gegenüber 1164 Streitfällen im Jahre zuvor. Auf das Baugewerbe und Bauhandwerk entfallen von diesen Klagen 501, im Vorjahre 480; Fabriken aller Art 63, im Vorjahre 49; für das übrige Handwerk und Gewerbe 685, im Vorjahre 616. Nicht zuständig war das Gewerbegericht in 17 Fällen gegen 19 im Vorjahre. Vergleiche kamen im Berichtsjahre 474 gegen 434 im Vorjahre vor dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts und 102 gegen 72 des Vorjahres vor dem ordentlichen Spruchgericht zustande. Die Höchstzahl der an einem Tage verhandelten Klagen belief sich auf 30 vor dem Vorsitzenden und 12 vor dem Spruchgerichte, die Jahresdurchschnittszahl auf 23 vor dem Vorsitzenden und neun vor dem Spruchgericht. — Als Einigungsamt ist das Gewerbegericht im Berichtsjahre nicht in Anspruch genommen. Eine Diskussion über den Bericht fand nicht statt. Auf Anregung des Obmannes Genossen Flemming sollen die einzelnen Gewerkschaften in ihren nächsten Versammlungen den Bericht einzeln besprechen. Denjenigen Gewerkschaften, die keinen Gewerbegerichtsbeisitzer in ihrer Mitte haben, wird sich der Genosse Wilde zur Verfügung stellen.

Nunmehr wurde die in der vorigen Sitzung abgebrochene Debatte über den vierten Genossenschaftstag in Düsseldorf zu Ende geführt. An derselben beteiligten sich u. a. noch die Genossen Storch, Krause, Sellin, Spörer und Schütze. Besondere Momente traten nicht mehr zutage. Nach den Schlußworten der Referenten Genossen Gebert und Winter einigte man sich schließlich zur Annahme folgender Resolution des Genossen Richter. Sie lautet: Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission sieht in der Annahme der Resolution v. Elm eine Tatsache, die nicht geeignet ist, ein gedeihliches Zusammenarbeiten der Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung zu fördern. Dessenungeachtet ist sie der Ansicht, daß nur ein tatkräftiges Eintreten der Gewerkschaftsgenossen für die Genossenschaftsbewegung eine Bürgschaft dafür bietet, daß der teilweise noch in den Konsumvereinen herrschende rückständige Geist verschwindet."

Unentschuldigt fehlten die Vertreter der Buchbinder, Gastwirtsgehilfen, Maschinisten und Heizer, Schmiede und Steinsetzer.

Infolge Verstellens einer Weiche durch einen Knaben ist gestern nachmittag an der Ecke der Kurfürsten- und Nürnbergerstraße ein schwerer Zusammenstoß im Straßenbahnbetriebe herbeigeführt worden. Kurz vor dem Herannahen eines Straßenbahnzuges der Linie R hatte ein junges Bürschchen an der erwähnten Kreuzung die Weiche umgestellt. Der Wagenführer, der dies nicht bemerkt hatte, fuhr über die Weiche hinweg, ohne sie wieder umzustellen und da in diesem Augenblick aus der entgegengesetzten Richtung ein Automobil herangefahren kam, so war ein Zusammenstoß unvermeidlich. Der Chauffeur des Automobils war natürlich der Meinung gewesen, daß der Straßenbahnwagen die vorschriftsmäßige Richtung einhalte und er fuhr infolgedessen auf das Gleis, auf das durch die falsche Weichenstellung der Straßenbahnzug geriet. Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Gewalt, daß das Automobil am Vorderteil fast gänzlich zertrümmert wurde. Die in dem Kraftwagen sitzende 74jährige Frau Albu, Marienburgerstraße 4, wurde durch umherfliegende Glasscherben an der Stirn und an der Schläfe erheblich verletzt. Sie erhielt die ersten Notverbände auf der Unfallstation. Auch der Motorwagen wurde beschädigt. Der Urheber des Unfalles hatte es inzwischen vorgezogen, das Weite zu suchen.

Rixdorf.

Einen seltsamen Selbstmordversuch unternahm vorgestern die in der Friedelstr. 47 wohnhafte Schneiderin Elvira E. Das junge Mädchen stellte einen mit Braunkohlen gefüllten Eimer in die Mitte des Zimmers und zündete die Kohlen an. Durch Einatmen der aufsteigenden giftigen Gase versuchte sie sich dann ums Leben zu bringen. Nach einiger Zeit kam eine Freundin der E. hinzu. Diese fand das junge Mädchen bereits bewußtlos auf. Ein Arzt stellte mit Hülfe des Sauerstoffapparates Wiederbelebungsversuche an, die auch von Erfolg gekrönt waren. Die Lebensmüde fand im städtischen Krankenhause Aufnahme.

Schöneberg.

Die Wählerlisten liegen nur noch heute aus. Wer noch nicht Einsicht genommen hat, beeile sich, dies zu tun. Nur wer in der Liste verzeichnet steht, kann sein Wahlrecht zur Stadtverordnetenwahl ausüben. Die Listen liegen aus von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags im Rathause am Kaiser Wilhelmplatz, Zimmer 2 des Quergebäudes. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Listen können nur noch heute erhoben werden.

Die „Blanke Hölle", jener kleine Pfuhl an der Tempelhof-Schöneberger Grenze, der im Sommer von den Bewohnern beider Orte gern als Ausflugsziel gewählt wurde, ist dem Untergang geweiht. Die Schöneberger Hälfte des Weihers ist bereits zugeschüttet, um Raum für die Anlage neuer breiter Straßen zu schaffen. Auch Tempelhof wird nunmehr seinen neuen Ortsteil an der Friedrich Wilhelmstraße bis zur „Blanken Hölle" ausdehnen und dadurch muß naturgemäß dieser alte Teich verschwinden.

Wilmersdorf.

Die organisierten Frauen des Kreises Teltow hatten zum Dienstag, den 27. d. M., nach Wilmersdorf eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer einberufen, die sich eines regen Besuches erfreute; auch von den nächstgelegenen Orten der Umgebung waren zahlreiche Besucher beiderlei Geschlechts erschienen. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Bericht vom internationalen Kongreß, den die Vertrauensperson des Kreises, Genossin Frau Thiel-Tempelhof gab. Freudig bewegt überbrachte sie der Versammlung aus Stuttgart die Grüße der Schwestern und Brüder der ganzen Welt. Rednerin betonte, daß dieser internationale Kongreß mit seiner geradezu gewaltigen Demonstration an den Ufern des Neckars auf jeden Delegierten einen erhebenden, begeisternden Eindruck gemacht habe und diese überwältigende, durch den Sozialismus vereinigte Heerschau von Kampfgenossinnen und Genossen aus allen Erdteilen wird allen Beteiligten unvergeßlich bleiben. Rednerin beschränkte sich in ihrem Bericht im wesentlichen auf die Arbeiten der dem eigentlichen Kongreß voraufgegangenen Frauenkonferenz, und streifte nur kurz die übrigen Verhandlungen. Auf eine Wiedergabe des Berichtes kann hier verzichtet werden, da ja während der Tagung des Kongresses ausführliche Berichte im „Vorwärts" enthalten waren. Zum Schluß forderte die Rednerin die anwesenden Frauen und Mädchen auf, in Zukunft mit allen Kräften die Frauenbewegung fördern zu helfen. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Bericht schloß sich nun eine kurze Diskussion an der sich Genossin Bäumler-Schöneberg beteiligte und hauptsächlich die miserablen Zustände in unseren Volksschulen kritisierte. Als Delegiertin zum Essener Parteitag wurde einstimmig Genossin Tölle-Wilmersdorf gewählt. Als Delegiertin zur Provinzialkonferenz wählte die Versammlung die Genossin Bäumler-Schöneberg und zur Preußenkonferenz die Genossin Thiel-Tempelhof. Zum Schluß forderte die Vorsitzende Genossin Tölle die anwesenden Frauen auf, sich dem Frauen- und Mädchenbildungsverein anzuschließen und gab bekannt, daß der Verein am Sonnabend, den 21. September, sein zweites Stiftungsfest feiert und zwar in der Form eines Heine-Abend.

Groß-Lichterfelde.

Ihren Verletzungen erlegen ist das 25 Jahre alte Dienstmädchen Wilhelmine Schlüter, die, wie wir meldeten, vor einigen Tagen beim Austragen von Backware infolge eines Krampfanfalles in einem Hause in der Bismarckstraße die Treppe hinunterstürzte. Das Mädchen hatte sich eine schwere Verletzung des Rückgrats zugezogen, an deren Folgen es trotz der sorgfältigsten ärztlichen Behandlung im Kreiskrankenhause verstarb. Das Schicksal der Sch. ist umso bedauernswerter, als das junge Mädchen in wenigen Wochen Hochzeit feiern wollte.

Steglitz.

Wie die Vandalen gehaust haben Einbrecher, die in der vergangenen Nacht der in der Mariendorferstraße belegenen Laubenkolonie einen Besuch abstatteten. Die Diebe erbrachen hier nicht weniger als 20 Lauben, in denen sie sämtliche Gegenstände zerschlugen und unbrauchbar machten. Gestohlen haben die Einbrecher außer Getränken und Zigarren nur wenige Sachen.

Lichtenberg.

Die Steinsetzmeister gegen Steinsetzmeister. Die Baukommission hat sich bei der anbaufähigen Herstellung der Straße 5 (zwischen Rathaus und Ruschestraße) für Asphalt als Pflastermaterial entschieden. Veranlassung hierzu war im besonderen der Ring der Steinsetzmeister, durch den die Offerten ersichtlich beeinflußt waren. Die Kommission war sich einig, daß diesem Ringe gegenüber nur Selbsthülfe geboten ist und wird mit dem neuen Etatsjahr durch die Einstellung einer Steinsetzerkolonne als Gemeindearbeiter der Preistreiberei begegnen. Bei den großen Pflasterarbeiten des kommenden Frühjahrs dürfte diese von unseren Genossen so oft angeregte Einrichtung ins Leben treten. Der Landrat verlangt auf dem Verordnungswege unter Androhung von Zwangsmaßnahmen die Umpflasterung bezw. die Neubefestigung des Straßenzuges von der Berliner Grenze nach Hohen-Schönhausen.

Die von der Gemeinde beabsichtigte anbaufähige Herstellung dieses Straßenzuges, der gleichzeitig die Aufschließung des großen Baublocks an der nördlichen Gemeindegrenze ermöglichte, scheiterte bekanntlich an dem „größeren Interesse", das der „Besitz" an der Entwickelung der Gemeinde mitbringt und die „privilegierte Stellung" des Grundbesitzes rechtfertigen soll. Die „schwarze Brücke" im Zuge der Thaerstraße soll nun endlich mit einem Kostenaufwande von mehr als 200 000 Mark gerestellt werden. Die Gemeindevertretung hat der Stadt Berlin einen Beitrag von 15 000 Mark bewilligt. — 66 000 M. Konventionalstrafe hat die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktiengesellschaft bei der Verzögerung des Baues eines Gasbehälters verwirkt. Eine Einigung auf 7000 Mark soll der Gemeindevertretung vorgeschlagen werden.

Pankow.

Die Gemeindevertretung versagte zum zweitenmal die Mittel für den weiteren Ausbau der höheren Mädchenschule. Maßgebend für die Ablehnung ist, daß die Mittel außeretatsmäßig dazu verlangt werden. Da die Schule zu klein ist, soll in dem der Gemeinde gehörigen Mietshause an der Schönholzerstraße die obere Etage zu Schulräumen eingerichtet werden: dieses Provisorium erfordert an Baukosten zirka 5000 M. Des weiteren soll bereits am 1. Oktober eine zweite zehnte Klasse eingerichtet werden, weil die acht Schülerinnen, welche jetzt in einer Klasse unterrichtet werden, in eine Ostern- und Michaelisklasse geteilt werden sollen. Für diese vier Schülerinnen sollen an neu einzustellenden Lehrkräften 1800 M. Kosten entstehen; wie aber dem Gemeindevorstande nachgewiesen wurde, bringen die vier Schülerinnen zirka 500 M. ein und erfordern eine Ausgabe von zirka 7000 M. Erheiternd wirkte die Versicherung, daß man eine wissenschaftlich geprüfte Lehrerin für 100 M. pro Monat bekäme und daß die Damen sich noch dazu drängen, um eine derartige Stelle zu bekommen; auch hier wurde betont, daß ein Oberlehrer mit 2000 M. Anfangsgehalt eingestellt werden müsse. Während das Gros der Gemeindevertreter aus sachlichen und pekuniären Gründen die Vorlage ablehnte, gab Gemeindevertreter Holtkötter die Erklärung ab, „daß er die Schülerinnen ihrem eigentlichen Beruf als Gattin und Mutter nicht entziehen will und deshalb die Vorlage ablehne," eine Erklärung, die von dem sozialdemokratischen Redner richtig beleuchtet wurde. Für dieselbe Schule wurden die Mittel zur Anschaffung von Bänken bewilligt. Für den Bürgerpark wurden für Gewächshäuser und Heizungsanlagen zirka 8000 Mark bewilligt. Desgleichen 8200 Mark für die im Bürgerpark noch nötigen Bedürfnisanstalten. Dem Vaterländischen Bauverein, welchem das der Gemeinde gehörige Grabenterrain mit 700 M. die Rute verkauft werden soll, ist der Preis zu hoch; die Kommission und der Gemeindevorstand ersuchten, den Preis auf 500 M. zu ermäßigen, welchen Vorschlag die Vertretung ablehnte. Damit bleibt es bei dem festgesetzten Preise. — Die Verbreiterung der Fließbrücke und die Pflasterung des Woltersdorfer Weges in Mühlenbeck, zu welcher die Gemeinde Pankow als Gutsbesitzer verpflichtet ist, haben 13 500 M. Kosten verursacht. Da keine Mittel vorhanden sind, soll diese Summe der aufgenommenen Anleihe zur Aptierung der Rieselfelder entnommen werden.

Tegel.

Tödlich verunglückt ist gestern vormittag kurz nach 1/2 10 Uhr auf dem Grundstück Schlieperstr. 80 ein junger Maurer, der 19 Jahre alte Sohn des Poliers Gnesener, Hermann Gnesener. Die Firma Wilhelm Lucas läßt dort auf dem ihr gehörenden Grundstück ein Nebengebäude aufführen, das Stallzwecken usw. dienen soll. Für dasselbe waren Fundamentierungsarbeiten notwendig, die eine tiefe, kanalähnliche Ausschachtung erforderlich machten. In dem so gebildeten Erdschacht errichteten nun zurzeit der junge Gnesener und ein anderer junger Maurer die Fundamentmauer. Nach der Frühstückspause entfernte nun Gnesener, dem überdies von seinem Vater die Vertretung als Polier übertragen war, eines der unteren Abstufungsbretter infolge des Fortschreitens der Mauerarbeiten. Er unterließ es dabei aber, die übliche Ausfüllung des Raumes zwischen Mauer und Ausschachtungswand vorzunehmen. So kam es, daß das freiwerdende Erdreich nachrutschte und die darüber etwa drei Meter hoch lagernden Erdmassen nach sich zog. Die stürzenden Massen fielen gerade auf den jungen Mann zu, der sich zwar auf den fertigen Mauerteil zu retten suchte, dabei aber schon umgerissen und verschüttet wurde. Sein Mitarbeiter brachte sich noch eben durch einen Sprung in Sicherheit und alarmierte dann Rettungsmannschaften. Es zeigte sich aber, daß nur wenige arbeiten konnten, da die Gefahr eines weiteren Erdrutsches nicht ausgeschlossen war. Es gelang bald, den höher liegenden und weniger mit Erde bedeckten Kopf des Verunglückten freizumachen. Er lebte noch. Fieberhaft wurde nun gearbeitet. Nach bangen Minuten gelang es, den Körper gänzlich freizumachen, aber es war bereits zu spät. Die schwere Erdlast hat wahrscheinlich erhebliche innere Verletzungen verursacht, außerdem konnte die Lunge nicht mehr arbeiten und infolgedessen war der Tod durch Erstickung eingetreten. Die Unglücksstelle wurde polizeilich gesperrt.

Potsdam.

Feuer im Garnisonlazarett. Infolge Ueberheizung der Rippenrohrheizanlage geriet Mittwoch mittag gegen 12 Uhr die auf dem Trockenboden, der sich oberhalb des Maschinenhauses befindet, aufgehängte Wäsche in Brand. Das Feuer griff schnell um sich und dehnte sich auch auf die nebenan befindliche Rollkammer aus, die aber dank des tatkräftigen Eingreifens der städtischen Feuerwehr gerettet werden konnte. Da das Feuer auch auf den Turm übergriff, war für kurze Zeit der ganze Bau gefährdet, doch konnte ernste Gefahr schnell beseitigt werden. Der Schaden beläuft sich auf 1500 M.

Vermischtes.

Die Leiche im Koffer. Der mysteriöse Leichenfund im „Badischen Hof" zu Calw ist jetzt anscheinend völlig aufgeklärt. Die Behörden von Calw haben eine Erklärung erlassen, in der es heißt: Der Untersuchungsrichter und der Arzt haben den Koffer, in dem die Leiche des Knaben gefunden wurde, noch einmal einer Durchsicht unterzogen. Sie erklären, daß die Wahrscheinlichkeit eines Unglücksfalles sehr nahe liegt. Der Knabe versteckte sich im Koffer, der sich infolge einer Bewegung des Knaben von selbst zudeckte. Dem gefangenen Knaben war es unmöglich, sein Gefängnis zu sprengen. Da der Koffer zur Hälfte mit Flickwerk angefüllt war, scheint der Luftzug kein genügender gewesen zu sein. Dieser Umstand und die Angst, die der Eingeschlossene ausgestanden, scheinen ihn allmählich entkräftet zu haben, und als Personen den Raum betraten, war es ihm wahrscheinlich unmöglich, ein wahrnehmbares Zeichen zu geben. Im Laufe der Nacht trat der Tod des bedauernswerten Kindes ein. Für einen Unglücksfall sprechen auch die Spuren, die an den Seitenwänden des Koffers, an der Stelle, wo sich die Füße befanden, sichtbar sind, und die nur durch vergebliche Befreiungsversuche entstanden sein können. Das Kind hat sich die eigenen Kleidungsstücke in der Verzweiflung zerrissen. Auf Grund dieses Ergebnisses hat die Untersuchungsbehörde das Verfahren gegen einen verhafteten Diener eingestellt.

Eisenbahnzusammenstoß. Amtlich wird aus Rathenow vom gestrigen Tage gemeldet: Der um 8¾ Uhr von Neustadt an der Dosse in Rhinow eintreffende Personenzug der brandenburgischen Städtebahn fuhr heute vormittag im Bahnhofe Rhinow infolge falscher Weichenstellung auf einen Güterzug. Bei dem Zusammenstoß wurden die Lokomotive des letzteren und zwei Güterwagen stark beschädigt. Die letzten Wagen des Güterzuges haben sich durch den Anprall hoch aufgetürmt. Personen sind nicht verletzt worden. Der Zugverkehr auf der brandenburgischen Städtebahn erleidet Verspätungen.

Typhus in Magdeburg. Wie der „Magdeburgischen Zeitung von amtlicher Seite mitgeteilt wird, sind seit dem 28. Juli hier 28 Typhusfälle vorgekommen. Von den Erkrankten sind zwei gestorben.

Die Genickstarre in Köln. Nach Mitteilung der Polizeiverwaltung sind seit Ende März 1907 unter der Zivilbevölkerung Kölns 69 Fälle von Genickstarre vorgekommen, von denen 41 Fälle tödlich verliefen.

Krieg im Frieden. Bei Utting rutschte, einer Augsburger Meldung zufolge, ein Geschütz der dritten Batterie des 7. Feldartillerieregiments über die Straßenböschung und zermalmte dem Kanonier Hüber den Kopf. Der Tod trat auf der Stelle ein. Zwei andere Kanoniere retteten sich durch rechtzeitiges Abspringen vom Protzkasten.

Neue Abstürze. Regierungsassessor Bauer aus Posen, der ohne Führer ging, ist nach einer Meldung aus Tiers (Tirol) vom Winklerturm in der Rosengartengruppe abgestürzt. Die Leiche wurde geborgen.

Aus Salzburg wird gemeldet: Zwei Wiener Touristinnen namens Herbst und Lechnik sind beim Besteigen des Reifhorndels abgestürzt und erlitten schwere Verletzungen.

Eine heftige Kesselexplosion erfolgte an Bord des Schleppdampfers „La Champagne", wobei zwei Heizer so schwer verbrüht wurden, daß sie kurze Zeit darauf starben.

Straßenbahnzusammenstoß. In Paris stießen gestern abend infolge falscher Weichenstellung zwei Straßenbahnwagen zusammen. Acht Fahrgäste wurden schwer verletzt.

Der Elektrobus in London. Seit sechs Wochen fährt durch die Straßen von London der mit Elektrizität getriebene Omnibus, Elektrobus genannt. Er soll diese Probezeit glänzend bestanden haben und alle anderen Omnibusarten in vieler Beziehung übertreffen. Jeder Wagen fährt 120 englische Meilen pro Tag und muß viermal geladen werden, was aber viel schneller geht als das Umspannen der Pferde beim alten Omnibus. Die Akkumulatoren reichen 30 Meilen weit, was vollständig genügt. Die „London Electrobus Company" beabsichtigt, 300 Wagen einzustellen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelsstätte Belleallianee, Durchgang auch Lindenstr. 101), wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

759 Schweiz. Uns sind die dortigen Verhältnisse nicht bekannt. — **W. L., Lüdenscheid.** Berlin, SW., Kochstr. 23. — **H. J. 205.** 1. Ja. 2. In beiden Orten erfolgt der Aushang. — **E. W. 169.** Wir haben vor derartigen Kassen immer gewarnt. — **Echt Freisinnig 00.** Tragen Sie Ihr Anliegen sofort dem Stadtverordneten Adolf Hoffmann, Berlin, Blumenstraße 14, vor. — **J. D.** Unterbreiten Sie Ihre Angelegenheit dem Vorstand des betreffenden Verbandes. — **Mirbachstr. 5.** 1. Ja. Unter Angabe der genauen Nationale. 2. Poststraße, Ecke Mühlendamm. 3. Fragen Sie an im Stiftungsbureau, Poststr. 16 II. — **A. K. 42.** 1. Von 1814 an fünf Jahre Dienstzeit, davon drei Jahre aktiv und zwei Jahre Kriegsreserve. 2. Ein-, Zwei- und Zweieinhalbsilbergroschenstücke. — **A. G. 10.** 1. Bis zum Schluß des Schulhalbjahres, was der Vollendung des 14. Jahres folgt. 2. Fragen Sie direkt an. 3. Herr Friederici, Südende, Mittelstraße 3. — **G. R. 1. 1. 1. 1. und P. St. 113.** Sie können von der Miete etwas abziehen. — **C. R. 52.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — **D. D. 50.** Fragen Sie in dem Krankenhause, in welchem Sie sich melden wollen, persönlich an. — **F. G. 79.** Je nach dem Umfange der aufzubewahrenden Gegenstände. — **M. T. 31.** Schreiben Sie an das Landgericht in Potsdam. — **R. D., Boeckhstr. 25.** Fragen Sie bei der Handelskammer, Dorotheenstr. 7/8, an. — **100 L.** Die Sparkasse wird kaum imstande sein, Auskunft zu erteilen. — **B. 100.** Nein. — **R. C. 3.** Nein. — **M., Westfalen 39.** Das Statut der betreffenden Stiftung ist maßgebend. Meistens besteht die Rückzahlungspflicht. — **L. L. 2829.** Sie haben keinen Pflichtteilsanspruch. — **R. 51, Luckenwalde.** Sie hätten die Pachtsumme zahlen und wegen des Verlustes klagen sollen. Jetzt erscheint ein Prozeß aussichtslos. — **E. St. 35.** Ihre Frage ist ohne genauere Angabe des Sachverhalts nicht zu beantworten. Lesen Sie § 104 der Strafprozeßordnung. — **M. G. 33.** 1. 27. August bis 26. Dezember 1896. 2. Nein. — **F. G. 50.** Bis zum vierten Lebensjahre. — **G. F. 33.** Zahlen. — **K. H. 30.** Kläger muß Ihren Chef benachrichtigen. — **O. W., Rummelsburg.** Wegen der Beschädigung der Bettstelle können Sie sich an die Miete halten, im übrigen müssen Sie zahlen. — **H. B.** Wenn die Benutzung der Wohnung mit einer erheblichen Gefährdung Ihrer Gesundheit verbunden ist, können Sie ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist ziehen. — **P. Sch.** 1. Nein. 2. Ja. 3. Es ist nur ein Antrag erforderlich. 4. Auf Auflassung können Sie nicht klagen. — **H. L. 2. Paris.** Wahrscheinlich niemals, da die Verjährung regelmäßig unterbrochen wird. — **Offerte 26 und W. 35.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **H. W. 38.** 1. Ihr Vertreter muß die Anberaumung eines neuen Termins beantragen. 2. Eine Frist besteht nicht. 3. Das Teilurteil erledigt nur einen Teil des Prozesses. 4. Nur vor dem Amtsgericht. — **L. W., Rixdorf.** Sie können mit sicherem Erfolg klagen. — **O. K. 46.** Sehen Sie in Stadthagens „Arbeiterrecht“ nach. — **Barbarossastraße.** Der Inhalt des von dem Hauseigentümer mit dem Portier und den Mietern geschlossenen Vertrages ist maßgebend. — **H. 39.** Dem Arzt gegenüber sind Sie zur Zahlung verpflichtet. Sie können dann von der Mutter Ersatz verlangen. — **F. M. 20.** 1. Sie haben kein Recht vom Kontrakt entbunden zu werden. 2. Die Möbel Ihrer Ehefrau kann der Wirt nicht einbehalten. — **L. 12.** Nein. — **W. 28.** Nein. —

Witterungsübersicht vom 29. August 1907.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemünde	766	SSO	2	heiter	14	Haparanda	763	NO	4	wolkenl	7
Hamburg	764	OSO	2	heiter	13	Petersburg	759	NW	1	wolkig	10
Berlin	766	SO	2	bedeckt	12	Scilly	762	SW	1	halb bd.	14
Frankf. a. M.	762	NO	2	wolkig	16	Aberdeen	757	SW	2	heiter	12
München	763	SW	5	wolkig	20	Paris	761	S	3	bedeckt	17
Wien	764	Still	—	Dunst	17						

Wetter-Prognose für Freitag, den 30. August 1907.
Bei mäßigen südwestlichen Winden nachts wärmer; veränderlich und öfters Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 30. August.
Anfang 7½ Uhr.
Kgl. Opernhaus. Cavalleria rusticana. Coppelia.
Kgl. Schauspielhaus. Die Rabensteinerin.
Deutsches. Robert und Bertram.
Kammerspiele: Gyges und sein Ring. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues königl. Operntheater. Wiener Blut.
Berliner. Die tanzenden Männchen.
Lessing. Hedda Gabler.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Troubadour.
Schiller Charlottenburg. Der Herr Senator.
Neues Schauspielhaus. Raffles.
Neues. Der Dieb.
Komische Oper. Tosca.
Westen. Die lustige Witwe.
Lustspielhaus. Husarenfieber.
Zentral. Das Tagebuch einer Verlorenen.
Kleines. Vater und Sohn.
Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Thalia. Ihr Sechs-Uhr-Onkel.
Bernhard Rose. Der große Unbekannte. Anfang 8½ Uhr. Nachmittags 4½ Uhr: Einer muß heiraten. Berlin in Italien. Verbotene Wege.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Apollo. Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Gebr. Herrnfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachtleben.
Passage. Bernardi. Spezialitäten.
Wintergarten. Anne Dancrey. Annie Dirkens. Spezialitäten.
Prater. Der Tanzteufel.
Figaro. Paris. — Die Klaue. — Unterm Bett.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Freitag, 30. August, abends 8 Uhr:
Die tanzenden Männchen.
Detektiv-Komödie in 4 Aufzügen von Ferdinand Bonn.

Kleines Theater.
Zum 48. Male:
Vater und Sohn.
Anfang 8 Uhr.
Sonnab.: Die Stimme der Unmündigen. Sonntagnachm. 3 Uhr: **Nachtasyl.** Sonntagabend 8 Uhr: **Die Stimme der Unmündigen.**

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Husarenfieber.

8 Uhr **Residenz-Theater.** 8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Freitag, 26. August:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwank in 3 Akten von Maurice Hennequin und Pierre Veber.

Zentral-Theater.
Täglich 8 Uhr: Das
Tagebuch einer Verlorenen.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Freitag, den 30. August:
Eröffnungs-Vorstellung.
Turandot.
Sonnabend: Turandot.
Sonntag nachm.: Das Rätsel seiner Ehe. Abends: Turandot.
Montag zum erstenmal: Gebildete Menschen.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.
Invalidenstr. 57—62: **Sternwarte.**
Täglich geöffnet von 7½—11 U. abds.

Zoologischer Garten
Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Rauchen überall gestattet.

Apollo Theater
Letzte Woche!
Das kolossale Augustprogr. U. a.:
8¼ **Humsti-Bumsti.**
9¼ **Schenk Bros.,** zwei Berliner Jungen.
10 Uhr: **Hartstein.**

Gebr. Herrnfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr.
Billettvorverkauf 11—2 Uhr.
Täglich: Die Novität
Madame Wig-Wag
Operetten-Burleske von Anton u. Donat Herrnfeld. Musik v. L. Zial.
Dazu die Separee-Affäre
Es lebe das Nachtleben!
mit den Autoren Anton u. Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
„Das Lied der Liebe“ und das „Anekdoten-Couplet“ aus der Operetten-Burleske „Mad. Wig-Wag“ sind im Theater sowie in allen Musikalienhandlg. zu haben.

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Im Garten. Anf. 4½ Uhr:
Das glänzende August-Programm.
Sperrsitz 50 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8½ Uhr:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 7/9.
Der Tanzteufel.
Spezialitäten 1. Ranges.
Auftreten der **Löwenbraut Tilly Bébé** mit ihren dress. Löwen.
Konzert und Ball.
Anfang 4½ Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Morwitz-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr:
Abschiedsvorst. **Heinrich Bötel: Der Troubadour.**
Oper in 4 Akten von G. Verdi.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Schluß der Opernsaison.
Populäre Vorstellung b. halb. Preisen:
Figaros Hochzeit.
Sonntag: Wiedereröffnung der Schauspielsaison nachm. 3 Uhr:
Traumulus.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Weh' dem der lügt.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Der Herr Senator.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schönthan u. Gustav Kadelburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Götz von Berlichingen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Monna Vanna.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76—79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit n. allen Stadtricht.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: **Ob Regen!**
Riesen-Lacherfolg.
Landsberger Allee auf Stelzen.
The Reros, konkurrenzlose Neuheit. **Heinz Heuer,** prolongiert.
Dazu das **neue** brillante August-Programm.
Anf. 3 Uhr. Kaffeeküche. Volksbelustig. aller Art. Entree 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Dampfer-Extrafahrten am Sonntag, d. 1. September
von der Waisenbrücke. Nach **Teupitz**
letzte diesjährige Fahrt. Abfahrt 7 Uhr. Fahrpreis hin u. zurück 2 M.
Nach Krampenburg Abf. 9¼ u. 2 Uhr — Fahrpreis hin und zurück 75 Pf. Einfach 50 „ Kinder 25 „
„ **Heideschloß Hohenbinde** Abfahrt 10 Uhr
Abfahrt von **Café Alsen** je ½ Stunde später.
Reederei L. Kahnt Stralau-Berlin, Tel. Amt VII 580 und 13 459.
Nächste Woche täglich nach Krampenburg und Hohenbinde.

Passage-Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler
Arturo
Bernardi
! und das neue großartige !
August-Programm.
14 Attraktionen 14.

Wintergarten
Anne Dancrey, Pariser Säng.
The 8 English Girls, Gesangs- und Tanztruppe.
Die 4 Barowskys, Akrobaten, „Die Bauernjungen im Walde“.
Le Roy Talma u. Bosco, Zauberkünstler.
Agoust, komischer Jongleur.
George B. Reno Company, amerikanische Exzentriks.
Annie Dirkens.
Olga Preobrajensky, Prima Ballerina, u. M. Legat, Solotänzer v. d. kais. Hofoper in Petersburg.
Papinta, amerikan. Phantasie- und Spiegeltänzerin.
Kellino Truppe, „In Venedig“.
The Hartleys, Springer. Der Biograph.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13/15.
Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: **Sommerfest.**
Jeden Mittwoch:
Die beliebten Kinderfeste.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Theater an der Spree
Köpenickerstraße 68.
Voranzeige!
Sonnabend, den 31. August:
Eröffnungs-Vorstellung:
Der Aktienbudiker.
Gesangsposse von D. Kalisch.
(Josefine Dora, Heinz Gordon, Marie Grimm-Einödshofer usw.)

Walhalla Varieté-Garten
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Neue Spezialitäten.
Dressierte Bären.
Anf.: Konzert 5; Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter Vorstellung im Theater 8 Uhr.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Rose.
Heute: **Großer Elite-Tag!**
Die Theaterprinzessin.
Das erstklassige Spezialitäten-Programm.
Mr. Hopkins. ✕ Anton Sattler.
The D... ann Family.
Rosa und Josefa Blazeka, d. zusammengewachsene Zwillingspaar.
Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4½ Uhr.
Elite-Ball.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Zum letzten Male:
Abends 9½ Uhr:
Der Lebensretter
oder: **Wohltun trägt Zinsen.**
Lebensbild mit Gesang in 3 Akten.
Anf. 6 Uhr. Kaffeeküche 3 Uhr.
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6

Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntags, Montags, Donnerstags:
Hoffmanns Nordd Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Sonntags Beginn 5, wochentags 8 Uhr.

Neue Welt
Hasenheide 108-114.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert
und
Spezialitäten-Vorstellung
Hervorragendes Programm.
Unter anderem:
Conte Seranos Löwen-Dressuren.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönh. Allee 148, Kastan.-Allee 97/99.
Ältestes Volkstheater Berlins.
Heute: **Kinderfreudenfest.**
Das Riesen-August-Programm.
U. a.: Die Racingtruppe, Kramer-Trio, Max Réo, Gaffron usw.
Großer Jubel!
Der Bombardier im Feuer.
Im Saale: **Großer Ball.**
Anfang 4½ Uhr. Entree **30** Pf.
Ab 1. September: **Karl Braun.**
Am 5. September Doppel-Benefiz-Vorstellung für Minnie Russo und Willy Fröbel:
Der Raub der Sabinerinnen.

Kasino-Theater.
Lothringerstr. 37. Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, den 31. August:
Eröffnungs-Vorstellung.
Die wilde Jagd.
Lustspiel in 4 Akten v. **Ludwig Fulda.**
Vorher das Eröffnungs-Programm.

Schweizergarten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.

Britton als Ente im Familienbad Wannsee.
Anf. Wochent. 8. Sonntags 7 Uhr.

Volksgarten-Theater.
Bad-Behmstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Bellermannstraße.
Die Veilchenfee.
Volksstück m. Gesang in 2 Akten von W. Gericke. Musik von Max Schmidt.
Hierzu:
Das neue
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Volksbelustigungen.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer — Stralsunderstr. 1.

EINSEGNUNGS-Anzüge
von 12 M. an bis zu den elegantesten, fertig u. nach Maß.
5805L **S. Levy, Charlottenburg,** Scharrenstr. 36.

Partei-Speditionen:

Zentrum I: Fritz Zinke, Mauerstr. 89.
Zentrum II: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Bülowstr. 52, Hof. Süden und Südwesten: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Wengels, Rüdersdorferstr. 3, am Küstrinerplatz. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Zucht, Weidenweg 42 (Laden).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzwedelerstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Weitze, Nazarethkirchstraße 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Raschke, Ackerstr. 36, Eingang Anklamerstraße.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Lychenerstr. 123.
Alt-Glienicke: Wilhelm Dürre, Rudowerstr. 83 II.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Sesenheimerstraße 1, Ecke Goethestraße, Laden.
Wilmersdorf-Halensee: Georg Feese, Berlinerstr. 46, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seifel, Kronprinzenstraße 50, I.
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Grünau: Otto Schröder, Köpenickerstr. 1.
Rixdorf: M. Heinrich, Neckarstraße 2, im Laden.
Schmargendorf: Gustav Kaminsky, Cunostraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Tempelhof: M. Müller, Berlinerstr. 41/42.
Ober-Schöneweide: Julius Grunow, Edisonstr. 10, I.
Nieder-Schöneweide: Bonakowsky, Hasselwerderstr. 8.
Johannisthal: Franz Hünold, Bismarckstr. 7.
Adlershof: Erich Steuer, Hackenbergstr. 5, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Luckenwalderstraße 4b.
Köpenick: Friedrich Woick, Kietzerstr. 6, Laden.
Friedenau-Steglitz-Südende: H. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a.
Mariendorf: Paul Müller, Bergstr. 35, Hof I.
Baumschulenweg: Stock, Ernststr. 2, II.
Treptow: Rob. Gramenz, Kiefholzstraße 412, Laden.
Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: P. Gursch, Provinzstraße 108, II.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10.
Pankow-Niederschönhausen: G. Freiwaldt, Mühlenstr. 73.
Bernau: Heinrich Brose, Hohesteinstr. 74, part.
Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Alfons Grätz, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I.
Teltow: Wilhelm Kessler, Hohersteinweg 7.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Priesterstr. 46.
Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.**
Bitte ausschneiden.

Die dem
Veilchenseifenpulver
„Marke Kaminfeger“
beiliegenden Geschenke sind ausnahmslos nur nützliche, prächtige Gegenstände, die viel Freude machen.
In den meisten Geschäften à 15 Pf. zu haben.
Vorsicht beim Einkauf! Man achte auf die „Schutzmarke Kaminfeger“!
Fabrikant: **Carl Gentner, Göppingen.**

Alleinverkauf für Berlin und Umgegend: **Andreas Caspar, Berlin SO., Josephstr. 11.**

Palast-Theater.
Burgstraße 24.
Sonnabend, den 31. August, 8 Uhr:
Wiederbeginn
der
Vorstellungen.
Glänzendes Programm.
Zum erstenmal in Berlin:
Das schwimmende Theater.
Das Tollste vom Tollen.
Die 5 Harnos. Akrobaten usw.
Entree 50 Pf.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Braatz' Amerikanischer
Affen-Zirkus
a la Brockmann.
Am Prenzlauer Tor.
Täglich: **Gr. Vorstellung** 8½ Uhr. Außerdem Sonntags, Feiertags, Mittwochs u. Sonnabends nachm. 4 Uhr: **Extra-Kinder- u. Familien-Vorstellung.**

CIRCUS
NORTON B. SMITH
Schöneberg, Ecke Haupt- u. Akazienst.
Täglich 8 Uhr gr. Vorstellung.

Charlottenburg.
Sozialdemokratischer Wahlverein.
Montag, den 2. September, abends 8 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
im Volkshause, Rosinenstraße 3.
Tagesordnung: 1. Bericht vom Internationalen Kongreß in Stuttgart. Referent: **Fritz Zietsch.** 2. Diskussion. 251/3*
Um zahlreichen Besuch (auch der Frauen) ersucht
Der Vorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands
Zweigverein Berlin. — Sektion der Putzer.
Achtung! **Putzer!** Achtung!
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 1. September 1907, vormittags 10 Uhr, in Freyers Fest-Sälen (großer Saal), **Koppenstr. 29.**
Tages-Ordnung:
1. **Endgültige Beschlußfassung betreffs der Extrabeiträge sowie der Unterstützungsfrage.** 2. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
134/14 **Der Vorstand.** J. A.: Ernst Schulze.

Verband der baugewerbl. Hülfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin und Umgegend.
Telephon: Amt IV Nr. 4493. Verbandsbureau: Engel-Ufer 16, pt. Telephon: Amt IV Nr. 4493.
Sonntag, den 1. September, vormittags 10 Uhr, in der „Neuen Welt", Hasenheide 108–114:
Allgemeine
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Ueberblick über unsere Bewegung. 2. Unsere vorzunehmende Bücherkontrolle. 3. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Eintritt. 47/8
Recht regen Besuch erwartet **Der Zweigvereinsvorstand.**
NB. Die für diesen Monat fällige Mietsunterstützung wird am Sonnabend, den 31. d. M., (morgen) ausgezahlt. Mitgliedsbuch und Streikkarten sind hierbei vorzulegen. Die Auszahlung findet im Gewerkschaftshause, Saal 4, statt. D. O.

Bekanntmachung
der
Gemeinsamen Ortskrankenkasse für Mariendorf und Umgegend.

Die von der Generalversammlung am 15. April 1907 beschlossene Statutenänderung ist zu den §§ 7 Absatz 2, 10 Absatz 1 und 2, 14 Absatz 1, 16 und 30 Absatz 1 durch die Aufsichtsbehörde genehmigt, sie tritt mit dem 2. September d. J. in Kraft und erhält der § 30 Absatz 1 folgenden Wortlaut.

Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen:
- Klasse I. Für alle in Fabrikbetrieben des Kassenbezirks beschäftigten männlichen Personen über 16 Jahr, ausschließlich der Lehrlinge . . . . 75 Pf.
- Ia. Für alle nicht in Fabrikbetrieben, aber in den Ortschaften Mariendorf mit Südende, Lankwitz und Marienfelde beschäftigten männlichen Personen über 16 Jahr, ausschließlich der Lehrlinge 63 Pf.
- II. Für alle übrigen im Kassenbezirk beschäftigten männlichen Personen über 16 Jahr ausschließlich der Lehrlinge 54 Pf.
- III. Für Lehrlinge und Kassenmitglieder unter 16 Jahr 27 Pf.
- IV. Für weibliche Kassenmitglieder über 16 Jahr . . . . . 33 Pf.
- V. Für weibliche Kassenmitglieder unter 16 Jahr . . . . 21 Pf.

Diese Statutenänderung tritt nach ihrer Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde mit dem ersten Montage desjenigen Monats in Kraft, der auf die ordnungsmäßige Bekanntmachung erfolgt.

Mariendorf, den 15. April 1907.
Der Vorstand.
R. Buth, Schriftführer. **F. Fischer,** Vorsitzender.
Genehmigt.
Potsdam, den 20. Juli 1907.
(L. S.)
Der Vorsitzende.
In Vertretung: **Joachimi.**

Anmerkung: Die zurzeit noch im Druck befindlichen Nachträge zur vorstehenden Statutenänderung dürfen in Kürze bei unseren Geschäftsstellen in Empfang genommen werden.
275/18 **F. Fischer,** Vorsitzender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Fräser
Karl Sufka
gestorben ist. 147/18
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dritten Kirchhofes in Pankow-Schönholz aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband der freien Gast- u. Schankwirte Deutschlands
Zahlstelle Berlin.
Den Kollegen zur Kenntnis, daß die **Frau** des Kollegen
Podschies
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 31. August, nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhause Moabit nach dem Heilands-Kirchhof in Plötzensee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
70/15 **Der Vorstand.**

Freie Vereinigung der Tapezierer Berlins u. U.
Am 27. August starb nach langer Krankheit unser Kollege
Paul Nickel.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
25315 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, der Schlosser
Alfred Saleschke
nach kurzem, schwerem Krankenlager im 20. Lebensjahre verstorben ist. 25805
Die trauernden Eltern und Geschwister.
Die Beerdigung findet Sonnabend mittag 1 Uhr von der Leichenhalle der Philipp Apostel-Gemeinde, Müllerstraße, aus statt.

Am Montag, den 26. August, entschlief plötzlich meine innigst geliebte Frau, unsere gute Mutter
Hedwig Potschies
geb. **Grawe**
im 29. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 31. August, nachmittags 2 Uhr, vom Moabiter Krankenhaus, Birkenstraße, aus nach dem Heilands-Kirchhof in Plötzensee statt. 58072
Ferdinand Potschies nebst Kindern

Für die liebevollen Beweise innigster Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben unvergeßlichen Sohnes
Karl Roski
sagen wir hierdurch allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. **Petrus Roski** u. Frau
2581b nebst Kindern.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Firma Rutzner und dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verband hiermit meinen tiefgefühlten Dank.
Die trauernde Witwe 2590b
Klara Hempe.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Maurers
Wilhelm Thäle
sagen wir allen, insbesondere den Mitgliedern des Wahlvereins, des Gesangvereins „Rote Nelke 1", sowie sämtlichen Gewerkschaftskollegen, ferner dem Genossen E. Obst für die trostreichen Worte am Grabe unseren herzlichsten Dank. 58062
Die trauernde Gattin nebst Kindern.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein
für den Reichstagswahlkreis
Züllichau-Schwiebus-Krossen-Sommerfeld
(Ortsverein Berlin.
Sonnabend, den 7. Sept., in Hahns Festsälen, Große Frankfurterstr. 74,
5. Stiftungsfest
verbunden mit **Tanz, Gesangsaufführungen** und **humoristischen Vorträgen. Festrede,** gehalten vom Kandidaten des Kreises, Gen. **Grauer.** Um 12 Uhr **gr. Fackelpolonaise mit großer Ueberraschung.** Anfang 8½ Uhr. Herrenbillett 50 Pf., Damenbillett 30 Pf. Abendkasse findet nicht statt. Billetts sind zu haben bei den Gen. **Eitner,** Mirbachstr. 50, vorn III; **Lange,** Albauerstr. 18, Quergebäude I.
Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich eingeladen.

NB. Den Parteigenossen des Kreises zur Kenntnis, daß am **Sonnabend, den 31. August, abends 8½ Uhr,** eine
Mitgliederversammlung
des Vereins bei Genossen **Hoffmann,** Koppenstr. 47, stattfindet. Auf der Tagesordnung steht: Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Die Ortsvereinsvorstände aus dem Kreise werden anwesend sein.
Pflicht eines jeden Genossen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. 296/3 **Der Vorstand.**

Tausendfach bezahlt
macht sich die Broschüre Proestler **für jeden,** der dem Inhalte **Beachtung schenkt.**
Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft
ist zu beziehen durch **alle Buchhandlungen** (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre **A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volksausgabe,** 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bezw. 68 Pfg. für das Inland, Mk. 2.20 bezw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann **Michael Proestler in Würzburg** versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendaselbst Flugschriften und Prospekte.

Nur für Herren
welche Wert auf elegante Garderoben legen, bietet sich Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurterstraße 93 (zwischen Markus- und Krautstraße), mit gebrauchter moderner Kleidung zu versehen.
Wir beziehen unsere Anzüge, Paletots usw. teils aus ersten Abonnementshäusern, teils von Herrschaften, Doktoren, Kavalieren usw., die nur bei ersten Schneidern arbeiten lassen.
Es bieten sich daher für jedermann ganz enorme Vorteile, da sich unsere Garderoben der meist sehr mangelhaft angefertigten Konfektionsware gegenüber durch besonders gute Verarbeitung (vielfach auf Seide) und tadellosen Sitz auszeichnen. Wir empfehlen gereinigte, reinwollene 5786L*

	3 Monat getragene	2 Monat getragene	1 Monat getragene
Maß-Anzüge	8 M.	12 M.	16 M.
Maß-Paletots	6 M.	10 M.	14 M.

Kaufhaus für Monatsgarderoben
Große Frankfurterstraße 93
zwischen Markus- und Krautstraße.
Fracks und Gesellschaftsanzüge werden zu billigen Preisen verliehen.
Einziges christliches Geschäft dieser Art am Platze.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin. 93/8
Heute Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Drechsler-, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche.
Sonnabend, 31. August, in Boekers Festsälen und Garten, Weberstraße 17:
Großes Sommerfest
bestehend in
Konzert, Auftreten des Künstlerpaares Kraus sowie des Charakterkomikers Herrn Rosemann.
Nach dem Konzert: **Sommernachts-Ball.**
Anfang 7 Uhr. **Tanz frei! Ende ???**
Entree für Damen 30 Pf., für Herren 50 Pf.
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt. — Billetts sind auf dem Bureau zu haben.
Um gütigen Zuspruch ersucht **Das Komitee.**

Achtung! Achtung!
Zuschneider u. Zuschneiderinnen!
Die nächste Sitzung findet, wie allen Mitgliedern bereits bekannt, am **Freitag, den 30. August 1907, abends 8½ Uhr,** bei **Dräsels, Neue Friedrichstr. 35,** statt.
Tages-Ordnung:
1. **Der gegenwärtige Stand unserer Tarifbewegung und unser weiteres Verhalten.** Referent: Kollege **Käming.** 2. Verschiedenes.
Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.
NB. Zutritt haben nur diejenigen, die ihr Mitgliedsbuch mitbringen und nicht länger als 13 Wochen mit Beiträgen im Rückstande sind. 165/18

Tischler-Verein (E. H. 89)
Sonnabend, den 31. August 1907, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Vereinsangelegenheiten. 199/5 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. **Verwaltungsstelle Berlin.** Charitéstraße 3. **Hauptbureau:** Hof III. Amt 3, 1987.
Sonnabend, den 31. August, abends 8½ Uhr, bei **Kunke,** Schönwalderstr. 80:
Bezirks-Versammlung
für Spandau und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Bericht über die Abrechnung vom Vergnügen. 3. Bericht vom Gewerkschaftskartell. 4. Verbandsangelegenheiten. 147/17
Zu dieser Versammlung sind besonders die Kollegen der Firmen eingeladen: Orenstein u. Koppel, Rinow, Jastrow, Bugge, Wenz u. Co., Saffe, Knarr, Elektrische Zentrale. **Die Ortsverwaltung.**

H. Zimmermann
Berlin SO. **Juwelier** Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 5861L*
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur. Streng reell. — Billigste Preise.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein"
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität".
13/11
Touren
Sonntag, den 1. September.
1., 5. und 8. Abt. 7 Uhr: Rüdersdorf. 1 Uhr: 1. u. 5. Abt.: Müggelheim. Start: 1. Abt. Bülowstr. 58. 5. Abt. Elysium.
2. Abt. 2 Uhr: **Lankwitz** (Ebel, Marienfelderstr. 9). Start: Fontane-Promenade 15.
3. Abt. morgen Sonnabend, abends 8 Uhr: Herbstfest, Sanssouci, Kottbuserstr. 4a. Sonntag 2 Uhr: Hirschgarten (Wilhelmshof). Start: Mariannenplatz.
4. Abt. 5 Uhr: **Buckow** (Schweizerhaus). 1 Uhr: Schöneiche (Waldhaus). Start: Küstriner Platz.
6. Abt. 7 Uhr: **Grünheide** (Fielitz). 1 Uhr: Fichtenau (Gesellschaftshaus). Start: Genossenschaft, Oderbergerstraße 30.
7. Abt. Sonnabend 8 Uhr: Freienwalde. Sonntag 5 Uhr: Teupitz. 10 Uhr: Wannsee (Fürstenhof). Start: Grenzstr. 21.
8. Abt. 1 Uhr: Friedrichshagen. Start: Kriminalgericht.
9. Abt. 9 Uhr: Sarmund b. Luckenwalde. 1½ Uhr: Zehlendorf. Start: Schillingstr. 22.
Rummelsburg. Tour nach Bernsdorf. Start früh 5 Uhr bei Gorgas.

Deutschlands größtes Spezialgeschäft
für **Bettfedern**
Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betriebe
Gustav Lustig
BERLIN S. Prinzenstr. 46
versendet geg. Nachnahme garantiert neue und gut entstäubte, gut füllende **Bettfedern** p. Pfd. M. 0.55–1.00–1.25; prima **Halbdaunen** M. 1.75; **Gänserupffedern** M. 2.00; prima weiße **Gänsehalbdaunen** M. 2.50–3.00–3.50 echt chines. **Monopoldaunen** M. 2.85, echt russisch **Matador-Gänsedaunen** M. 3.50 (bestens bewährt). Von den Daunen genügen 3–4 Pfd. zum groß. Oberbett. — **Gänsefedern** (z. Reißen) M. 0.60 per Pfund; **Gänseschlachtfedern,** wie sie von der Gans fallen, mit allen Daunen M. 1.50. Proben und Preisliste gratis. Umtausch oder Rücksendung gestattet. Verpackung kostenfrei.
Jetzjähriger Umsatz über 2000 Zentner Bettfedern, von keinem zweiten Betten- u. Bettfedergeschäft erreicht.

Hühner, Enten, Tauben,
Junghühner empfiehlt reell und billigst **F. Wegner,** Berlin, Mariannenst. 34.*

Möbelfabrik
Julius Apelt
6 Adalbert-Straße 6
Hochbahnhof Kottbuser Tor
(früher: Stalitzer-Straße 6).

Soeben ist eine dem Andenken Auers gewidmete Schrift, betitelt:
Ignaz Auer
eine 224/5*
Gedenkschrift
von
Eduard Bernstein
erschienen.
Der Verfasser behandelt in zwölf Kapiteln den Lebensgang des Verstorbenen. Die Schrift ist gut ausgestattet, mit mehreren Illustrationen versehen und kann jedem Arbeiter bestens empfohlen werden.
Der Preis beträgt **50 Pf.**
Expedition des „Vorwärts", Berlin SW., Lindenstr. 69. Laden.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.